# alaska

[hintergrund: schwarz 30%]

linke, provinz und diaspora

linke provinz diaspora

[design by: markovits]

[bild: hochformat duplex]

[farbe: hks 48 k]

# Verortung in Randzonen

[alaska-219: april'98]

Zeitschrift für Internationalismus

April 1998
Heft 219 DM 8,-

# EDITORIAL

*Geschätzter Durito!*

*Ich darf mich beeilen Eure Ritterlichkeit darauf hinzuweisen, daß hier ein Übersetzungsfehler vorliegen muß. Mitnichten ist wahr, daß das neueste Heft dieser Zeitung, die meinen Namen trägt, sich der "Politik der Lokale" widmet. Es ist schön zu hören, daß dein Schildknappe, der Subcomandante Marcos, sich schon auf dieses Heft freut, von dem er sich mancherlei Vergnügliches über Gasthäuser und Wirtschaften auf dem Alten Kontinent erhofft; allein, ich muß ihn enttäuschen. Wie so oft, ist die Bewegung weniger originell als die Wirklichkeit, und alles, was die von mir beaufsichtigte Redaktion sich abringen wollte, war ein Heft zur "Politik des Lokalen". Also keine Wirtshausschlägereien und Shebeen-Geschichten, sondern wieder viele trockene Kriterien, was könnte, müßte und sollte ... nun, du kennst ja diese postmoderne Unart. Du fragst jemand, wo's langgeht zum Bahnhof, und dann heißt es: "Bevor ich mich dazu äußere, möchte ich erst einmal darüber sprechen, wieso Sie mit den bisherigen Beschreibungen den Bahnhof niemals finden konnten ..."*
*Aber, ein echter Hammer in Sachen "Lokalitäten": Ich ziehe wieder um! Meine Grünpflanzen sind gepackt, mein Schreibtisch auch, und ich brenne vor Erwartung! Die neue Adresse ist zwar noch nicht spruchreif ist, da die Unterschrift unter dem Mietvertrag fehlt, doch wir Blattläuse waren in Sachen Behausung schon immer recht zuversichtliche Lebensformen und ich starre mit großen Augen auf die neuen Räumlichkeiten. Oh, es ist geräumig, es ist schön, bisher sieht es zwar noch nach einer totalen Bruchbude aus, aber ich glaube fest an eine herrliche Zukunft dort!*
*Es ist Frühling, Durito. Ich beginne den Badeanzug bereitzuhalten. Laß mich nicht zu lange auf deine schnörkelige Handschrift und deine gepflegte Konversation warten. Es grüßt dich, den Sub und Mexico*

*deine alaska*

## BUKO

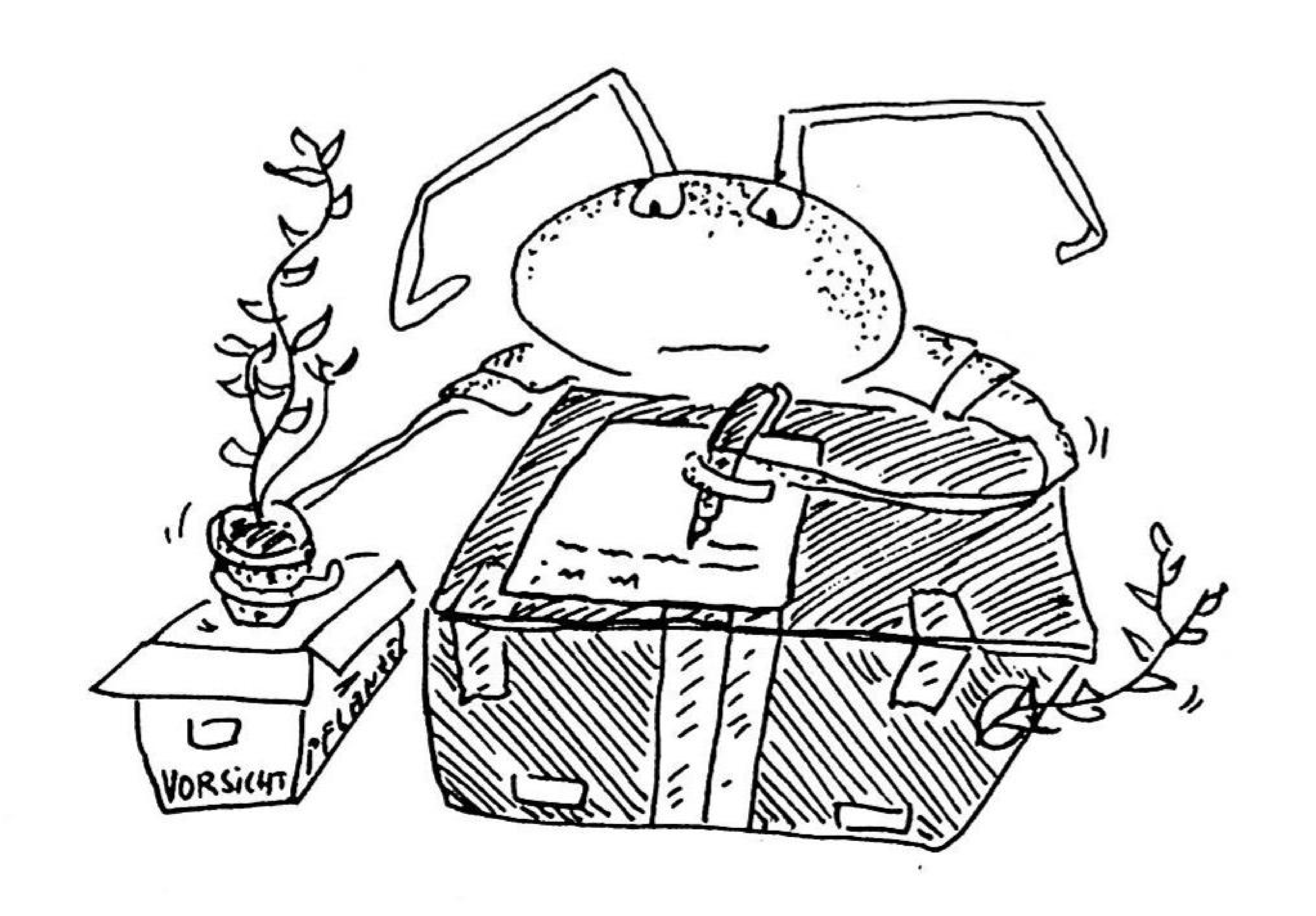


## MAILBOX



## SHORT CUTS





**alaska 219 ◆ April/Mai 1998**

# INHALT

## THEMEN



## KONTEXTE






## DEBATTE



**Bildnachweis:**

Seite 3: Ein Photopräsent aus Havanna von Theo Bruns an die alaska-Redaktion

Bernd Hüttner

# Lokaler Rausch und regionaler Kater

## Für eine dekonstruktive Politik des Regionalen

*Global denken, lokal handeln, so hieß einmal eine der Grundaussagen der sozialen Bewegungen. Die weltweite Situation, was Menschenrechte, Ausbeutung oder "ökologische Probleme" angeht, sollte sich im alltäglichen Handeln wiederfinden. Das Wiederfinden im Alltag entstand aus einer Kritik an linken Politikformen, die die Befreiung bis nach der Revolution verschoben. Diese richtige Kritik versandete aber im täglichen Kleinklein, im korrekten Einkauf von BildungsbürgerInnen ("Global denken, im Lokal handeln") und ideologisch im Denken der globalen Verantwortung und des nachhaltigen Ressourcensparens.*

### Global und lokal: Local hero

"Global" und "Lokal" sind, wie alle Begriffe, soziale Konstruktionen. Bilder, die sich Menschen aus ihrer Geschichte und aus ihrer Situation heraus machen. Wenn gefragt wird, was jemand sich unter "Provinz" oder "Stadt" vorstellt, tritt bei den einen eine gewisse Aufgeschlossenheit gegenüber "Provinz" zutage, andere sind überzeugte StadtanhängerInnen ("ich sehe bei Stadt nur Licht, Shops, Boutiquen und Glamour vor mir", was dann auch die Frage nach dem dafür notwendigen Geld aufwirft). Meine mittlerweile verstorbene Großmutter Babette, sie wurde 1907 geboren, war wahrscheinlich Zeit ihres Lebens nie weiter als 300 Kilometer von ihrem Wohnort, der der Nachbarort ihres Geburtsortes war, entfernt. Als ich ihr erzählte, daß ich nach Bremen umziehe, war dies außerhalb ihrer Vorstellung. Sie konnte sich die von mir genannte Distanz von 700 km nicht vorstellen: "Dann kommst du sicher jedes Wochenende nach Hause zu deinen Eltern" meinte sie auf meine Schilderung nur. Ihre soziale Erwartung, daß ein Sohn jedes Wochenende seine Eltern besucht, prägte ihr Empfinden von Raum.
Globalität war immer ein positiv besetzter Begriff, er stand in der Logik von Wachstum, Entwicklung und Fortschritt, für Aufgeschlossenheit. In den letzten Jahren nimmt das Globale in der gesellschaftlichen Rede einen immer größeren Platz ein, der unter dem Schlagwort "Globalisierung" verhandelt wird. Unter Globalisierung wird dann meist die weltweite Verflechtung von ökonomischen Prozessen (Produktion, Konsum, Finanzen, etc.) verstanden. Alle lokalen und nationalen Gegebenheiten haben sich der Globalisierung unterzuordnen, die weltweiten Verhältnisse sind der Parameter, an dem sich alles misst.
Das Lokale, vor allem wenn es in Zusammenhang mit "ländlichem Raum" oder Provinz gebracht wird, war meist negativ besetzt, gerade unter Linken. Ländlicher Raum galt als zurückgeblieben, er musste nachholend entwickelt werden, dort wohnten die Landpomeranzen und Bauerntrampel. Die weltoffene Stadt gab den Maßstab vor. Provinz war der Raum, in dem die weibliche Einzahl gemeint war, wenn von "die Linke" die Rede war, weil es dort auch nicht mehr gab. Im Zuge der neuen sozialen Bewegungen der Frauen, der Ökologie und international der Indigenen wurde das anders. Der vorgeblich kalten Unüberschaubarkeit des Globalen, der Megamaschine, der Stadt wurde die angebliche Wärme des sozialen Nahbereichs entgegengesetzt. Konkrete Verhältnisse und Orte sollten geschaffen und verändert werden oder erhalten bleiben. Linke diskutierten über Heimat. Der eigene Stadtteil wurde gegen "blutsaugende Spekulanten" verteidigt, während im ländlichen Raum technologische Großprojekte mit dem Verweis auf die Schönheit der Heimat behindert wurden. In der Stadt wurde das lokale Ghetto, in dem sich die Linke auch schon geografisch befand, wohnte doch die Hälfte aller Linken meist in drei Stadtteilen, zum Szeneviertel und zum Beginn von Alternativgesellschaft verklärt. Diese Überhöhung des Konkreten gegenüber dem Abstrakten, des Einfachen und Schaffenden, gegenüber dem Raffenden und Komplizierten, so wissen wir heute, hat eine antisemitische Konnotierung. Teile der Globalisierungskritik zeigen aktuell wieder dieses Muster. Eine zweite, aktuellere Welle des Interesses am Lokalen gibt es in der Beschäftigung mit "Cultural Studies", wo das Lokale im Konzept der Hybridität als Mischung von zwei Lokalitäten (bei people of color) bzw. als Mischung von lokalen und weltweiten Prozessen diskutiert wird.
Heute versucht das hegemoniale System auch lokal zu agieren. "Global denken, lokal handeln" ist ein Begriff aus dem Stadtmarketing, in dem Städte um die besten 'weichen' Standortfaktoren konkurrieren. Es ist aber vor allem Handlungsprinzip transnationaler Unternehmen (Dirlik 1997:93). Gute Standorte müssen heute u.a. einen problemlosen Zugang zu den Wissens- und Wissenstransfereinrichtungen anbieten, ein Setting an wirtschaftsnahen Dienstleistungsinstiutionen und ein dementsprechendes Verwaltungs-

handeln. Sie müssen - für die Beschäftigten, und hier kommt die Stadtentwicklung ins Spiel - auch kulturell und vom Ambiente einiges bieten: "Natur", Bordelle, Theater, Konsummeilen etc.
Das Lokale ist auch integraler Bestandteil des Globalen, bzw. wird von ihm erst mit produziert. Es entsteht auch als Gegenreaktion gegen die als allmächtig empfundene Globalisierung und schafft so kollektive Identitäten, die sich meist gegen andere agressiv durchsetzen. Beispiele dafür sind immer wieder die Legha Nord in Italien, die sich gegen die angeblichen Sozialschmarotzer des Südens wendet.

### Stadt und Land

Der Globus verstädtert. Dies ist ein eindeutiger Trend, und sein Ende ist noch nicht abzusehen. In den Städten des Nordens finden einschneidende Veränderungen statt: Die Mittelschichten ziehen immer mehr aus der Stadt hinaus, der Dienstleistungsbereich nimmt einem immer größeren Anteil an den sich immer weiter auseinanderentwickelnden Arbeitsverhältnissen ein. Man kann, wie es letztes Jahr im Rahmen der sog. "Innenstadtkampagne" vielfältig beschrieben wurde, schon von einer geteilten, oder besser vielen Städten in einer Stadt sprechen. Räume und Orte haben ein Image ("Das Ruhrgebiet wird grün"). Für die Schaffung positiv besetzter Raumbilder wird viel Geld aufgewendet.
Die Zuschreibungen, die in Deutschland 'Städten` gegenüber gemacht wurden, waren unterschiedlich. Die sozialdemokratische und konservative Ideologie war städtisch. Den ländlichen Raum galt es zu "kolonisieren" (so hieß der Begriff in der Agrarwissenschaft noch bis in die 60er Jahre). Antistädtisch in der Programmatik, nicht in der Praxis, war die antimodernistische Rechte und später dann Teile der neuen sozialen Bewegungen. Sie idyllisieren das Landleben, beschreiben es als angeblich naturnäher und entkleiden es seiner sozialen und materiellen Grundlagen. In

*Antistädtisch in der Programmatik, nicht in der Praxis, war die antimodernistische Rechte und später dann Teile der neuen sozialen Bewegungen.*

Deutschland ist diese Sichtweise eine völkische gewesen. "Land" und "ländliche Identität" war rechts besetzt. Nichts wäre nun falscher als zu fordern "Wir müssen den Begriff von links besetzen, ihn den Rechten entreissen", wie es Generation von Linken mit der Nation gemacht haben - mit katastrophalen Folgen. Es gilt aber sich der Tatsache dieser Besetzung, die eine Beschränkung und Schwäche linker Politik ist, bewusst zu sein.
Linke drängte es immer in die Stadt, nicht nur wegen der Attraktivität der Stadt, sondern wegen der Unattraktivität des Landes. Ich erinnere mich noch genau an meinen ersten Gang durch die Universitätsbibliothek in Konstanz, wo ich die ersten fünf Jahre meines Studiums verbrachte. Ich war fasziniert, daß es nicht nur die MEW (Marx-Engels-Werke)





gab, sondern noch die MEGA (Marx-Engels-Gesamtausgabe), Lenin, Luxemburg, meterweise Bücher zu allen möglichen Themen, Zeitschriften ohne Ende usw. Das war das, von dem ich gewusst hatte, daß es das geben muß; das was ich gesucht hatte, auch wenn mir klar war, daß ich das nie würde alles lesen können, und auch gar nicht wollte. Die urbane Linke ist ein Produkt der linken Landflucht. Eine nichtrepräsentative Umfrage in der *alaska*-Redaktion bestätigt dies: Von fünf RedakteurInnen kommen drei vom Land, einer aus einem Vorort einer Großstadt, und eine aus Solingen, was aber, trotz 165.000 EinwohnerInnen, so die Betreffende, "gar keine richtige Stadt" sei. Die Lebenszeit in der Provinz oder auf dem Land prägt die Biographie vieler Linker. Sie wird meist verschwiegen und ist kein Gegenstand kollektiver Auseinandersetzung. Warum?

Bis zum Beginn des Industrialisierung genannten Prozesses waren “Stadt” und “Land” relativ gleichwertige Lebensformen. Es gab zwar eine Dominanz der Städte, diese war aber schwach ausgeprägt. Durch die Industrialisierung kommt es zu Verstädterung und Landflucht, das Land wird "reagrarisiert" (Bätzing 1997). Mit der wirtschaftlichen Entwertung und Zurichtung des ländlichen Raumes geht die kulturelle einher. Das Land wird zur Provinz (gemacht). Dieser von den politischen und ökonomischen Eliten gewollte Prozeß erfährt nach dem 2. Weltkrieg nochmals einen großen Schub. Ob es heute noch "ländliche Räume" als klar abgrenzbare ökonomische und kulturelle Gebiete gibt, ist strittig. Es gibt sowohl Anhaltspunkte für eine Aufhebung des Stadt-Land-Unterschiedes (vor allem durch die kulturelle Modernisierung), wie für eine Verschärfung (vor allem aus ökonomischen Gründen).

Heute wird die Provinz nicht mehr gebraucht. Zwar gibt es einige monofunktionale Zuweisungen (Agrarsteppe, touristisches Gebiet, Atomklo, ...) aber dies sind alles Nutzungen, die, erst recht international gesehen, auch anderswo zu realisieren wären. WirtschaftsgeographInnen sprechen davon, daß perspektivisch eine Flächennutzung in der Art stattfindet, daß es einerseits weit in die Fläche hinein suburbaniserte Städtenetze und wirkliche Wildnis andererseits geben wird (Bätzing 1997). Dies ist sicher etwas überspitzt, aber als Denkanregung ernst zu nehmen. Landnutzung würde es dann nur zum Zweck der ästhetischen Kompensation und als Sinnressource für erlebnishungrige StädterInnen geben, die bei ihrem Trip aufs Land das sehen wollen, was ihrem Klischee vom Land entspricht. So sehen die Dörfer, die das Produkt der Dorfentwicklung der 80er Jahre sind, mehr dem idyllisierenden Bild der StädterInnen vom Dorf ähnlich, als einer halbwegs realistischen Tradition des Dorfes.

Landwirtschaft als Themenpark, ganz so weit ist es nicht, aber die Zukunft ist umkämpft. BäuerInnen wehren sich, wenn auch ideologisch oft sehr widersprüchlich, mit erstaunlicher Hartnäckigkeit gegen die Zerstörung ihrer Lebensform durch die Weltmarktorientierung. Der ländliche Raum ist von einer eigentümlichen, widersprüchlichen Entwicklung gekennzeichnet: Einer Dialektik von Marginalisierung und neuem Selbstbewußtsein. Nicht gebraucht zu werden kann auch Chancen bieten und Freiräume ermöglichen.

## Regionalentwicklung heute - der regionale Kater

Mitten in diesem unübersichtlichen Gewusel verschiedenster Strategien, Entwicklungen und AkteurInnen bewegt sich die Regionalentwicklung (vgl. Hüttner 1997), gibt es eine Unzahl von Projekten "von unten". Ideen und Potentiale von

unten werden von Bewegungsprofis, die nie Teil einer Widerständigkeit waren, aber diesen Eindruck erwecken und von TechnokratInnen in Modernisierungswissen umgewandelt. Die Regionalentwicklung sitzt längst in der "kulturellen Falle" (Wallerstein) der Effektivierung des Bestehenden. Im Nachhaltigkeitsdiskurs ist Regionalisierung mittlerweile hauptsächlich die Unterfütterung der Standortpolitik und technologische Innovation.
Nur zwei Beispiele: Joseph Dehler war Leiter des *Regionalen Zentrum für Wissenschaft, Technik und Kultur* (RWZ), dem Think-Tank des Biosphärenreservates Rhön. 1997 ist er Hessischer Regierungsbeauftragter für Innovation und Technologieentwicklung und weist den Regionen den Platz eines Labors für die Entwicklung von Innovationen zur Beherrschbarkeit von Technologien an der Schnittstelle Mensch-Technik-Natur, in die er Biotechnologie ausdrücklich einschließt, zu (Dehler 1997).
Reinhard Loske ist Abteilungsleiter am *Wuppertal-Institut* und Mitautor von "Zukunftsfähiges Deutschland". Er hat die Auftragsarbeit "Zukunftsfähiges Wirtschaften in der Region Aachen" mitverfasst. In diesen "Bausteine(n) für eine nachhaltige Regionalwirtschaft", so der Untertitel der Studie, wird ausdrücklich betont, daß die Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur durch die Zukunftsfähigkeit kein Gegensatz zur Globalisierung sei, sondern vielmehr eine "gesunde Regionalwirtschaft notwendige Voraussetzung für den Erfolg von Globalisierungsstrategien ausgewählter Unternehmen aus der Region" ist (Aachen 1997:2f). Region reimt sich hier auf Innovation, statt auf Ökologie oder gar Autonomie.

## Region und Kritischer Lokalismus

Der ländliche Raum steht in einer Auseinandersetzung um seine Zukunft. Von oben wird er, dort wo es sich anbietet, durch Suburbanisierung und unter Umständen durch nachhaltige Regionalentwicklung, einer neuen, weiteren Kolonisierung unterworfen. Neue, bislang noch nicht beachtete Potentiale sollen erschlossen und der Verwertung unterworfen werden. Von unten gibt es in ihm einen kulturellen Aufbruch, der sich von den Entwicklungsversprechen der Städte und der übergeordneten Ebenen nichts verspricht (siehe die zahlreichen Beispiele in AbL 1997), was eine/n nicht daran hindert, die Staatsknete, die zu bekommen ist, mitzunehmen. Von Seiten der politisch-kulturellen Opposition ist es sehr schwierig die Situation einzuschätzen. Die neuen sozialen Bewegungen haben ihren Teil zur Modernisierung des ländlichen Raumes beigetragen. Ihre Erfolge haben sich veralltäglicht, institutionalisiert und kommerzialisiert. Von einer flächendeckenden *radikalen Gegenkultur* kann meiner Meinung nach trotz vieler Projekte, Betriebe und einer flächendeckenden grünen Kommunalpolitik, nicht gesprochen werden. Es gibt heute (wieder) viele weiße Flecken, als Beispiel mag der Zusammenbruch der vielen kleinen Stadtzeitungen, die es in den 80ern noch gab, genügen. Gleichzeitig ist von Zentren nicht mehr so leicht zu sprechen. Die Zentren haben sich regionalisiert, sind zu Netzwerken geworden (Baier 1991). Die *eine* Region, die überall gleich ist, sei es in Mittelitalien, Baden-Württemberg oder Mecklenburg-Vorpommern, gibt es nicht, hat es auch in den 80er Jahren nie gegeben. Die Regionalismusbewegung erweckt aber noch heute diesen Eindruck.
Region als Konstrukt schafft kollektive Identitäten mit, statt zu versuchen, sie zu zerstören (Peters 1998). Es übertüncht die Spaltungen in der Region: zwischen den Geschlechtern, den Besitzenden und Nichtbesitzenden und zwischen den RegionalisierungsgewinnerInnen und den Abgehängten in der Region. Eine Politik "Wir sind hier eine Region und haben uns vor allem erstmal alle schrecklich lieb", wie sie in der Lokalen Agenda 21 und zunehmend auch der Agraropposition propagiert wird, nützt von dieser Warte aus gesehen nichts und ist nur der billige Ideenlieferant und die Begleitmusik zu ökonomischen und sozialen Transformationsprozessen. "Stadt" und "Land" sind heutzutage genauso so (un)scharfe Begriffe, wie "Erste Welt" und "Dritte". Beides ist heute ineinanderverschränkt, es gibt Provinzen in der Stadt und prosperierende (High-Tech) Provinzen.
Ein emanzipatorisches Denken und Handeln kann sich nicht mehr so leicht auf Region beziehen, wie noch vor zehn oder gar 15 Jahren. Da liegt es nahe die Kategorie "Provinz" oder "Region" als politische Kategorie mit Ansatzpunkten widerständiger Praxis gleich ganz zu verwerfen. Raum sei eh eine reaktionäre Kategorie, meinen AntifaschistInnen und die Antinationalen. Und sie haben recht, wenn auch nur verkürzt. Eine Politik, die an den "space" der (Post-)Modernisierung den "place" setzt, ist vielleicht nicht falsch. Ebenso eine, die sich ihrer materiellen Grundlagen bewusst ist. Eine autonome Regionalisierung muß die Errungenschaften der Moderne - kulturelle Vielfalt, feministische Emanzipation etc. - beinhalten. Das wäre dann die Form von Regionalbewußtsein und -politik, die Dirlik "kritischer Lokalismus" nennt.
Eine solche Regionalisierungspolitik wäre dekonstruktiv im doppelten Sinne. Zum einen indem sie Begriffe und Bilder, Zuschreibungen gegenüber Menschen und (ihren) Orten hinterfragt. Zum anderen, indem sie sich der weichen Standortpolitik, der Modernisierung von Herrschafts- und Produktionstechnologie verweigert, unkonstruktiv ist. Gefragt ist also eine Regionalentwicklung, die die Fragen von Kultur und Patriarchat aufnimmt. Da wird es in the long run vermutlich ins unübersichtliche Labyrinth der Kritik von traditionell-linker Entwicklungspolitik *und* von Identitätspolitik gehen, aber wie sagten schon die Bremer Stadtmusikanten "Etwas besseres als den Tod finden wir überall".

Literatur:

Aachen 1997; Stiftung Kathy Beys: Zukunftsfähiges Wirtschaften in der Region Aachen (Bezug: Postfach 37 01 48, 52035 Aachen)
AbL 1997, AbL: Leitfaden der Regionalentwicklung, Rheda-Wiedenbrück
Baier 1991; Lothar Baier: Abschied vom Regionalismus, in Freibeuter, Heft 49
Bätzing 1997; Werner Bätzing: Die Auflösung des ländlichen Raumes in der Postmoderne, in Kommune 11/1997
Dehler 1997; Joseph Dehler: Der Zukunft eine Chance geben, in Frankfurter Rundschau vom 24. 6. 1997
Dirlik 1997; Arif Dirlik: The postcolonial Aura, Oxford/Boulder(Col)
Hüttner 1997; B. Hüttner: Ist kleiner wirklich besser?, in FORUM, Heft 210, Bremen
Peters 1998; Ulla Peters: Mündliches Statement, Cafe Engel Bremen, 8.3. 98
sowie:
Thomas Fuchs: Macht euch die Stadt zum Bilde. Über die Modernisierung des ländlichen Raumes, Pfaffenweiler 1996
Bernd Hüttner: Vom Viehhirten zum Ressourcenmanager. Landwirtschaft im Postfordismus, in Forum Wissenschaft 4/97, Marburg
Christoph Gesang: Alternativprojekte zwischen Nachhaltigkeit und Herrschaftskritik, Bremen 1998, Yeti Press (im Erscheinen)


*Bernd Hüttner wuchs in der nordwürttembergischen Provinz auf und weiß deshalb die Vorzüge von Bremen zu schätzen. Er ist Redakteur von alaska.*

Arif Dirlik

# Local Heroes?

## Globaler Kapitalismus und lokaler Widerstand

Es ist gut zehn Jahre her, daß *Local Hero*, ein Film von *Bill Forsyth*, in die Kinos kam. Der Film erzählt vom friedlichen Konflikt zwischen einem Öl-Multi mit Sitz in Houston, Texas, und einer kleinen Stadt an der schottischen Küste, die der Konzern aufkaufen und planieren möchte, um dort eine Niederlassung für sein Nordsee-Ölgeschäft zu errichten. Der Konzern verhandelt mit den Einwohnern - es handelt sich, wie uns erklärt wird, bei ihnen ja nicht um irgendwelche Leute aus der Dritten Welt, die man einfach verjagen kann. Die "locals" sind beeindruckt von der Aussicht auf unerwarteten Reichtum, erweisen sich jedoch als gewiefte Verhandlungspartner. Schließlich erwecken sie sogar menschliche Regungen in dem jungen, urbanen Konzernangestellten, der als Unterhändler zu ihnen geschickt wird, und in dem harten, aber versponnenen Konzernchef (großartig gespielt von Burt Lancaster): beide verlieben sich in den Ort und seine Bewohner(innen). Der Film endet damit, daß der Konzern seinen ursprünglichen Plan fallenläßt und statt Raffinerien und Docks ein Forschungslabor baut. Die Einwohner gewinnen, die Stadt gewinnt, die Umwelt gewinnt, und der Multi ist zufrieden - mit Ausnahme des jungen Konzernangestellten, der unbarmherzig zurück nach Houston verfrachtet wird, in den urbanen Dschungel und das Geschäft globaler Kapitaloperationen, mit nichts als ein paar Träumen im Gepäck, was hätte sein können.

Jenseits seiner menschlichen Wärme war damals das Bemerkenswerte an diesem Film, mit welcher romantischen Nostalgie er für das konkrete, menschliche "Lokale" gegen das abstrakte, entmenschlichte "Globale" eintrat. Vom heutigen Standpunkt aus betrachtet, ist *Local Hero* immer noch romantisch, aber nicht unbedingt nostalgisch. Wir wissen, daß ein menschlicher Kapitalist noch keinen humanen Kapitalismus macht, und daß eine lokale Gemeinde, die vor den Verwüstungen des Kapitals gerettet wird, nichts an dem Prozeß ändert, in dem das Kapital lokale Gemeinschaften auslöscht. Wir wissen heute sehr genau, daß eine lokale Gemeinde am besten dadurch gerettet wird, daß man eine andere opfert.

Was sich geändert hat in den letzten zehn Jahren - und deshalb erscheint uns *Local Hero* heute durchaus nicht nostalgisch - ist das Interesse, das dem "Lokalen" heute entgegengebracht wird: als ein Ort des Widerstands gegen das Kapital, und als ein Labor für alternative Zukunftsvisionen. Etwa seit Beginn der 90er Jahre erscheinen lokale Bewegungen, oder Bewegungen für den Erhalt und Wiederaufbau lokaler Gemeinschaften, als die vorherrschende (wenn nicht gar als die einzige) Form von Widerstand gegen Fremdherrschaft. Von den Frauen der Chipko-Bewegung in Nordindien, über die weiblichen Belegschaften der Maquiladora-Industrien an der US-mexikanischen Grenze, bis zu den Gemeinden in West-Kansas, die sich von Kansas und von den USA lossagen wollen, weil sie sich von der Regierung mißbraucht fühlen, haben sich lokale Bewegungen zu einem weltweiten Phänomen entwickelt. In Reaktion darauf hat sich der Begriff des "Lokalen" in der radikalen Gesellschaftstheorie heute fest etabliert.

Was mich dabei vor allem interessiert, ist der Zusammenhang zwischen dem Aufstieg des Globalen Kapitalismus und dem gestiegenen Interesse am "Lokalen" als Ort von Widerstand und Befreiung. Ich glaube, daß man über diesen Zusammenhang nachdenken muß, um einen "kritischen Lokalismus" von einem Lokalismus unterscheiden zu können, der nichts anderes ist als ein ideologischer Ausdruck der gegenwärtigen kapitalistischen Entwicklungsphase. Das "Lokale" ist ein Versprechen, aber es kann auch eine Drohung sein. "Lokalismus" kann emanzipatorisch sein, aber er kann auch dazu dienen, Unterdrückung und Engstirnigkeit zu verschleiern. Es ist bemerkenswert, daß zur gleichen Zeit, wo man sich für das "Lokale" als Ort von Befreiung interessiert, überall auf der Welt eine extrem platte Form von Lokalismus wieder hochkommt, die zur Quelle von Krieg und Völkermord wird. Auf jeden Fall ist das "Lokale", um das es hier geht, kein Lokalpatriotismus im traditionellen Sinne, sondern eine sehr moderne Form des "Lokalen", in dem die grundlegenden Widersprüche der heutigen Zeit ausgetragen werden.

### Die Wiedererfindung des Lokalen

Es waren soziale Bewegungen, allen voran Umweltbewegung, Frauenbewegung, ethnische und indigene Bewegungen, die das Lokale zum Thema gemacht haben. Gleichzeitig erschien das Lokale im Zusammenhang mit intellektuellen Auseinandersetzungen, die sich von traditionellen Ideologien abgegrenzt haben - allen voran diejenigen Auseinandersetzungen, die im allgemeinen mit dem Begriff "Postmoderne" verbunden werden. Sie wenden sich gegen die Idee der "Moderne", als unausweichlicher, überlegener Entwicklung, von der alle "vormodernen" Gesellschaften schließlich erfaßt und vereinheitlicht werden müssen.

Spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg hatten bürgerliche wie marxistische Wissenschaft im Namen dieser "Moderne" versucht, das "Lokale" aufzulösen. Die "Postmoderne" besteht demgegenüber darauf, daß Modernisierung nichts

Natürliches oder automatisch Wünschenswertes ist, weder in ihrer kapitalistischen noch in ihrer sozialistischen Form, und daß der Glaube an die Moderne nichts Wissenschaftliches ist, sondern die Überzeugung derjenigen, die andere in diese Moderne hineinzwingen, ob sie nun wollen oder nicht. Postmoderne ist Skepsis gegenüber "Meta-Erzählungen", das heißt gegenüber Theorien, die überall und für alle passen sollen und der Subjektivität der Betroffenen nicht bedürfen, weil die Zukunft angeblich ohnehin feststeht (Teleologie). Postmoderne ist Sensibilität für den Zwang, der mit der Modernisierung einhergeht, weil sie diesen Zwang eben nicht für gerechtfertigt im Interesse der notwendigen Entwicklung hält.

Entwicklung als Fehlentwicklung; Einfügung in die Natur anstelle der Unterwerfung von Natur; durchlässige Grenzen anstelle von starren politischen Gebilden, insbesondere des Nationalstaats; Unterschiede statt Einheit; Subjektivität als etwas Komplexes anstelle von kategorisch festgelegten Identitäten; "lokales Wissen" anstelle von universeller wissenschaftlichlicher Rationalität; Intuition und Spiritualität als Ergänzung, wenn nicht als Ersatz, von "Vernunft"; mündliche Kultur anstelle von Schriftkultur; politische Bewegungen als "Politik der Differenz" und "Politik der Orte" - die Liste ließe sich fortsetzen. All dies sind Elemente eines "postmodernen" Bewußtseins, die zum Entstehen eines neuen "Lokalismus" beigetragen, ja ihn hervorgebracht haben. Es ist ein Bewußtsein, das nicht Ohnmacht ausdrückt, sondern die neuentdeckte Macht sozialer Gruppen, die eine Anerkennung ihrer sozialen Existenz einfordern. Diese Gruppen proklamieren ihre Identität gegen eine "Moderne", von der sie bislang ignoriert wurden. John D. Waihee III, Gouverneur von Hawai, hat kürzlich mit Bezug auf die hawaianische Unabhängigkeitsbewegung unterstrichen, daß noch vor zwanzig Jahren undenkbar gewesen wäre, was heute politisch durchaus möglich erscheint.

Es ist hier weder notwendig noch möglich, die sozialen Gruppen darzustellen, die sich von ohnmächtigen Opfern der Entwicklung zu Trägern einer neuen Macht emanzipiert haben, die ihnen im Zuge dieser Entwicklung zugewachsen ist - und die jetzt versuchen umzudefinieren, was Entwicklung heißt. In den USA gehört dazu der Eintritt der Afro-Amerikaner und der Frauen in die Politik, der sich in den 60er Jahren vollzogen hat, gefolgt von anderen ethnischen und indigenen Bewegungen. Global gesehen, spielten Revolutionen in der Dritten Welt (insbesondere in China, gefolgt von Vietnam) eine herausragende Rolle dabei, traditionelle Modelle von Entwicklung in Frage zu stellen (und zwar kapitalistische wie sozialistische Modelle). Nicht zuletzt gehören auch die Beispiele erfolgreicher kapitalistischer Entwicklung in der Dritten Welt dazu, die eurozentrische Modelle von Entwicklung in Frage gestellt haben und sich auf eigenständige kulturelle Wurzeln berufen; ich denke dabei an das gewachsene kulturelle Selbstbewußtsein der Gesellschaften Südostasiens.

Das Lokale als Ort, wo alternative Öffentlichkeiten und alternative Gesellschaftsformen geboren werden: das ist das Versprechen, das mit dem "Lokalen" einhergeht. Die Drohung, die darin ebenso enthalten ist, ist die Möglichkeit politischer und kultureller Manipulation. Das Lokale ist auch ein Objekt für die Operationen des Kapitals. Das zunehmende Interesse für das Lokale fällt zusammen mit einem tiefgreifenden Umbruch innerhalb der kapitalistischen Entwicklung, einem Umbruch mit weitreichenden Konsequenzen.

### "Globaler Lokalismus"

Es ist nicht ohne Ironie, daß das Kapital selbst seine Operationen heutzutage in der Sprache des Lokalen rechtfertigt. Diese Ironie erlaubt es uns, das Lokale in seiner ganzen Widersprüchlichkeit zu sehen.

David Harvey und Fredric Jameson haben (nicht als einzige) auf die innere Verwandtschaft hingewiesen, die zwischen Postmoderne und einer neuen Phase kapitalistischer Entwicklung besteht, die als Spätkapitalismus, Flexible Produktion und Akkumulation, Desorganisierter Kapitalismus, oder Globaler Kapitalismus beschrieben wurde. Ich bevorzuge den Begriff "Globaler Kapitalismus". Globaler Kapitalismus ist eine neue Stufe der Enträumlichung, Abstraktion und Konzentration des Kapitals. Er steht für eine bis dahin ungekannte Durchdringung lokaler Gesellschaften durch die Ökonomie und die Kultur des Kapitals und macht das "Lokale" im traditionellen Sinne zu einem Anachronismus - daher die Ironie.

Die wichtigsten Strukturmerkmale des neuen Globalen Kapitalismus seien kurz genannt. Erstens gehört dazu eine neue weltweite Arbeitsteilung. Sie wird flankiert von neuen Technologien, die das Kapital mit einer niegekannten Mobilität ausstatten, um sich Orte mit den günstigsten Kräfteverhältnissen und geringster sozialer und politischer Einflußnahme auszusuchen. Zweitens verliert der Kapitalismus sein Zentrum. Er hat kein Hauptland mehr, sondern organisiert sich in der Form einer "High-Tech-Hanse", deren urbane Mitglieder enger miteinander in Verbindung stehen, als mit ihrem jeweiligen Hinterland.

Drittens wird der Transnationale Konzern, der "Multi", zum organisierenden Zentrum ökonomischer Aktivität - eine Funktion, die früher nationale Märkte innehatten. Die Rolle

des Nationalstaats zerfällt, so daß sich, viertens, gleichzeitig eine nie gekannte globale Einheit und ein nie gekannter nationaler Zerfall einstellen. Fünftens wird der Kapitalismus zum ersten Mal in seiner Geschichte wirklich eine globale Abstraktion, das heißt er streift seine spezifische, europäisch geprägte Geschichte und Gestalt ab. Während Europa und die USA kulturell die Welt dominieren, verlieren sie ihre Dominanz über die Weltökonomie.
Schließlich (sechstens) wird durch die Transnationalisierung der Produktion die alte Trennung in Erste, Zweite und Dritte Welt überholt. Sie wird abgelöst von einer Trennung nach "Nord" und "Süd", wobei "Nord" und "Süd" nicht unbedingt geographisch zu verstehen sind, sondern bildlich: "Norden" ist da, wo das transnationale Kapital ist, und "Süden" sind alle marginalisierten Bevölkerungen der Welt, wo auch immer auf dem Globus sie sich befinden mögen.
Viel von dem, was ich oben beschrieben habe - Elemente eines postmodernen Bewußtseins, zu neuer Macht und Selbstbewußtsein gekommene soziale Gruppen, neuer Lokalismus - erscheint vor diesem Hintergrund als eine Folge des Globalen Kapitalismus. Ebenso sollte klar sein, daß das Lokale nicht nur für diejenigen interessant wird, die es als Ort von Befreiungskämpfen sehen, sondern auch für die Manager des globalen Kapitals. Moderne Marketing-Konzepte sprechen vom "Guerilla-Marketing": Das Kapital muß flexibel auf unterschiedlichste lokale Bedingungen reagieren, ohne seinen organisatorischen Gesamtzusammenhang zu verlieren; und es muß "die Köpfe und Herzen" derer gewinnen, zwischen denen es sich "wie ein Fisch im Wasser" bewegen will. Die hohe Aufmerksamkeit, die dem Lokalen geschenkt wird, bedeutet in keiner Weise, daß dessen Autonomie anerkannt wird. Das Kapital durchleuchtet das Lokale, um diejenigen Eigenschaften zu finden, über die es am besten an die Imperative des Globalen Kapitalismus angepaßt werden kann.

### Kritischer Lokalismus und "bedingte Postmoderne"

Die Verführbarkeit des Lokalismus für die Interessen des Globalen Kapitalismus verweist auf einen blinden Fleck der Postmoderne-Debatte. Die postmoderne Zurückweisung der "Meta-Erzählungen" und der teleologischen Erklärungen hat auch zu einer Skepsis gegenüber verallgemeinernden, "fundamentalen" Erklärungsansätzen geführt, insbesondere gegenüber marxistischen Interpretationen von übergreifenden Zusammenhängen und von Klassen. Das ändert aber nichts daran, daß gerade die verschiedenen Lokalismen Teil eines solchen übergreifenden Zusammenhangs sind, nämlich des Globalen Kapitalismus. Wenn die Idee des "Lokalen" sich weigert, solche Zusammenhänge zur Kenntnis zu nehmen, wird sie zur leichten Beute für die Manipulationsversuche des Kapitals. Oder noch allgemeiner: In dem Maße, wie die postmoderne Kritik ausblendet, daß sie selbst Teil eines allgemeinen Zusammenhangs ist, unterscheidet sie sich nicht mehr von einer ideologischen Rechtfertigung der sozialen Formen, die vom Globalen Kapitalismus hervorgebracht werden.



Deshalb ist es von entscheidender Bedeutung, daß es zu einer Vermittlung kommt zwischen der postmodernen, kulturellen Kritik und älteren Widerstandsformen und -bewegungen, die ihre Praxis zusammen mit der Geschichte des Kapitalismus entwickelt haben. Die Postmoderne braucht diese Vermittlung, um den Blick für strukturelle Unterdrückung und Ungleichheit nicht zu verlieren und um nicht in Ohnmacht, politische Bedeutungslosigkeit und flotten Narzißmus zu versinken. Die traditionellen Widerstandsformen wiederum brauchen diese Vermittlung, um sich vor antiemanzipatorischen Fehlentwicklungen zu bewahren, zu denen sie neigen. Aus einer (teleologischen) Vorstellung von notwendiger Veränderung heraus, neigen sie zu vorgestanzten, fixen Vorstellungen zukünftiger Gesellschaft, anstatt Befreiung als einen Prozeß mit offenem Ausgang anzuerkennen, in dem vielfältige soziale Erfahrungen miteinander verhandelt werden und gerade daraus alternative Zukunftsentwürfe entstehen. In ähnlicher Weise hegen die traditionellen Widerstandsformen, ohne die Vermittlung mit der postmodernen Kritik, eine reduktionistische Vorstellung von sozialer Identität und abgeleitetem Bewußtsein, während diese in Wirklichkeit komplex, widersprüchlich und fließend sind.

Das Bewußtsein von einer notwendigen Vermittlung lokalen Widerstands und globaler Zusammenhänge, aber auch davon, daß die Bildung von Bewegungen heute etwas deutlich Komplizierteres ist, ist insbesondere innerhalb feministischer und ökologischer Bewegungen gewachsen. Rachael Kamel, ihres Zeichens Gewerkschaftsaktivistin, schreibt dazu: "Erst indem wir verstehen, daß jede lokale Geschichte Teil eines globalen Gesamtzusammenhangs ist, öffnen wir einen Raum für Dialog und für den Austausch von Erfahrungen - gerade über die Grenzen von Sprache, Nationalität, Geschlecht, Rasse und Klasse hinaus."

Die Idee des Lokalen und ihr Bekenntnis zur sozialen Vielfalt hat ihre eigenen, problematischen Seiten. Eine ist die Romantisierung der eigenen, vormodernen Vergangenheit - ein "Lokalismus" oder eine "Dritte-Welt-Identität", die sich nur um die kapitalistische oder eurozentristische Unterdrückung kümmert und hausgemachte Unterdrückungsverhältnisse verschweigt. Lokale Identitätspolitik kann sehr schnell zur Rechtfertigung oder Neuauflage älterer Formen von Unterdrückung werden - Frauen in Indien und in den indigenen Bewegungen Nordamerikas haben darauf frühzeitig hingewiesen. Wer entsprechende Kritik als "importiert" und einen bloßen Trick des Eurozentrismus behandelt, verspielt das "Versprechen", das im Lokalen liegen kann.

Das Lokale ist von großem Wert für den Widerstand gegen globale Vereinnahmung, aber nur dann, wenn es gleichzeitig ein Raum für Verhandlungen ist, deren Ziel die Abschaffung überkommener Ungleichheit und interner Unterdrückung ist. Gefordert ist also ein "kritischer Lokalismus", der die Gegenwart aus der Sicht der jeweils eigenen lokalen Erfahrung kritisiert, aber nicht auf das kritische Potential der Moderne verzichtet. Damit sind ausgeschlossen jede romantische Verklärung untergegangener Gesellschaftsformen; jede Wiederauflage nationalistischer Hegemoniebestrebungen (wie zum Beispiel die sogenannte "Wiedergeburt des Konfuzianismus" in Südostasien); jeder Historismus, der die Gegenwart in der Vergangenheit einsperren möchte (wie zum Beispiel das Bemühen um eine "china-zentrierte" Geschichtsschreibung etc.). All dies sind Versuche, interkulturelle Dialoge zu verhindern, damit "die mühsam errichteten kulturellen Verteidigungwälle gegen solche irritierenden Dialoge - und die schockierenden Einsichten, die daraus möglicherweise folgen - keine Risse bekommen", wie Ashis Nandy schreibt.

Das zweite, vielleicht noch drängendere Problem des neuen Lokalismus ist die Anpassung des Lokalen an das Globale, so daß die verschiedenen lokalen Gemeinschaften zu Bauern auf dem Schachfeld des Kapitals werden, das sie für seinen weltweiten Krieg gegen die Gesellschaft benutzt. Wie kann das Lokale sich davor schützen, gegeneinander ausgespielt zu werden? Wie kann lokaler Widerstand es mit einem weltweiten Giganten wie General Motors aufnehmen? Lokaler Widerstand muß, wenn er unter diesen Umständen tatsächlich etwas bewirken will, ein "translokales" Bewußtsein und "translokale" Aktionsformen entwickeln. Das Problem liegt darin, daß das lokale Bewußtsein solchen Formen widerspricht, die aber eine notwendige Voraussetzung für seinen Erfolg sind. Nur wenn diese Hemmung ausgeräumt werden kann, öffnet sich eine Perspektive: daß der lokale Widerstand gegen Ausbeutung und Vereinnahmung in seiner Summe den Globalen Kapitalismus "überladen" und zersplittern kann.

Aus anderer Sicht hat Henry Giroux mit seiner "Pädagogik der Grenzen" gefordert, das postmoderne Bewußtsein dafür zu öffnen, neue Formen der "Einheit in der Verschiedenheit" zu formulieren, die als Grundlage einer "nichttotalitären" Politik dienen können. Er spricht von "vermittelnden Geschichten" (formative narratives), die nicht den totalitären Charakter der alten "Meta-Erzählungen" haben, aber doch über das Lokale hinausgehen. "Dies ist die notwendige Grundlage dafür, unterschiedliche Gruppen und lokale Geschichten in einem gemeinsamen Projekt zusammenzuführen. Man kann sich keine Politik der Differenz vorstellen, die wirklich eine radikale Gesellschaftstheorie bildet, wenn sie nicht solche vermittelnden Geschichten anbiete. Sie müssen die Differenz innerhalb einer neuen Einheit analysieren, aber nicht gegen eine solche Einheit ausspielen."

Giroux' Ausführung erklärt auch, warum es sinnvoll ist, nicht allzu eng definieren zu wollen, was das "Lokale" eigentlich ist. Das "Lokale" muß durchlässig gehalten werden, wenn es als kritischer Begriff taugen soll. Es ist heute von Interesse als ein Ort, an dem die sozialen Widersprüche ausgetragen werden, aus denen neue "vermittelnde Geschichten" gebaut werden.

*Arif Dirlik lehrt Geschichte in den USA (Duke University).*

Literatur:

Henry Giroux, Border Crossings. Cultural Workers and the Politics of Education. New York und London 1992.

David Harvey, The Condition of Postmodernity. Cambridge 1989.

Fredric Jameson, Postmodernism, or, the Cultural Logic of Late Capitalism. New Left Review 146, 1984.

Rachael Kamel, The Global Factory: Analysis and Action for a New Economic Era. 1990.

Maivan Lam, The Age of Association. The Indigenous Assertion of Self-Determination at the United Nations. Unveröff. Manuskript.

Ashis Nandy: Traditions, Tyranny and Utopias. Essays in the Politics of Awareness. Delhi 1987.

Frances Fox Piven und Richard A.Cloward: Poor People's Movements. Why They Succeed, How They Fail. New York 1977. (gibt's auch auf Deutsch)

Der Text ist eine gekürzte Fassung von "The Global in the Local", wiederabgedruckt in Arif Dirlik: The Postcolonial Aura. Essays in the Age of Global Capitalism, Boulder/Col. 1997.

Günther Jacob

# Antinationale Positionen und die Sehnsucht nach einfachen Lösungen

*Ich glaube, daß es in Teilen der antinationalen Linken eine tiefe Sehnsucht gibt, mit jener Unübersichtlichkeit, die wir mit den Erfahrungen und den Diskursen der 80er Jahre verbinden, endlich Schluß zu machen und daß es eine Sehnsucht gibt nach einer Übersichtlichkeit, nach Zeiten, in denen die Widersprüche wieder übersichtlicher sind, wo es nur eine Barrikade mit zwei Seiten gibt. Man merkt, es gibt ein untergründiges Ressentiment gegenüber den ganzen Subjektpositionen, wie sie in den 80er Jahren aufgetaucht sind. Wir wissen, in den 70er Jahren war es noch so, daß es in unseren Vorstellungen die Arbeiterklasse als homogenen Block gab - eine Meinung, eine Identität, eine Fahne.*

## Neue Subjekte

Aber dieses Subjekt, das ja auch ein diskursives Produkt war, hat sich vor unseren Augen aufgelöst und innerlich segmentiert und daraus ist dann plötzlich „die" Frauenbewegung hervorgegangen, „die" Schwulenbewegung, also vollkommen neue Subjektpositionen. Mit ihnen entstand das, was wir heute Identitätspolitik nennen - eine Identität pro Bewegung -, und ich glaube, die Linke, auch die Linke aus der ich komme, hat diese Entwicklung immer erlitten. Diese innere Vervielfältigung der sozialen Charaktere erschien ihr als eine Gefahr. Man vermutete, daß auf diese Weise das kampffähige WIR unterwandert und zerstört wird. Im Grunde wurde das Auftauchen von Frauenbewegung, Schwulenbewegung und anderer „Minoritäten", die schon bald als „neue soziale Bewegungen" bezeichnet wurden, eher als eine Bedrohung empfunden. Man hatte sich dann aber relativ schnell auf eine additative Sprachregelung geeinigt: „Arbeiter, Frauen, Schwule etc. kämpfen gemeinsam ...". In den Demonstrationen gab es entsprechende Blocks und die Welt schien wieder halbwegs in Ordnung zu sein. Inzwischen haben die sogenannten neuen sozialen Bewegungen sich aber selbst wiederum innerlich vervielfältigt, d. h. „die Frauenbewegung" gibt es überhaupt nicht mehr, „die Schwulenbewegung" gibt es nicht mehr. Die Frauenbewegung hat sich innerlich segmentiert in Frauen und Lesben, in Mütter und Nicht-Mütter, die Lesben haben sich wieder segmentiert in „Mainstream-Lesben", in solche, die mit männlichen Schwulen nichts zu tun haben wollen, in SM-Lesben etc. Es gibt demnach eine Entwicklung der inneren Vervielfältigung der eben noch „neuen" Subjekte. Und diese Entwicklung geht weiter: Immer neue Subjekte stehen auf, hissen ihre Identitäts-Fähnchen und sagen: „Ich bin auch noch da". Die Frage nach DEM revolutionären Subjekt erscheint plötzlich als eine Frage aus einer vergangenen Epoche, obwohl zugleich immer mehr Menschen unter das Strukturmerkmal Lohnabhängigkeit fallen und obwohl das Kapitalverhältnis immer noch das zentrale Strukturmerkmal dieser Gesellschaft ist.

Strukturell ähnliche Phänomene - und das deutet darauf hin, daß wir es hier mit Auswirkungen veränderter gesellschaftlicher Strukturen zu tun haben - sind auf der Seite des linken und „minoritären" Widerstandes zu beobachten: Wer sich die Riots in Los Angeles oder Bristol anschaut, kann bemerken, daß die Formen der Rebellion oft Implosionen und Verpuffungen gleichen, daß widerständige Handlungen ganz plötzlich entstehen und ebenso plötzlich wieder verschwinden. Es gibt also offensichtlich das Phänomen, daß sich „Bewegungen" nicht wirklich stabilisieren, und das gilt für „uns" selbst, wie auch für unsere Gegner.

Ich möchte an ein ganz bestimmtes Problem erinnern, nämlich daran, daß kapitalistische Gesellschaften sich dadurch auszeichnen, daß in ihnen - im Gegensatz zum Feudalismus und zum Ancien Régime - Ausbeutungsmacht und Herrschaftsmacht getrennt sind. Das hat ganz erhebliche Folgen: Dort, wo der materielle Reichtum produziert wird, herrscht der Kapitalist als Eigentümer und Kontrolleur dieser Sphäre. Davon getrennt gibt es eine Sphäre der Politik, des Staates, der stattlichen Macht. Diese Trennung ist also ein modernes Phänomen. Aber obwohl wir mit diesem Phänomen sehr vertraut sind, sind uns seine Implikationen nicht immer gegenwärtig. In der feudalen Gesellschaft war der Herr Ausbeuter, Richter und Machthaber zugleich. Er übte zugleich die ökonomische Herrschaft und die politische Herrschaft aus. Der Umstand, daß sich diese Funktionen heute als Getrennte darstellen, hat für die bürgerlichen Individuen eine ganze Menge Folgen, weil sich mit der Abtrennung und Herausbildung einer eigenständigen politischen Sphäre auch die Individuen gespalten haben - in öko-

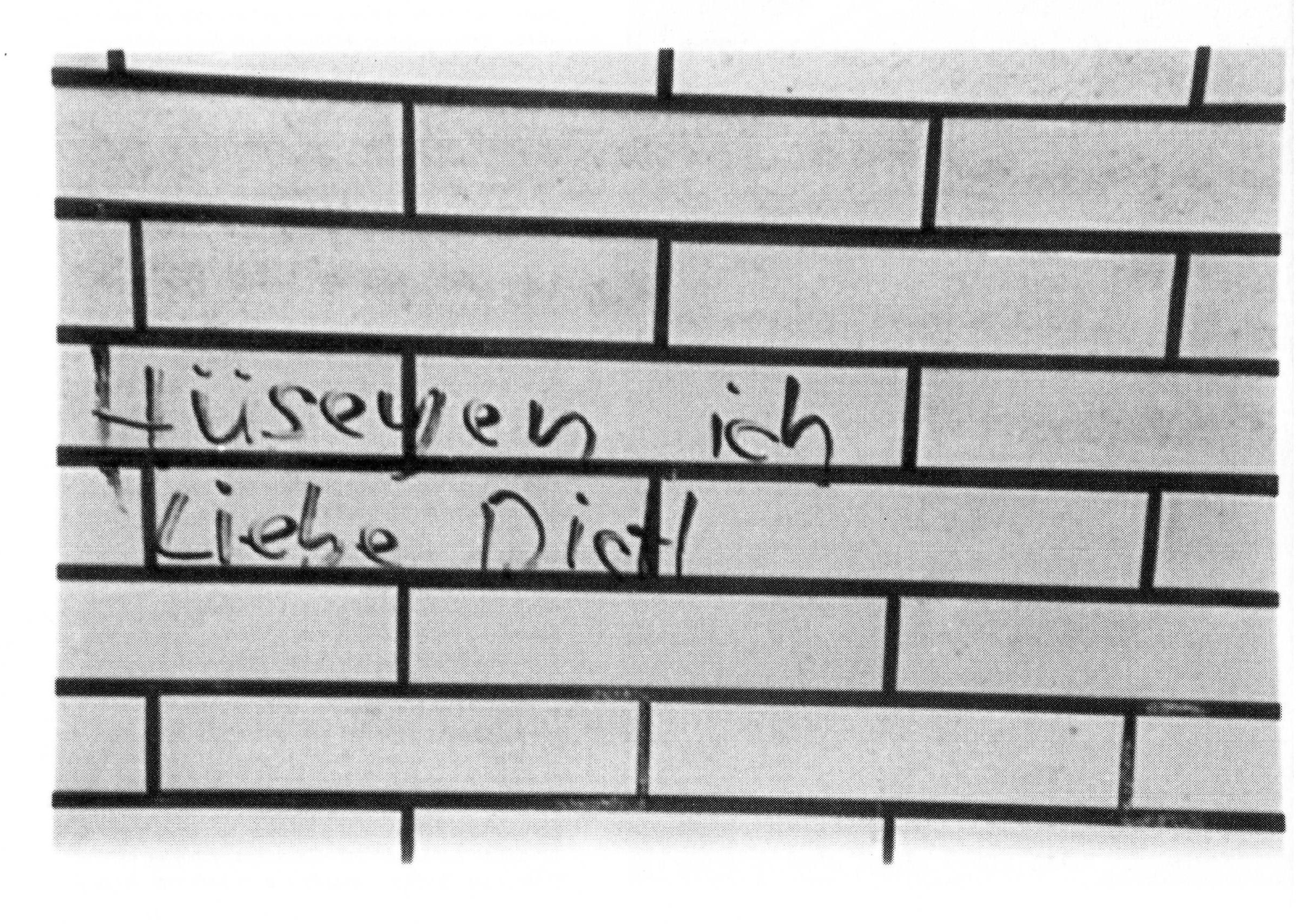
nomische Privatleute, die ihren Interessen nachgehen, die morgens mit der U-Bahn fahren, um Geld zu verdienen und in politische Subjekte, die nach Feierabend als politische Staatsbürger auftreten, für die das Sich-mit-Politik-beschäftigen eine Freizeitangelegenheit ist. Das hat für die Struktur unseres „Politik-Machens“ erhebliche Folgen.

Ich habe den Eindruck, daß das hohe Tempo, in dem diese antinationale Linke ihre Konflikte austrägt, damit zu tun hat, daß die ganze Sache unbewußt auf Verschleiß angelegt ist, auf Kurzfristigkeit. Es ist so, als würde man der eigenen Analyse nicht glauben, die immerhin besagt, daß antinationale Linke in den nächsten 50 Jahren hier eine absolut unbedeutende Minderheit bleiben werden. Die alltägliche Schizophrenie besteht ja darin, daß der Nationalsozialismus lange vorbei ist und seine Nachwirkungen gleichwohl allgegenwärtig sind.

Vor diesem Hintergrund stelle ich die Frage, wie man das, was einem durch den Kopf geht, was man mit anderen Leuten diskutiert, was man in den Zeitungen liest, im Fernsehen sieht, was man auf Veranstaltungen erlebt, wie man das so ausarbeiten kann, daß es als Vorlage für eine Diskussion taugt, die langfristig strukturiert werden kann? Und da sehe ich die Gefahr, daß durch die Ausklammerung dieser widersprüchlichen Lebensrealität des antinationalen Subjekts, sich ein bestimmtes Modell des unreflektierten „Politik-Machens“ durchsetzt.

Wo das verdrängt wird, wird man sich auf das scheinbare sichere Terrain des Politischen retten wollen. Man diskutiert dann so, daß die Subjekte nicht mehr vorkommen bzw. so, daß nur noch Staat und Kapital als Subjekte vorkommen: „Wohin geht Deutschland? Tritt Deutschland aus der NATO aus und entfernt es sich vom Westen? Welche Traditionslinie verfolgt dieser Staat? Wie ist seine Türkei-Politik einzuschätzen.
Wenn man sich auf dieses Terrain rettet, indem man solche Fragen zu den EINZIG relevanten Fragen macht, braucht man nicht mehr zu klären, von welchem Ort aus man spricht. Das Ergebnis muß dann ein kritikloser, positiver Bezug auf das abgetrennte Politische, sowie ein plakatives und strategisches Sprechen sein.

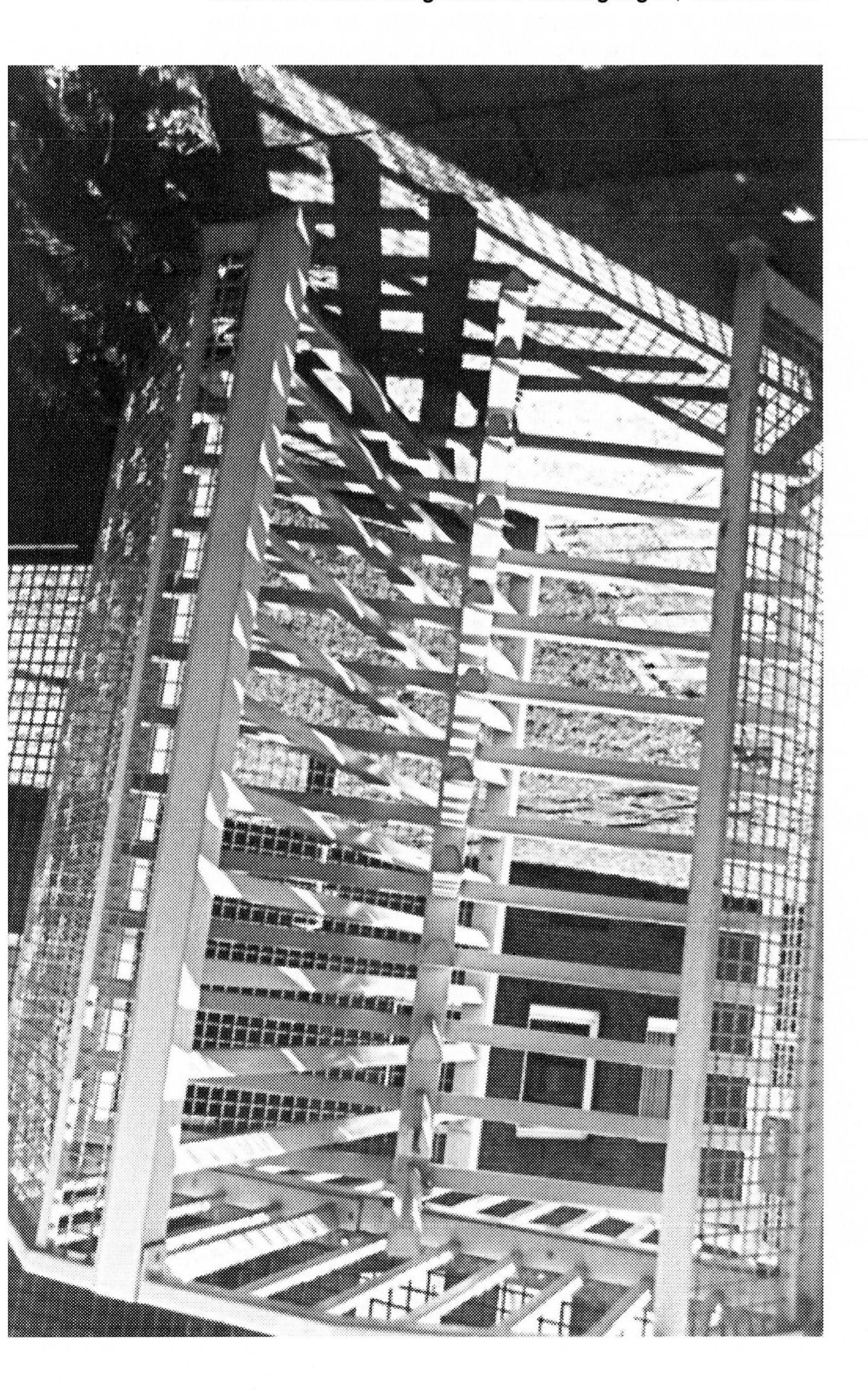
Viele von uns kommen aus politischen Zusammenhängen, die die Singularität von Ausschwitz nicht oder nur gelegentlich thematisiert haben. Jedenfalls stand diese Singularität jahrelang nicht im Mittelpunkt unserer Tätigkeiten, weil viele von uns sich auf die Heldengeschichte der Arbeiterbewegung bezogen haben oder die BRD-Bevölkerung zum Schutz der Umwelt bewegen wollten. Viele von uns haben sich ja lange nicht wirklich mit Deutschland angelegt. Wir hatten immer ein linkes Kundendienstproblem, nämlich das Problem, wie erreichen wir ein paar Leute für linke und alternative Positionen, ohne ihnen die ganze Wahrheit in aller Konsequenz sagen zu müssen. Doch obwohl sich das inzwischen geändert hat, ziehen unsere Veranstaltungen erstaunlich viel Publikum aus den verbliebenen marxistisch-



leninistischen oder trotzkistisch orientierten Gruppierungen an, die immer noch die - inzwischen „gesamtdeutsche“ - Arbeiterklasse rechts abholen wollen. Obwohl sie mit den Thesen der antinationalen Gruppen nicht einverstanden sind, fühlen sie sich von uns offensichtlich angezogen. Ich denke, sie spüren den Stallgeruch. Sie kommen gerne zu unseren Versammlungen, weil hier noch keine andere Sprache gesprochen wird, eine Sprache die sie nicht verstehen.
Wenn man Versammlungen durchführt, auf denen lauter kleine Feldherren auftreten, die fragen: "Welche Bündnisse gehen wir ein“, „Muß Deutschland raus aus der NATO oder nicht? etc. dann bewegt man sich auf der Ebene, auf der viele „Politik“ machten, und deshalb fühlen sich die kleinen Feldherren der genannten Zirkel, die im Geiste immer noch die „Kräfteverhältnisse“ hin- und herschieben und „die Widersprüche politisieren“ wollen, so wohl bei uns.

### Antinationale Standpunktbestimmung

Nach den bisher ausgeführten Überlegungen, halte ich einige Abgrenzungen für unverzichtbar:



**1.** Die erste Abgrenzung richtet sich gegen den antikapitalistisch-antimperialistischen Ableitungssophismus. Es gibt eine antikapitalistisch-antimperialistische Linke, die ungefähr so argumentiert, daß sie sagt: Dänemark ist kapitalistisch, Deutschland ist kapitalistisch, also sind Dänemark und Deutschland vergleichbare Staaten. Da ist zwar etwas dran in gewisser Hinsicht, in anderer Hinsicht aber nicht. Gegen die abstrakte Gleichsetzung aller kapitalistischen Staaten und die Abtrennung von ihrer Entstehungsgeschichte und ihrer jüngsten Geschichte, haben antinationale Linke richtig herausgearbeitet, daß Dänemark und Deutschland zwar gleichermaßen kapitalistisch sind, daß sie aber dadurch noch nicht vergleichbar sind - eben, weil der Kapitalismus auch Geschichte hat, sich in Geschichte und auf dem Boden bestimmter Verhältnisse entwickelt hat und weiterhin entwickelt, die er sich nicht vollkommen subsumieren konnte bzw. die er sich nur spezifisch subsumieren konnte, weshalb er auch ein jeweils spezifisches Gesicht hat Dänemark und Deutschland gleichzusetzen, das ist eine schlechte Abstraktion, das ist die abstrakte Gleichsetzung von kapitalistischen Staaten unter Abtrennung ihrer Entstehungsgeschichte. Es ist das - scheinbar antikapitalistisch motivierte - Verschwindenlassen von Ausschwitz im Kapitalismusbegriff.
Obwohl Deutschland und Dänemark also gleichermaßen kapitalistisch sind, wurde das größte Verbrechen, das jemals auf dieser Erde begangen wurde, nicht von dänischen Staatsbürgern begangen, sondern von Leuten, die sich als deutsches Volk imaginierten und sich als solches Herrenvolk fühlten. Diese historische Tatsache, die von niemandem bestritten werden kann, fordert bis heute verschiedene Interpretationen heraus.
Um diese Frage beantworten zu können, ist es m. E. nicht notwendig, einen für alle Zeiten fixen, biologisch begründeten „deutschen Volkscharakter“ zu konstruieren und diesen als Triebkraft der Geschichte darzustellen. Es reicht völlig aus, die Haltungen und Umstände konkret zu untersuchen, die diese Verbrechen möglich machten.

**2.** Die zweite Abgrenzung, die antinationale Linke richtig herausgearbeitet haben, heißt: „Keine Träne für Dresden“. Meines Erachtens ist das eine absolut notwendige Polarisierung. Die Abgrenzung von einer Linken, die die Bombardierung deutscher Städte als Verbrechen verurteilt, ist unverzichtbar. Es ist gut, daß antinationale Linke sich hier deutlich geäußert haben. Die zum Teil hysterischen Reaktionen einer Wir-sind-wie-das-Volk-Linken zeigt, daß man den richtigen Nerv getroffen hat. Diese Abgrenzung muß aufrechterhalten werden.

**3.** Eine dritte Abgrenzung ist der Terminus „antideutsch“. Auch diesen Begriff halte ich für eine notwendige Polarisierung, auch wenn ich ihn nicht besonders mag. Ich denke, daß wir auf diesen Begriff nicht verzichten können, weil es zuviele Leute gibt, die sehr schnell bereit sind, zu sagen, sie seien auch antinationalistisch eingestellt, die aber nicht auf den Punkt kommen wollen und die die Besonderheit, von der ich eben sprach, daß das Verbrechen eben nicht von Dänemark, sondern in Deutschland begangen wurde, nicht thematisieren wollen. Deswegen reicht es nicht aus, zu sagen, man wäre „ gegen Nationalismus“. Ich denke aber, daß man „antideutsch“ nicht auf Rhetorik herunterbringen darf. Wir sollten den Begriff nicht überstrapazieren, ihn nicht zum Schlagwort machen, sondern ihn in konkrete Argumen-

tationen auflösen. Es könnte uns sonst passieren, daß „antideutsch" eine neue linke Identität begründet.
Diese Vorsicht ist kein Plädoyer zur Rücksicht gegenüber jenen, die „antideutsch" für eine ethische Kategorie halten. Ich glaube, dieser Vorwurf ist relativ leicht zu widerlegen. Man kann ihn nur erheben, wenn man von der realen Existenz eines deutschen Gen-Pools ausgeht. Es gibt aber keine Deutschen, sondern es gibt nur Untertanen einer deutschen Staatsmacht. Einer Staatsmacht mit dem Namen Deutschland. Eines Staates, der sich eben nicht einfach nur „Staat Nr. 11" nennt, wie es Brecht vorgeschlagen hatte, sondern ausdrücklich „Deutschland", weil er an eine bestimmte Nationalgeschichte" anknüpfen will. Dieser Staat hat Bürger und diese werden qua Untertanendasein zum „deutschen Volk" imaginiert und homogenisiert. Insofern ist der Vorwurf, antideutsch sei eine ethische Kategorie vollkommen lächerlich - er kommt ja auch nicht zufällig von Linken, die für den Frieden zwischen den „Rassen", den „Ethnien" und den „Kulturen" eintreten, die also selbst ethnisch denken.

**4.** Die nächste Abgrenzung die zum Staat. Man kann heute noch bemerken (im Fernsehen und in Zeitungen), daß wir in einer Gesellschaft leben, in der die Mehrheit der Bürger immer noch nach Rechtfertigung, Entschuldigung und Ausflüchten sucht, wenn es um den Nationalsozialismus geht. Es gibt da eine unglaubliche Undistanziertheit, es ist unglaublich widerlich, keiner will es gewesen sein, alle wollen von nichts gewußt haben, alle fühlen sich als Opfer der Umstände, und das noch 50 Jahre danach. Der Umfang dieser Leugnung, Verdrängung, Bagatellisierung, Ignorierung der Opfer ist wirklich skandalös und da denkt man, es gibt diesen Volkscharakter möglicherweise doch.
Die Frage ist, wie wird das, was wie ein Volkscharakter ausschaut, immer wieder und sogar noch nach 50 Jahren reproduziert? Was, außer der persönlichen Verstrickung von Leuten, die nie ihre Taten zugeben werden, was, außer dem kollektiven Gedächtnis der Täter, reproduziert diese Verdrängung? Ich denke, die Antwort ist nicht in einem Volkscharakter zu suchen, sondern in der Existenz eines Staates, der bewußt an der Geschichte der vorangegangenen Staaten, die sich ebenfalls Deutschland nannten, andockte, der sich als Nachfolger dieser Staaten definiert.
Hier wirkt das, was die Diskurstheoretiker den „Diskurs der Nationalkultur" nennen. Ein Staat, der seine Legitimation durch die Berufung auf „deutsche Tradition" absichert, muß auch die Verbrechen der Vorgängerstaaten in seine Erzählung der Nationalgeschichte integrieren. Weil dieser Staat auch eine „Nation" sein will, muß er eine Nationalgeschichte konstruieren, die von den alten Germanen bis zu Kanzler Kohl reicht und deshalb auch Ausschwitz umfaßt. Irgendwo in der Geschichte zwischen den Germanen und Kanzler Kohl liegen diese zwölf Jahre. Wer eine nationale Heldengeschichte schreiben will, auf die das neue Deutschland stolz sein kann, muß irgendwie mit diesen „zwölf Jahren" umgehen, muß irgendwie eine Lösung finden, wie man diese zwölf Jahre, von der die ganze Welt weiß, daß es sich um zwölf Jahre des Verbrechens gehandelt hat, wie man die in diese nationale Erzählung so einbauen kann, daß die Vaterlandsliebe keinen Schaden nimmt, so, daß man trotzdem stolz sein kann auf diese „Nation".
Das bedeutet: Erst dadurch, daß es einen deutschen Staat gibt, der sich in diese Tradition stellt, entsteht die Notwendigkeit, den Nationalsozialismus auch noch nach 50 Jahren zu „historisieren". Die Reproduktion des Geschichtsrevisionismus ist an die Existenz von „Deutschland" gebunden. Wir sollten also zeigen, daß das, was einem wie ein konstanter Volkscharakter vorkommt, die Leistung dieses Staates ist. Das „Volk" ist damit aber nicht entschuldigt. Gerade dadurch, daß die Untertanen in ihrer individuellen Reproduktion abhängig sind von diesem Staat, identifizieren sie sich mit der Erzählung der nationalen Geschichte. Und die Untertanen in diesem Land haben sich - das hat mit Geschichte und kollektivem Gedächtnis zu tun - noch weitaus mehr als die Untertanen anderswo, dazu entschlossen, diese Abhängigkeit nicht in Frage zu stellen. Diese persönliche Reproduktion der Einzelnen hängt so lange, wie sich alle entschließen, dies nicht in Frage zu stellen, wirklich davon ab, ob Deutschland auf dem Weltmarkt eine erfolgreiche Nation ist. So wie sich der Lohnarbeiter wünschen muß, daß sein Kapitalist auf dem Markt erfolgreich ist, damit er ihm morgen auch noch seinen Lohn zahlen kann, so muß sich der Staatsbürger aus seiner nicht hinterfragten Abhängigkeit heraus wünschen, daß „sein" Staat auf dem Weltmarkt erfolgreich ist. Solange er sich mit einer Abhängigkeit abfinden will, muß er sich mit der Erzählung der Nationalgeschichte identifizieren. Und diese Identifikation ist ja, seit dieses Deutschland wieder souverän ist, noch dringlicher geworden. Die Ambition dieses Staates, der sich Deutschland nennt, ist die Hauptquelle der Reproduktion des geschichtsrevisionistischen kollektiven Gedächtnisses. Die Reproduktion durch den Staat reproduziert auch in den Individuen - auch in den nach 1945 geborenen - das Interesse an Revisionismus, Relativierung und Historisierung. Damit sieht es wirklich so aus, als gäbe es einen konstanten Volkscharakter, weil es diese staatliche Kontinuität gibt.

**5.** Die letzte Abgrenzung ist die Abgrenzung von dem, was ich als „Hauptkettengliedlinke" bezeichnen möchte. Es ist eine Abgrenzung vom Diskurs der Strategen, der Politikmacher und der kleinen Feldherren außerhalb und innerhalb der antinationalen Linken. In der ML-Bewegung der 70er Jahre hing beispielsweise die „Einschätzung" von Rumänien nicht von den dort herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen, sondern von der Außenpolitik des rumänischen Staates gegenüber den „Supermächten" ab. Eine zeitlang

wurde Rumänien eher negativ beurteilt, aber als sich die rumänische Regierung dann für „Unabhängigkeit von Moskau" entschied, rückte dieser Staat plötzlich auf die Seite der Guten, weil die Unterscheidung zwischen den „Supermächten" und dem Rest als zentrale Unterscheidung galt, als Hauptkettenglied, von dem alles andere abhängt. Hier ging es nicht um konkrete Analyse der konkreten Situation, sondern um einen Fixpunkt, von dem aus man alles andere ableiten konnte, ohne es genauer anschauen zu müssen.

### Die gewählte Ortlosigkeit

Wenn sich eine solche Logik durchsetzt und „antinational" zum „Hauptkettenglied" wird, dann werden die Diskussionen über sex und gender ebenso verdrängt werden, wie die notwendigen Auseinandersetzungen über die Familie als Grundlage der Nation, über den Zusammenhang von Geschlechterzuschreibungen, Biologismus und Sexismus, über den Anteil der Kultur an kapitalistischen Erfolgsstorys etc. Es wird dann nicht darüber diskutiert werden, daß der Diskurs über Kultur heute zum wichtigsten Ausgrenzungsdiskurs überhaupt geworden ist.

Es bleibt immer noch wahr, daß die soziale Ortlosigkeit von antinationalen Linken eine frei gewählte Ortlosigkeit ist, Resultat radikaler Kritik, aber nicht Resultat einer Ausgrenzung. Wir sind nicht in dem Sinn sozial ortlos, wie es z. B. Juden und andere waren, die ins Exil flüchten mußten. Wir sind nicht aufgrund von Verfolgung sozial ortlos, sondern aufgrund eigener Überlegung.

Und so richtig es ist, daß Schwule und Feministinnen auch NationalistInnen sein können, so wahr ist es auch, daß antinationale Linke, die Frauenbewegung und Schwulenbewegung für postmoderne Erfindungen und neumodische Subjektkonstruktionen halten, die alles durcheinander bringen und sozusagen vom Wesentlichen ablenken, nämlich vom Hauptkettenglied ..., daß solche Linke im Grunde das nationale WIR stützen. Eine antinationale Linke ist überhaupt nicht denkbar, ohne daß sie ihr Verhältnis zur Herausbildung dieser neuen Subjekte klärt. Unter antinationalen Linken gibt es ja nicht wenige, die all das, was in den 80er Jahren über Individualität und neue Subjekte gesagt wurde, nicht deshalb ablehnen, weil sie sich mit den Fehlern der postmodernen Erzählung auseinandergesetzt haben - da gibt es etliche Fehler - sondern weil sie die erwähnten Ressentiments haben. Ihnen mißfällt, daß sich in den letzten Jahrzehnten ihre Arbeiterklasse in disparate Millieus verflüchtigt hat, daß der vorgestellte homogene Block in ein buntscheckiges Szenario zerfiel. Sie sehen darin eine Lähmung der Kampfkraft. Die in den 80er Jahren forcierte Auflösung fixer Identitäten war ihnen nie geheuer. Es gab einmal eine Zeit, da waren die Biographien fest vorgegeben. Wer als Arbeiterkind geboren wurde, konnte mit einer lebenslangen Arbeiterexistenz fest rechnen. Real münden auch heute noch die Biographien von Arbeiterkindern meistens in Arbeiterkarrieren, aber es ist auch Realität, daß dies für die Einzelnen nicht mehr zwingend ist. Die Situation fixer Identitäten, wo man in dem Milleu stirbt, in das man hineingeboren wurde, wo man lebenslang nur einen Beruf ausübte etc., ist einer Situation gewichen, in der wir uns alle mit beweglichen Biographien herumschlagen müssen, in der mehr Eigensteuerung erwartet wird und mehr Entscheidungsmöglichkeiten gegeben sind.

*Günther Jacob lebt als Textarbeiter in Hamburg.*

Quelle: Ein redaktionell gekürzter Vortrag.



Gespräch zwischen Sol und Katja

# In or Out?

## Linke Standorte zwischen Selbstisoliierung und Neuformierung

Spätestens seit 1989 wird immer behauptet, daß die Linke in der Krise ist oder, wie es so schön heißt, vom Kapitalismus endgültig besiegt wurde. Meiner Meinung nach zeigten sich in den Neunzigern lediglich Probleme, die bereits zuvor bestanden. Eins dieser Probleme war die fehlende gesellschaftliche Verankerung, der mangelnde Bezug der Linken in Deutschland auf Gruppen außerhalb der Linken. Andere Probleme waren - und sind - die Konzentration auf Einpunktkampagnen, die Unverbindlichjkeit in vielen Zusammenhängen oder das Fehlen einer perspektivisch orientierten Bestimmung der Politiken. Der rote Faden des Gesprächs soll hier allerdings ausschließlich entlang des erstgenannten Aspekts laufen. Zugespitzt frage ich euch also, ob sich die Linke in einer gesellschaftlichen Selbstisolierung befindet?

*Sol:* Zunächst ist da erst einmal die Frage wen wir eigentlich als Linke definieren. Wenn du von der revolutionären Linken sprechen willst, dann würde ich alle Ansätze darunter fassen, die in ihrer Arbeit auch strukturelle Fragen stellen und nicht nur an Symptomen rumwirken wollen. Zudem würde ich sagen, daß sich eine Menge Individuen in der Krise befinden, ob sich die Linke insgesamt in einer Krise befindet ist dann auch noch einmal eine Frage für sich.

*Katja:* Die Frage ob sich die Linke selbst isoliert hat, setzt unausgesprochen einige schwierige Annahmen voraus. Zum einen, wie Sol schon gesagt hat, schließt sich direkt eine zweite Frage an: Was ist die Linke? Es gibt soviele Differenzen, Strömungen und Positionen, daß sich über den Zustand der Linken insgesamt keine brauchbaren Aussagen machen läßt. Zum anderen führt die Frage einer selbstgewählten Isolation schnell zum Bild einer geschlossenen Gesellschaft mit einem starken Zentrum in der Mitte. Aussen liegen dann die isolierten Ränder die Linken, die Subkulturszene, Punks, usw. Ich glaube, daß dieses Bild nicht stimmt. Wahrscheinlich hat es nie gestimmt. Aber je fortgeschrittener das kapitalistische System barbeitet, um so deutlicher wird, daß die Gesellschaft und ihre GegnerInnen, die Gesellschaft und ihre Ränder nicht 100% voneinander zu trennen sind Überall verlaufen Übergänge. Egal, ob positiv oder negativ formuliert. Sowohl die relativ starke Kultur der ArbeiterInnenbewegung, als auch die geschlossene Spießergesellschaft der 50er Jahre sind verschwunden. Im Grunde genommen sind viele Innen- und Außenverhältnisse ins Wanken geraten, und die Leute werden über ein sehr abstraktes kapitalistisches Verhältnis zusammengehalten Davon kann man schlecht isoliert sein: die relative Integration der 68er und der Alternativbewegungen, das allmähliche Verschwinden des Spießertums und der Bedeutung von von Moral, Religion, Familie, die größere Flexibilität von Herrschaft und gleichzeitig das Wiederauftauchen reaktionärer Rhetoriken und Praktiken an den Punkten Rassismus und sog. 'Innere Sicherheit', das Wiederauftauchen neoliberaler ökonomischer Konzepte usw, usf..

*Sol:* Ich sehe da noch etwas anderes. Von der Gesellschaft und ihren Gegnern würde ich auch nicht sprechen. Wie Du es schon angedeutet hast, kann man sich im fortgeschrittenen Kapitalismus nicht einfach, wie es Leute gerne tun, herausstellen und sagen, ich gehöre nicht dazu.
Andererseits ist es schon eine ganz starke Tendenz des neoliberalen kapitalistischen Systems zu marginalisieren. Das ist etwas, daß auch die Linksradikalen getroffen hat. Zum einen materiell, was zuvor nicht der Fall war und weshalb sich in den letzten ein bis zwei Jahren die Aktivitäten im sozialen Bereich verstärkt haben.
Zum anderen ist es eine Marginalisierung im öffentlichen Diskurs, etwas, das zwei Seiten hat. Das hat zum einen die Seite, daß das bürgerlich-liberale Spektrum fast gänzlich weggebrochen ist und es von daher kaum noch Kanäle gibt um linke Positionen in eine öffentliche Debatte einzubringen. Die andere Seite ist aber auch, daß die Linke einfach zu ganz vielen Sachen nichts mehr zu sagen hat. Wie lange hat es gedauert bis sich linke Positionen zu Ex-Jugoslawien herauskristallisiert haben? Im Prinzip war da bereits der ganze erste Schub von öffentlicher Debatte vorbei. (...)
In den ganzen 80er Jahren konntest du zu größeren gesellschaftlichen Fragen linke oder linksradikale Stimmen immer wieder wahrnehmen. Zum Teil wurden sie über das bürgerlich-humanistische Spektrum, gerade in den großen Auseinandersetzungen wie Atomkraft und Startbahn West, in die Debatten getragen. Mittlerweile sind die Linksradikalen in die Position gekommen, daß sie eigentlich nur noch Bürgerrechtspolitik machen. Ein Großteil dessen, was heute von Linksradikalen vertreten wird, sind Bürgerrechte, das Recht auf persönliche Unversehrtheit, das Recht auf Meinungsfreiheit, das Recht auf Asyl und verschiedene weitere Punkte. Das ist keine linksradikale Politik, das ist Bürger-



rechtspolitik. Dennoch halte ich es in der Situation für richtig und ich halte es auch insgesamt für richtig, weil ich glaube, daß die Linksradikalen sogenannte Bürgerrechte zu lange einfach weggewischt haben, als hätten diese für eine linke revolutionäre Bewegung keine Bedeutung.

*Katja:* Ich teile die These, die Linke sei dümmer geworden und habe auf die und die Fragen keine Antworten mehr, nicht. Das spielt mit einem "Alles ist schlimmer geworden". Das Beispiel Jugoslawien ist zwar richtig, aber der Grund für eine gewisse Sprachlosigkeit war, Daß die Bewegungslinke der 80er Jahre wenig Wissen, wenig Kontakte, wenig Positionen zu den realsozialistischen Geselllschaften hatte, - eben weil ein politischer und emotionaler Schwerpunkt auf der von dir angesprochenen Kampagnenpolitik gegen industrielle Großprojekte lag. Das wurde auch gesehen, diskutiert und kritisiert. Nur: eine politische Bewegung ist keine Partei. Ihre Differenzen und Unübersichtlichkeiten führen auch zu Langsamkeiten, unglaublichen Nachträglichkeiten und Wiederholungen, die wahrscheinlich sehr schwer aufzuheben sind. Deshalb würde ich ungern in das Lied linker Unfähigkeit einstimmen, sondern die Probleme linker Bewegungspolitik einzeln in ihren unterschiedlichen Dynamiken anschauen.
Zum Beispiel die von dir angesprochene 'Bürgerrechtspolitik': Für mich fällt das erst einmal unter Mikropolitik. Das heißt, die politischen Auseinandersetzungen fangen an den vielen kleinen Fronten und Situationen an, an denen Subjekte leben und arbeiten. Wenn das darin mündet, daß Teile der Linken, implizit oder explizit, sich darauf reduzieren, das Grundgesetz zu wahren, dann ist das die Falle, in die Mikropolitik gehen kann, unterstüzt übrigens durch die bei manchen Gruppen und Leuten beliebte Empörungsrhetorik, daß der Staat, seine eigenen juristischen und moralischen Gesetze breche - als ob das nicht alle wissen und erwarten würden. Genauso kann die politische Arbeit gegen momentane neoliberale Orientierung des Kapitalismus in die Falle gehen, unter der Hand den alten keynesianischen Wohlfahrtsstaat zurückzufordern oder kleinteilig in caritativer Eigeninitiative zu ersetzen.

Mit der gleichen Ergänzung, wie Sol sie macht, würde auch ich deine Infragestellung des Innen- und Außen-Seins teilen. Die Einwürfe bzw. Gegenargumente, die du gegen die Selbstisolierungsthese aufmachst, überzeugen mich allerdings noch nicht. Sicher geht es nicht um die Frage, ob die Linke dümmer geworden ist. Ich denke aber, daß die 'Bürgerrechtsorientierung', die auch von dir eingestandene Sprachlosigkeit oder diverse Rückzüge, seien sie nun theoretischer - auf "die Kraft der Negation" - oder allgemein politischer Art - wie die antideutsche Orientierung - mehr sind als ein in-die-Falle-tapsen. Ich möchte den Blick noch einmal auf 1989 und die Frage werfen, weshalb es damals, in dieser Umbruchsituation, statt zu einer Formierung radikallinker Orientierungen zu einer Krisenstimmung kam?

*Sol:* Durch eine gewisse Medienwirksamkeit die linksradikale, autonome Politik in den 80ern noch hatte, sind ihre Schwächen nicht so aufgefallen. Man konnte beispielsweise

gegen die WAA sein und dagegen ankämpfen. Irgendwann sind dann die grösseren Zusammenhänge in der Analyse verschwunden und es ging nur noch um die WAA, aber das war überhaupt kein Problem. Es gab dermaßen Kämpfe und Schlachten, daß man sich immer noch so vorkommen konnte als sei man die lokale FMLN. Ab 1989 war es ganz klar sichtbar, daß es so nicht mehr weitergeht. Die Koordinaten hatten sich im Gesamtgefüge verändert. Für das Integrationsprojekt Deutschland, das im Prinzip bereits 83/84 aufgeben wurde, war '89 völlig klar, daß nicht nur nicht mehr integriert, sondern massiv marginalisiert wird. Dies sind Punkte, die im Zuge der Wiedervereinigung dermaßen deutlich geworden sind, daß es bei vielen zur Resignation oder Spartenpolitik in kleinen, übersichtlichen Bereichen geführt hat.
Es war eine schleichende Umorientierung ohne eine vorrausgehende Debatte. Eine ganze zeitlang war es die Suche nach einem neuen revolutionärem Subjekt. Gerade wie die Flüchtlingspolitik Anfang der 90er bearbeitet wurden, schien es so, als wenn die Autonomen ihr revolutionäres Subjekt nicht mehr gesehen haben und dann sollten es erst mal die Migrantenjugendlichen sein, 89/90/91. Danach waren es die Flüchtlinge, die als Objekt autonomer Begierde herhalten mußten. Nach und nach ist dann aufgefallen, daß die Migrantenjugendlichen doch nicht so progressiv sind und die Flüchtlinge haben es auch nicht so gerne, wenn die Autonomen immer für sie reden. Dann wurden die Subjekte nacheinander auch wieder fallengelassen. (...)

*Katja:* Wenn wir die These verhandeln, daß in der Folge der sogenannnten 'Wiedervereinigung' ein ökonomischer und sozialer Rechtsruck, der sich schon seit Anfang der 80er Jahre angekündigt hat, auf einen Schlag unübersehbar wurde, stimme ich dir zu; deinem Spott über die Objekte autonom-revolutionärer Begierde allerdings nicht. Natürlich gibt es dieses seltsame Sich-Aussuchen von neuen imaginären Subjekten des Kampfes, die vorher nicht gefragt wurden, also reine Objekte sind. Aber das wurde auch superschnell erkannt und versucht zu verändern.
Mich interessiert wie unterschiedliche Bewegungen und Positionen, - und ich gehe davon aus, daß es wichtig und richtig ist, daß starke Differenzen in einer linken Bewegung existieren -, wie also diese unterschiedlichen Praktiken sich aufsummieren können in Etwas, das stärker ist als die einzelnen politischen Gruppen und Subjekte. Das ist die Frage nach dem Schicksal linker Bewegungspolitik in der jetzigen widersprüchlichen gesellschaftlichen Mischung aus Flexibilisierung plus Marginalisierung, aus Intgration plus Ausschluß.
Die Frauen-, die Lesben- und die Schwulenbewegung haben zum Beispiel seit den 70ern die Vorstellung großer linker Politik revolutionärer Repräsentanz stark kritisiert und ihre politischen Diferenzen und Selbstorganisationen in die neuen sozialen Bewegungen eingeführt. Die neuen Fragen, die sich daraus ergeben, lassen sich heute immer schärfer stellen: Wie führen mikropolitische Kämpfe in etwas anderes, als daß ein Großteil der Leute Teilhabe am System fordert und nur ein kleiner radikal gebliebener Teil mehr will als Quotierung, homosexuelle Ehe und Frauen in die Bundeswehr? Wie auf den Widerspruch von medialer Überrepräsentation von Differenz und gleichzeitigem Angriff auf Differenz reagieren? Also auf der einen Seite das Auftauchen von radikal-chic-Bildern von Subkultur, Homosexualität und z.B. black popular culture in den Medien und auf der anderen Seite die Zunahme von institutionellen und sozialen Rassismen? Gibt es in dieser Situation eine Möglichkeit, ohne den Rückgriff auf eine vereinheitlichende Strategie wie es die AA/BO versucht, die unterschiedlichen linken Praktiken auszuweiten, so daß sie sich verstärken statt vermindern, aufsummieren statt lähmen?

*Sol:* Natürlich war die Beschreibung der Autonomen hämisch, aber die Suche nach einem zentralem revolutionären Subjekt ist spätestens in den heutigen modernen Gesellschaften ganz einfach falsch, egal ob die Träume nun in eine 'Arbeiterklasse' oder in Migranten hineinprojeziert werden. Und bei so manchen Diskussionen, die es so gegeben hat, wenn sich die linksradikalen Erwartungen nicht erfüllten, ziehe ich es vor etwas polemisch zu sein - so z.B. als mal darüber diskutiert wurde, daß die Flüchtlinge den Grünkerneintopf verschmäht haben, anstatt sich hocherfreut und dankbar zu zeigen. Letztlich wurde zwar erkannt, daß es ein falscher Ansatz war, und er wurde fallen gelassen. Es ist aber nicht gelungen auf einer gleichberechtigten Basis strategische oder Zweckbündnisse einzugehen. (...)
Ein grundsätzliches Problem, was sich für mich stellt, wenn wir über die Tendenzen in der Linksradikalen sprechen, ist die Frage in welchen Kontext ich mich selbst mit meiner politischen Arbeit stelle. Was ist für mich ein Bezugspunkt, wen will ich ansprechen und welche Prozesse finde ich überhaupt wichtig? Natürlich komme ich auch aus einer autonomen Geschichte und es ergeben sich immer wieder für FelS und arranca ganz klar Bezüge zur autonomen Geschichte und zur Szene, auch punktuelle Zusammenarbeit, aber es ist kein Bezugspunkt für uns. Wir beschließen unsere Initiativen nicht nach dem, was gerade in der Szene Thema ist. Wenn sich eine Zusammenarbeit ergibt, ergibt sie sich, und wenn sie sich mit anderen Spektren ergibt, ergibt sie sich mit anderen Spektren.

Mir erscheint die Diskussion um das Revolutionäre Subjekt und ihr Verhältnis zum Strategiebegriff der Schlüsselzusammenhang zu sein. Mit dem klassischen Revolutionären Subjekt war eine ganz bestimmte Strategie verbunden. Es ließ sich die Arbeiterklasse organisieren und die hat dann aufgrund der Klassenwidersprüche irgendwann die Revolution gemacht. Wenn heute vom Revolutionären Subjekt gesprochen wird, ist etwas ganz anderes gemeint. Es ist eher eine Zielgruppe für Bündnisse oder eine Betroffenengruppe gemeint.

*Sol:* Aber war die Arbeiterklasse für uns wirklich jemals ein revolutionäres Subjekt? War es in den 80ern im jugendlichen Eifer nicht eher worldwide-Punk oder Jugend an sich?

Im Prinzip ist aber die Vorstellung, daß wir ein Revolutionäres Subjekt brauchen, erhalten geblieben, nur eben relativ substanzlos. Es werden zwar inhaltliche Positionen zu den jeweiligen Themenfelden bestimmt und es wird auch zum Widerstand gegen das System als Ganzes aufgefordert. Genaugenommen fehlt zwischen diesen beiden Aspekten jedoch meistens die Vermittlung, weil selten eine Vorstellung von Befreiung dahintersteht, die eine Idee davon geben kann, wer und warum Trägerin bzw. Träger von längerfristigen revolutionären Prozessen sein wird.

*Katja:* Und was wäre deiner Meinung nach eine mögliche Strategie?

Du hast meiner Meinung nach einen zentralen strategischen Aspekt angesprochen. Es muß festgestellt werden, daß es nicht den einen entscheidenen Hauptwiderspruch gibt an dem der große Hebel angesetzt werden kann. Vielmehr muß die Linke versuchen die Kämpfe gegen die verschiedenen Herrschaftsverhältnisse zusammenzubringen, und zwar sowohl theoretisch als auch praktisch, woraus sich eine Neuformierung der Linken selbst entwickeln könnte, die für mich augenblicklich die Voraussetzung für alles weitere ist.

*Sol:* In meinen Augen gibt es keine Haupt- und Nebenwidersprüche. Daß heißt, daß es absoluter Quatsch ist zu glauben mit der Beseitigung des Widerspruches Arbeit und Kapital automatisch oder auch nur peripher an den anderen Widersprüchen etwas zu ändern. Und ebenso ist für mich klar, daß z.B. patriarchale oder rassistische Arbeitsteilung wesentliche Pfeiler des kapitalistischen Systems (und nicht nur) darstellen. Dennoch denke ich, daß der konkrete materialistische Ausdruck der verschiedenen Unterdrückungsverhältnisse den zentralen Angriffspunkt darstellen sollte. Dabei müssen alle anderen Widersprüche gleichzeitig mit angegriffen werden, d.h. antikapitalistische Politik muß immer auch antirassistisch und antipatriarchal sein. Letztendlich kann keine gesellschaftliche Gruppe allein einen für alle gültigen Gesellschaftsentwurf überlegen, dafür müssen - so schwer es sein mag - schon alle von Unterdrückungsmechanismen Betroffenen zusammenkommen. Das ist jetzt alles natürlich sehr verkürzt.

*Katja:* Ich glaube, daß das Denken im Hauptwiderspruch von Arbeit und Kapital eine irre ökonomistische Reduktion darstellt, die aus dem Vulgärmarxismus und einer fatalen politischen Praxis der Kommunistischen Parteien und K-Gruppen kommt.
Und das, was du gerade gesagt hast, klang ein bißchen nach: Es gibt keine Haupt- und Nebenwidersprüche, aber es gibt sie doch. Oder was meinst du mit dem Verhältnis von Arbeit und Kapital als zentralem Verhältnis?

*Sol:* Die Frage ist warum der Rassismus in bestimmten Momenten gepusht wird (und von wem und mit welchen Interessen ...) und in anderen Momenten eher versucht wird ihn zurückzudrängen? Warum konzentriert er sich phassenweise auf bestimmte Bevölkerungsgruppen? Auch bei den Sans Papier in Frankreich liegt der Schwerpunkt bei der materiellen Lebensgrundlage, dem "Lebensrecht", denn das ist für sie der unmittelbarste und erfahrbarste Ausdruck des Rassismus und da sie sich auch bewußt sind, daß sie allein nicht viel ausrichten können und schließlich auch selbst von anderen Unterdrückungsmechanismen betroffen sind bzw. ihre besondendere Situation auch andere Ausbeutungsverhältnisse in denen sie stecken, beeinflußt, suchen sie jetzt verstärkt die Zusammenarbeit mit den Arbeitslosen ...
Daß heißt natürlich nicht, daß alles am Gängelband des Kapitalismus geht, aber die Analyse des Nutzens in der kapitalsitischen Logik ist wichtig um das eigene Vorgehen zu



bestimmen und Akzente zu setzen. Konkret heißt das bei "FelS" z.B. das ein besonderes Gewicht auf antirassistische Elemente gelegt wird, auch und besonders wenn es um soziale Fragen geht - wie etwa im Berliner Sozialbündnis '95/'96.

*Katja:* Ich gehe von der Gleichzeitigkeit verschiedener Machtverhältnisse aus, die unterschiedlich alt sind und unterschiedlcih strukturiert sind. Ich denke nicht, daß sich Rassismus aus Kapitalismus ableiten läßt, daß eine Gesellschaft deshalb rassistischer wird, weil das ökonomisch opportun ist, sondern daß sich Machtverhältnisse aufaddieren, ineinander aufrichten und wenn sie zusammenkommen, verstärken und katalysieren. Vielleicht kann man so etwas feststellen, wie die Überdeterminierung von Machtverhältnissen durch den Kapitalismus, d.h. daß rassistische oder patriarchale Praktiken einen bestimmten zusätzlichen kapitalistischen Drive bekommen. Zum Beispiel taucht eine ganze Reihe pornographischer Bilder im Fernsehen durch die Kapitalisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf, nicht nur weil sich pornographische Bilder gut verkaufen lassen, sondern weil der Kapitalismus die allgemeine Tendenz hat, Bilder, Zeichen, Äußerungen und Praktiken aus moralischen Verboten freizusetzen - auch wenn gleichzeitig an anderen Stellen Moral von konservativer Politik wieder aufgerichtet wird.

Womit hat sich die radikale Linke denn in den letzten 15 Jahre aber konkret beschäftigt? Jenseits der Bürgerrechtsdebatte von vorhin, würde ich behaupten, hat sie sich ganz stark mit Feldern auseinandergesetzt, die nur Randbereiche der Gesellschaft aufgriffen und aus einer Szeneorientierung heraus bestimmt wurden. Immer wieder wurden ähnlich klassisch ausgerichtete Kampagnen entwickelt, die bis auf Ausnahmen auch nicht gesellschaftlich breiter angelegt waren. Ich denke, daß dies unter anderem damit zusammenhängt, daß in der deutschen Linken die Vorbehalte gegenüber Nichtlinken, den sogenannten Massen, aufgrund des Faschismus besonders stark sind.

*Sol:* Dies hat ja durchaus seine Berechtigung. Jede Ansammlung von mehr als zwei Deutschen sollte durchaus kritisch betrachtet werden. Warum hier der Bezug auf Bevölkerung schwierig ist läßt sich an der Geschichte ablesen. Trotzdem bleibt die schlichtweg banale Erkenntnis, daß gesellschaftliche Veränderungen nur mit gesellschaftlich größeren Gruppen vollzogen werden können, es sei denn, man will in Pol Pots Fußstapfen treten. Alles andere ist leider nicht möglich, deshalb ist natürlich dieses Dilemma da, daß die Massen nicht per se progressiv sind.
Sicher hat die Themenwahl eine Rolle gespielt. Die autonome Linke war in den Achtzigern schon autistisch. Die sozialen Veränderungen haben überhaupt keine Rolle gespielt. Es wurde kaum analysiert, daß diese neoliberalen Veränderungen stattfinden, wie sich das soziale Gefüge und die Arbeitswelt verändern. Es gab eine stark auf universitäre Kreise begrenzte marxistische Diskussion darum, die eigentlich keinen Kontakt zu den Leuten hatte, die Politik auf der Straße gemacht haben. Und auch wenn Linksradikale in vielen der sog. neuen sozialen Bewegungen Anfang bis Mitte der '80er noch eine bedeutende Rolle gespielt haben, wurden weitgehend Themen von Linksradikalen ausgesucht, die mit der tatsächlichen Lebensrealität vieler Menschen (zumindest primär) wenig gemein hatten.
In Deutschland gibt es diese in den religiösen Bereich gehörende Haltung des Sichreinwaschens. Viele glauben indem sie sich irgendwo reinstellen oder rausstellen, alles abschütteln zu können. So wie in den '80ern die Selbstmarginalisierung der Linksradikalen bestand, gibt es heute (wo die Zeiten und Gesellschaft um uns herum noch häßlicher geworden sind) die "Zeitung für den Rest" (Untertitel der Zeitschrift 17C aus Hamburg, Anm. d. Red.), die sich meint so aus dem deutschen Kontext rausschleichen zu können und sich einfach als Rest deklarieren zu können. Wir sind alle immer Teil der Gesellschaft. Durch so eine Selbstmarginalisierung kann man höchstens erreichen, daß man in der Gesellschaft in der man sich bewegt nicht zu hören ist.

*Katja:* Es gibt da eine prekäre Mischung in der linken Bewegung. Zum einen überschätzen sich die Leute oft, halten sich für sehr radikal, sehr weit vorne. Zum anderen gibt es den Haß auf das Bürgerliche, auf die Vorgärten, den SPD-Stammheimhumanismus, das, was du ebn worldwidepunk genannt hast, und was mir eigentlich gut gefällt. Dann ist da aber auch dieser unangenehme Moralismus, diese 'Links-gleich-Gut-Haltung', mit der die Leute sich und andere enorm unter Druck setzen, und den Widerspruch überspringen, daß jedes Subjekt immer auch Macht ausübt, auch wenn es selber unterdrückt ist, weil Macht alle Subjekte und Situationen durchzieht. Die politischen Fortschritte sind deshalb immer nur relativ und tendenziell. Es gibt keinen Ort des Guten und Richtigen, auch nicht in einer utopischen Zukunft. Deshalb gefällt mir ja auch der Ratschlag so gut, daß amn nicht traurig sein muß, um militant sein zu können, auch dann nicht, wenn das, wogegen man kämpft, abscheulich ist

*Sol:* Eine wichtige Frage ist inwiefern viel daran liegt, daß Subkultur zum politischen Rahmen gemacht wurde. Dieser Haß gegenüber dem Bürgertum ist ja nicht unbedingt falsch. In dem Moment, wo man die subkulturelle Haltung aber zum politischen Rahmen macht, wird es falsch, weil du dann natürlich ganz viele Leute ausschließt. Das wirklich Falsche liegt nicht darin sich für verschiedene Subkulturen zu interessieren oder darin zu leben, sondern diese Verknüpfung mit dem politischen Rahmen aufzumachen.

*Katja bringt zusammen mit anderen die Münchener Zeitschrift "vierte hilfe - illustrierte theorie für das dienstleistungsproletariat" heraus; Politisierung Mitte/Ende der 80er Jahre; zu spät also für den Höhepunkt der autonomen Bewegung; im Kontext der Antifa-Arbeit politisch 'aufgewachsen'; im Moment eher auf Zeitungs-, Vermittlungs- und Theoriearbeit reduziert.*

*Sol ist bei "FelS" und "Arranca!" aktiv; hat keinen grünen Paß mit 'nem Adler drauf; Politisierung Anfang/Mitte der 80er (also auch worldwide Punk); Erfahrungen auch mit politischer Arbeit in anderen Ländern; trotz allem Optimist.*

*Hans Hansen moderierte für alaska das Gespräch; politisierte sich '84 und beschäftigt sich seit damals mit diversen Organisierungsversuchen; theoretischer Schwerpunkt liegt auf der Kritik des Gesellschaftlichen Naturverhältnisses und außerhalb des BUKO bei "Levanti - Projekt undogmatische Linke" aktiv.*

Dario Azzellini/Boris Kanzleiter

# Schmutziger Krieg

## Unter Beteiligung von US-Militärberatern wird Mexiko zum Exerzierplatz für Aufstandsbekämpfung durch "Kriegführung niederer Intensität" und "Paramilitarisierung"

*Walter Slocumb, Staatssekretär im US-Verteidigungsminsterium, bestätigte Anfang März, daß US-Militärs mehrmals die Aufstandsregion Chiapas im Süden Mexikos besucht haben. Die drei Reisen 1997 und ein Besuch zu Beginn dieses Jahres hätten aber lediglich Routinecharakter getragen, versuchte der Mitarbeiter des Pentagon vorsorglich die Gemüter zu beruhigen. Doch genau darin besteht das Problem: Die Organisation des Terrors gegen sozialrevolutionäre Bewegungen gehört zu den Aufgaben, bei denen US-Militärs gerade in Lateinamerika über die eingespielteste Routine verfügen.*

Seit Beginn des Aufstands der Zapatistas 1994 werden vor allem Chiapas, aber auch andere Teile Mexikos, zunehmend militarisiert. Die Bundesarmee zeigt sich sichtbar präsenter, rekrutiert kontinuierlich mehr Soldaten und stattet sich mit modernen Waffensystemen aus. Zum ersten Mal seit dem 2. Weltkrieg gehen hochrangige Militärs mit politischen Stellungnahmen an die Öffentlichkeit. Gleichzeitig treten in Regionen, in denen oppositionelle Bewegungen politisches Terrain gegen die seit 1929 regierenden Staatspartei PRI (Partei der Institutionalisierten Revolution) erkämpfen konnten, extralegale bewaffnete Gruppen auf, die durch Terror die Zivilbevölkerung einschüchtern. Das Muster ist dabei immer ähnlich: Die Bundesarmee positioniert sich an strategischen Punkten, um die Region kontrollieren zu können. Sie bietet damit den Rückhalt für die paramilitärischen Gruppen, die nun ungestört gegen Mitglieder oppositioneller Gruppen vorgehen. Mord, Folter und Einschüchterung sind ihre Mittel. Die Verbindung zwischen Armee und Paramilitärs wird dabei über PRI-Politiker hergestellt, die den Terror finanzieren und anleiten.

### US-Armee bildet mexikanische Offiziere aus

Bekannt gewordene Geheimdokumente machen offensichtlich, daß dies Teil einer umfassenden Strategie ist, die in der Tradition der nach dem Vietnamkrieg entwickelten Pentagonkonzepte für Aufstandsbekämpfung geplant und umgesetzt wird. Im „Plan de Campaña Chiapas 1994" wird als Ziel die „Zerstörung der politisch-militärischen Struktur der EZLN" genannt. Dabei soll nicht nur auf der militärischen, sondern auch auf der psychologischen und zivilen Ebene vorgegangen werden. So werden beispielsweise Zensurmaßnahmen gegen die Presse und gezielte Desinformationsarbeit vorgesehen. Das Kapitel "h" fordert außerdem explizit den Aufbau von paramilitärischen Gruppen. Das Ziel dabei ist einerseits die Guerilla von ihrer Basis zu trennen und Oppositionsaktivisten einzuschüchtern. Andererseits soll die Armee im Lichte der Öffentlichkeit als neutrale Instanz präsentiert werden, die beide „Extreme", also Paramilitärs und Guerilla, bekämpft.

Die Strategie der mexikanischen Bundesarmee für Chiapas wurde unter der Federführung von General José Rubén Rivas Pena ausgearbeitet. Sein Handwerk hat der Militär an der School of the Americas (SOA) in Fort Benning im US-Bundesstaat Georgia gelernt. In dieser vom US-Verteidigungsminsterium finanzierten Militärakademie wurden Generationen von lateinamerikanischen Militärs ausgebildet, die nach der Rückkehr in ihre Heimatländer an führender Stelle in den Repressionsapparaten standen. Zu den beinahe 60.000 Offizieren, die seit 1946 die SOA absolviert haben, gehören beispielsweise 48 der 69 Militärs, die von der UN-Wahrheitskommission für die schlimmsten Menschenrechtsverbrechen während des Kriegs in El Salvador für schuldig befunden wurden. Neben Rivas Pena sind weitere zwölf führende Militärs in Südmexiko in der SOA ausgebildet worden.

In Zukunft werden sie Unterstützung bekommen. In den letzten Monaten verstärkt das US-Verteidigungsministerium die Militärzusammenarbeit mit Mexiko. 1500 mexikanische Offiziere wurden allein in den ersten zehn Monaten 1997 in der SOA und ähnlichen Einrichtungen aufgenommen. Das sind beinahe soviele wie in den letzten 14 Jahren zusammen. Mexiko stellt damit heute die meisten Studenten der SOA. Zusätzlich wurden allein von Mitte 1996 bis Mitte 1997 über 3000 mexikanische Soldaten in Fort Bragg im US-Bundesstaat North Carolina von der 7th Special Forces Group der Green Berretts ausgebildet. Der Militärexperte John Saxe Fernández faßt die Entwicklung zusammen: „1997 gab es eine Steigerung von 400 Prozent bei der Lieferung von Militärtechnologie aus den USA an Mexiko verglichen mit den Vorjahren. Der Haushalt des US-Ver-

teidigungsministeriums für die Ausbildung von mexikanischen Militärs wurde um 800 Prozent gesteigert."

Das ist alles wenig verwunderlich, da die USA in Mexiko strategisch, politisch und wirtschaftlich wichtige Interessen hat. Das Land südlich des Rio Grande dient gleichmaßen als Rohstoff- und Lebensmittellieferant sowie als lukrativer Produktionsstandort für die Billiglohnproduktion. Politische Instabilität in Mexiko gefährdet auch die „nationale Sicherheit" der USA. Eine über 3000 Kilometer lange schwer kontrollierbare Grenze trennt die Länder. Bereits jetzt haben die US-Behörden Mühe, den Zustrom mexikanischer Migranten im Griff zu halten. Und politische Unruhe in Mexiko könnte die in den USA rassistisch diskriminierte Latino-Comunity beeinflußen.

## Der Terror der Paramilitärs

Direkte Unterstützung bekommen die mexikanischen Militärs allem Anschein nach auch von den berüchtigten „Kaibiles" aus Guatemala, die ihre Hilfe bereits kurz nach dem Zapatista-Aufstand angeboten hatten. Die Spezialeinheiten aus dem zentralamerikanischen Nachbarland zeichneten sich dort während des Krieges gegen die Guerilla und ihre Unterstützer besonders durch die Zerstümmelung ihrer Opfer mit Macheten aus. Sie traten in schwarzen Uniformen, grünen Mützen und bemalten Gesichtern auf und trugen stets eine lange Machete auf dem Rücken. In einigen Gebieten Chiapas wurden auch bereits derartig gekleidete Paramilitärs gesichtet. In Guatemala selbst wird gegen zwei höhere Militärangehörige und „School of the Americas"-Absolventen wegen Waffen- und Drogenlieferungen an paramilitärische Gruppen in Chiapas ermittelt.

Als Versuchslabor für den „schmutzigen Krieg" in Südmexiko diente zunächst der Norden von Chiapas, das Gebiet der Chol-Indianer, in dem die Gruppe mit dem zynischen Namen „Paz y Justicia", „Frieden und Gerechtigkeit", als Mischung von Paramilitärs und PRI-Schlägerbanden aufgebaut wurden. Diese Gruppe trat erstmals Mitte 1995 öffentlich in Erscheinung. Sie ist nachweislich für Dutzende von Morden, massive Vertreibungen, Plünderungen sowie den gescheiterten Anschlag gegen die Bischöfe Samuel Ruiz und Vera López Garcia am 4. November 1997 verantwortlich. Auf ihr Konto geht ebenfalls die Schließung von einigen katholischen Kirchen, deren Gemeinden sie vorwerfen, die EZLN zu unterstützen. Im Februar ermordeten Mitglieder von „Paz y Justicia" einen Chol-Indianer, der kurz vorher der europäischen Menschenrechtsdelegation über die Situation in der Region berichtet hatte.

Vor einigen Monaten erhielt die Gruppe eine Zahlung von fast 600.000 US-$ von der chiapanekischen Regionalregierung, die offiziell als Hilfe für "Ackerbau und Viehzucht" deklariert war. Die Unterstützung ist nicht weiter verwunderlich, ist doch der lokale PRI-Abgeordnete aus Tila, Samuel Sanchez Sanchez, einer der Anführer von „Paz y Justicia". Der chiapanekische Ex-Gouverneur Julio Cesar Ruiz Ferro hat bereits wiederholt auf Versammlungen im kleinen Kreis geäußert, daß die Angehörigen von Paz y Justicia, die wahren Opfer des Konfliktes seien. Schließlich hätten sie ihr Blut gegeben.

Ebenfalls Mitte 1995 tauchten in weiter südlich gelegenen Tzeltal-Gebieten die paramilitärischen Organisationen „Chinchulines" und „Tomas Munzer" auf. Die Chinchulines erregten im März 1998 Aufsehen, als sie einen italienischen Fotografen unter den Augen der Armee für eine Stunde entführten, fesselten und verhörten: Sie warfen ihm vor, ein Comandante der EZLN zu sein.

Weitere Gruppierungen tragen die Namen „Alianza San Bartolome de los Llanos" und „Fuerzas Armadas del Pueblo". Zuletzt traten Paramilitärs im Gebiet von Chenalho und den zentral gelegeneren Tälern in Erscheinung. Die Verbände in den Tälern firmieren als MIRA (Indigene Anti-Zapatistische Bewegung), jene in Chenalho, die auch für das Massaker im Dezember 1997 (45 Tote) verantwortlich sind, unter Namen "Mascara Roja", „Rote Maske". Dieser Name erschien erstmals auf Häuserwänden im November 1996 in San Andres Larrainzar, dort, wo sich der Sitz der Verhandlungen zwischen EZLN und mexikanischer Regierung befand. "Wir sind die Rote Maske, wenn du uns kennenlernen willst, sehen wir uns in der Hölle!", lautet ihre Losung.

Die Paramilitärs treten in großen Verbänden auf. Ihr



Geschäft ist der Terror gegen die Bevölkerung. die sie sowohl gezielt, wie auch wahllos vertreiben und ermorden. Zu ihrer Bewaffnung gehören MP's und MG's wie AK-47, M-16, AR15 und Uzis. Sie rekrutieren sich aus der Basis der PRI oder regierungsnaher Organisationen, verfügen über große Geldtöpfe aus Quellen wie Geheimdienste, Militär, Regierung oder Unternehmer und Großgrundbesitzer. Regelmäßig beziehen sie Gehälter und bessern ihre Finanzen auf, indem sie die Bevölkerung erpressen. So sollte etwa im Bezirk Chenalho jeder umgerechnet 25 Mark, Lehrer sogar die dreifache Summe bezahlen. Hinzu kommen Straßensperren, die neben Durchsuchungen und Enteignungen auch zum Eintreiben von "Beiträgen" dienen. Schließlich steht den Paramilitärs noch frei, sich an der Habe der Vertriebenen zu bedienen und ihre eigenen Familien in den Dörfern anzusiedeln.

Fast alle der bisher bekanntgewordenen paramilitärischen Gruppierungen sind mehr oder weniger direkte an bestimmte PRI-Abgeordnete gebunden. Für das MIRA etwa setzen sich der chiapanekische PRI-Abgeordnete Norberto Santiz López und der ehemalige PRI-Abgeordnete für Ocosingo, Lazaro Hernández, ein.

Zuletzt tauchte im Gebiet von Comitán eine neue Paramilitäreinheit Namens „Los puñales", „die Dolche", auf. In dem Gebiet befinden sich eine größere Anzahl Gemeinden, die mit der EZLN sympathisieren. Die „puñales" bestehen aus etwa 30 stark bewaffneten und schwarz uniformierten Personen, die nach Angaben der örtlichen Bevölkerung von Polizeibeamten der „Seguridad Pública" und Militärs ausgebildet werden. In der Region wurden auch bereits einige Ausbildungslager ausgemacht. Eine aktive Rolle beim Aufbau dieser Struktur spielte die PRI-Organisation „Socama" (Solidaridad Campesino Magisterial). Die Gruppe wird teilweise über den Verkauf von Edelhölzern aus der Region finanziert, erhält aber auch Finanzierung aus anderen Quellen. Den 30 festen Mitgliedern der „puñales" werden monatlich 250 US-$ ausgezahlt, weit mehr als der Durchschnittsverdienst in der Region.

Welche weiterreichende Strategie, außer der konkreten Aufstandsbekämpfung, steckt hinter dem systematischen Aufbau der paramilitärischen Gruppen? Onecimo Hidalgo, Repräsentant der Conai (Comision Nacional de Intermediacion) erläutert dies folgendermaßen: „Es kann beobachtet werden, daß die Paramilitärs genau in den Gebieten der EZLN auftauchen und geographisch eine Barriere Richtung Küste und dem Gebiet der geplanten interozeanischen Verbindung bilden. Dort sind die besseren Böden und in dieser Region sollen auch Freihandelszonen entstehen. Daher soll es dort, wo die unmittelbaren ökonomischen Interessen stark sind, ruhig bleiben, während es ansonsten egal ist, ob sich die Indios umbringen. Hier wird das ganze Gebiet vom Aufbau paramiltärischer Gruppen erfaßt. Wenn wir uns die Karte anschauen, so stellen wir fest, daß überall erst die Nationalpolizei Seguridad Publica Präsenz zeigt. Sie schürt die Konflikte in den Gemeinden. Irgendwann tauchen dann



Leichen auf und die Polizei präsentiert die Situation der Öffentlichkeit als Gemeindekonflikt, Hexerei oder anderes."

## Ausweitung der Aufstandsbekämpfung in Süd-Mexiko

Doch die Paramilitärs bleiben mittlerweile nicht mehr auf Chiapas beschränkt. Ähnlich wie in dem südlichsten Bundestaat gehen auch in Guerrero, Oaxaca, Michoacan, Veracruz und anderen Bundesstaaten bewaffnete Gruppen, vermischt mit Militär und Polizei, gegen die Bevölkerung vor. Besonders betroffen ist die Pazifikküste von Guerrero, nördlich des eher als Urlaubsziel bekannten Acapulco. So ermordete in El Cucuyachi, in der Sierra von Atoyac, eine Gruppe, die von Mitgliedern bekannter PRI-Familien angeführt wird, kürzlich drei Personen. Aus dem Dorf wurden bisher 32 Familien vertrieben, die entweder Aktivisten der oppositionellen PRD in ihren Reihen haben oder denen eine Verbindung zur Guerilla-Organisation EPR (Ejército Popular Revolucionario) vorgeworfen wurde. Die Vertriebenen berichten von einer direkten Zusammenarbeit zwischen der Armee und den Paramilitärs. So erzählt eine Mutter zweier PRD-Mitglieder, daß der Chef der örtlichen Brigade für gemischte Operationen (BOM), eine Spezialeinheit des Militärs, sie Anfang November gewarnt habe, sie könne alles für das Totenmahl kaufen, da sie ihre Söhne bald „umlegen" würden. In Guerrero, einem Bundesstaat in dem bereits Ende der 60er Jahre eine lokale Guerilla entstanden war, sind in den letzten Jahren mehrere hundert Menschen von Militärs und Paramilitärs umgebracht worden.

In Oaxaca, dem Bundesstaat zwischen Guerrero und Chiapas ist die Situation ähnlich. So etwa in den Dörfern der Gemeinde Las Loxichas, wo momentan hundert der insgesamt 3.000 Einwohner inhaftiert sind. Alles begann, als nach einem Angriff der EPR auf eine Polizeistation in La Crucesita im Badeort Huatulco ein Gefallener Guerillero als Mitglied des Gemeinderates von San Augustin Las Loxichas identifiziert wurde. Von da an galten das Dorf und der gesamte Bezirk als EPR-Hochburg. Seitdem wurden 150 der Dorfbewohner verhaftet, darunter auch örtliche Lehrer und der Bürgermeister und gegen 82 Personen wegen verschiedener Vorwürfe Verfahren eingeleitet. Weitere 250 Haftbefehle sind noch offen. Acht Personen wurden seitdem von Polizei oder Paramiliärs erschossen oder erschlagen und mindestens ein Dutzend gelten als verschwunden.

Die meisten inhaftierten Indígenas aus San Augustin Loxicha sprechen kein Spanisch und wurden gezwungen, Erklärungen zu unterschreiben, deren Inhalt sie nicht kennen. In der Region sind nun verschiedene Gruppen von bewaffneten Zivilisten gemischt mit Polizei in Zivilkleidung unterwegs, um die Bevölkerung einzuschüchtern. Polizei und Militär stützen sich beim Aufbau der repressiven Banden vor allem auf die von der PRI aufgebaute Organisation "Antorcha Campesina", die "Bauernfackel", eine für ihre Verbindungen zum korrupten Clan des Ex-Präsidenten Carlos Salinas bekannte Gruppe, die seit Jahren mit einer Mischung aus nationalistischer und maoistischer Rhetorik vermeintlich die Rechte der Campesinos einfordert, ihre konkreten Aktionen aber meist gegen Oppositionsgruppen richtet.

Auch in Las Loxichas übernehmen „Banden" was Militär und Polizei offiziell nicht dürfen. So überfielen sie eine Solidaritätskaravane, die den in San Augustín verbliebenen Angehörigen der Inhaftierten Kleidung und Lebensmittel bringen sollte. Dabei wurde auch eine junge Frau angeschossen und schwer verletzt. Alles geschah unmittelbar unter den Augen der Polizei, die zwar gegen die Angreifer nichts unternahm, dafür aber den Druck auf die nicht regierungstreuen Indianer erhöht. Am Dorfeingang von San Augustín baute die Nationalpolizei Wachposten in Kampfstellungen mit Sandsäcken und Maschinengewehren auf, Patrouillen derselben durchstreifen das Dorf und fotografieren die Bewohner, nachts werden Flutlichtanlagen installiert und am Tage drehen US-amerikanische Militärhubschrauber des Typs „Black Hawk" im Tiefflug ihre Runden. Sie wurden 1997 unter dem Vorwand der Drogenbekämpfung an Mexiko geliefert.

Die Seelenverwandtschaft zwischen Paramilitärs und Regierungsstrukturen findet ihren praktischen Ausdruck nicht nur in der engen Zusammenarbeit zwischen den Gruppen, PRI, Polizei und Militär, sondern drückt sich auch in der Straffreiheit aus, die sie weitgehend genießen. Weder das Massaker an 17 Bauern in Aguas Blancas/ Guerrero durch Bundespolizisten im Juni 1995 noch weniger schwerwiegende Fälle haben bisher zu Verurteilungen geführt. Nach dem Massaker in Acteal/ Chiapas, bei dem im Dezember 1997 45 Zivilisten brutal ermordet wurden, wurden auf Grund der internationalen Aufmerksamkeit einige Sündenböcke verhaftet. Die Drahtzieher bleiben aber weiterhin unangetastet. In den meisten Fällen, so etwa im Fall des Ejido Morelia, wo 1994 drei Indianer von Armeesoldaten entführt, gefoltert und anschließend hingerichtet wurden, passiert überhaupt nichts. Dort wurde nicht einmal ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Interview mit Leo Gabriel

# Zum Widerstand Lateinamerikas gegen den Neoliberalismus

*Am 13. März 1998 kam Leo Gabriel nach Bremen um dort sein neues Buch " Die globale Vereinnahmung und der Widerstand Lateinamerikas gegen den Neoliberalismus" vorzustellen. Zwei alaska-Redakteure nutzten die Gelegenheit um ihn zu seinem Buch und den Perspektiven des politischen Widerstandes gegen den Neoliberalismus zu interviewen.*

In der Einleitung Deines Buches stellst Du die These auf, daß Lateinamerika aufgrund seiner Geschichte relativ früh den heutigen Widerspruch zwischen Demokratisierung und globaler Vereinnahmung erlebt hat. Vielleicht führst Du dies zuanfang unseres Interviews hier noch einmal aus?

Museveni, der Präsident von Uganda, hat beim Weltwirtschaftsgipfel in einem Roundtable-Gespräch sein Statement damit angefangen, daß er gesagt hat: "Für sie von Coca-Cola und Néstle ist die Globalisierung etwas Neues. Für uns ist das etwas ganz Altes. Ein Portugise, dersich von uns im 15. Jahrhundert die ersten sechs Sklaven mitnahm, hat die Globalisierung zu uns gebracht." Tatsächlich ist das Phänomen der Transnationalisierung Hand in Hand mit der Entdeckung Amerikas gegangen. Damals hat es nur eine andere Struktur und einen anderen Stellenwert als heute gehabt. Nachdem um die Jahrhundertwende die USA als weltweit dominante Macht auf den Plan getreten ist, hat sich die koloniale Vereinnahmungstendenz nicht nur über territoriale, sondern in erster Linie über wirtschaftliche Mechanismen ausgedrückt.
1990 ist der Einfluß dieser globalen Macht in verschiedener Hinsicht viel totaler geworden als zur spanischen Kolonialzeit. Heute dringt der globale Markt bis in die letzte Ecke durch. Es wird mit der bisherigen Form der Landwirtschaft, der Industrie und mit den Klein- und Mittelbetrieben aufgeräumt. Das ist wirklich ein Paradigmenwechsel, wie ich ihn zuvor nicht erlebt habe.

Du beziehst Dich auf ein Konzept der politischen Formierung der zivilen Gesellschaft. Wie würdest Du die Allianzen, die die Selbstorganisation der zivilen Gesellschaft vorantreiben, charakterisieren?

Als ich 1968 nach Lateinamerika ging waren die Organisationsprozesse von unten eine große Überraschung für mich. Es gab, die auch heute bekannten Campesino-Organisationen, unabhängige Gewerkschaften, Wohnviertel- oder Indianer-Organisationen. Auch wenn sie unabhängig waren, haben sich alle diese Organisationen am Konzept der Revolution orientiert. Revolution heißt in diesem Zusammenhang die Macht im Staate gewinnen und darüber die Gesellschaft reformieren zu wollen. Jetzt ist diese Perspektive verschwunden. Stattessen ist bei den vorhandenen und einigen neuen Organisationen, besonders in der Ökologie- und Frauenbewegung, als auch in der völlig neu strukturierten Indigena-Bewegung der Begriff der Autonomie in den Vordergrund getreten. Die Übernahme der Staatsmacht ist nicht mehr der wesentliche Zielpunkt des politischen Handelns.

Mir scheint es so, als wenn der europäische Begriff der Zivilgesellschaft ein anderer ist als der lateinamerikanische.

Das sehe ich auch so. In Lateinamerika ist der Begriff weniger individuell geprägt als bei uns. Er geht weniger von politischen Vorstellungen vom 'Bürger' aus, sondern bezieht sich eher auf soziale Begriffe wie das 'Volk'. Die zivile Gesellschaft beinhaltet die Autonomie von Bevölkerungsgruppen, die organisiert und gemeinschaftlich auftreten. Es ist nicht der einzelne, der sich einbringt.

Wie sieht in diesem Zusammenhang - und zwar speziell in Hinblick auf den Begriff der Autonomie - das Verhältnis zwischen den Sozialen Bewegungen und den alten linken Parteien in Lateinamerika aus?

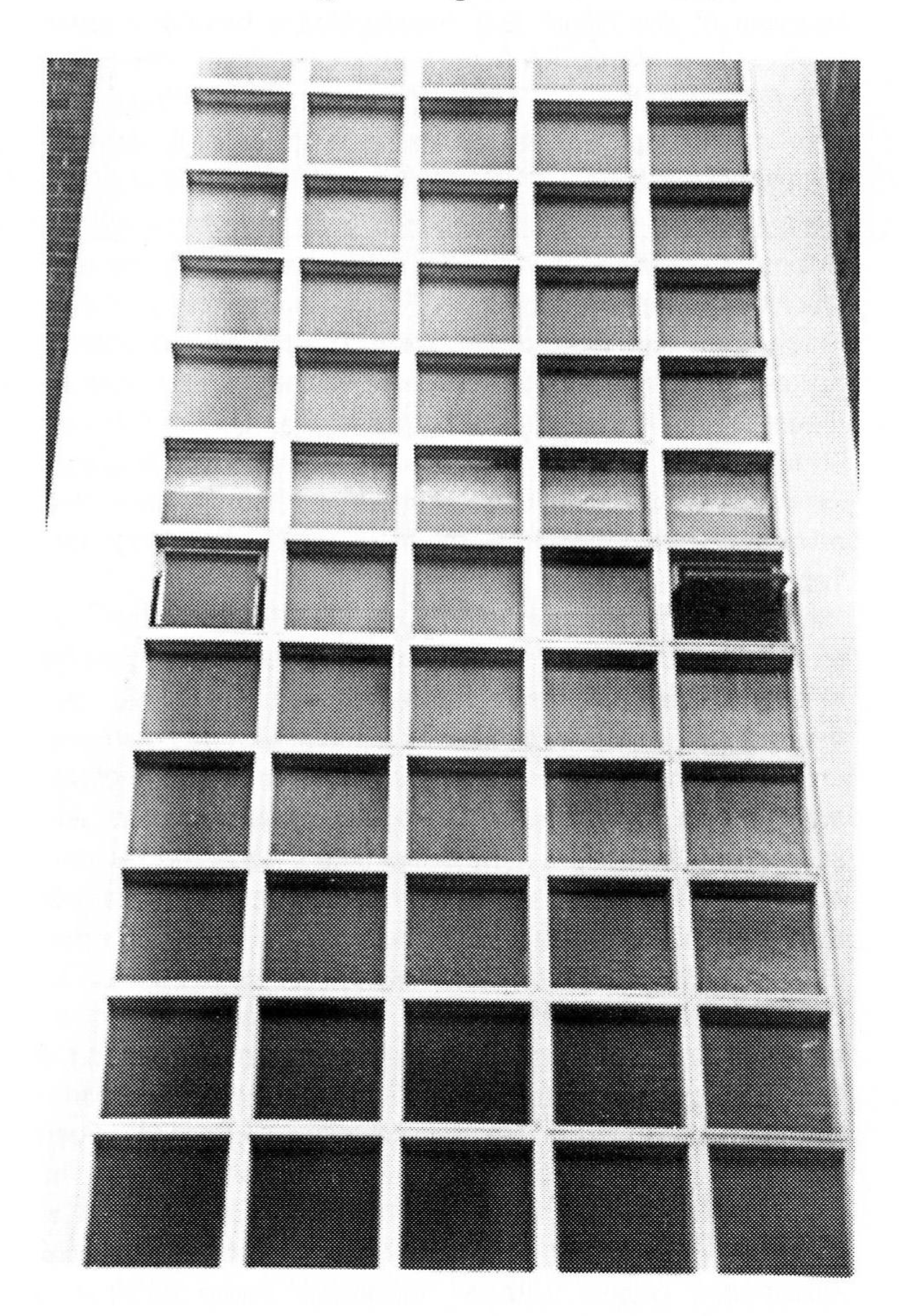
Das ist in den Ländern Südamerikas sehr unterschiedlich und je nach Land einzeln zu beurteilen. In Mexiko gibt es zum Beispiel die PRD, die jetzt mit Cardenas den Bürgermeister von Mexiko-City stellt. Die PRD machte in den letzten Jahren heftige Flügelkämpfe durch. Auf der einen Seite stand eine parlamentarische Linie, vergleichbar mit der deutschen Sozialdemokratie, und der gegenüber eine außerparlamentarische Opposition, die die Wahlen jedoch nicht vernachläßigt hat. Diese Bewegungstendenz innnerhalb der PRD hat immer schon gute Beziehungen zu den Kräften gehabt, die in Mexiko seit der Revolution eine Haltung des 'antipartido' eingenommen haben. Seit eineinhalb Jahren stellt der Bewegungsflügel nun den Vorsitzenden und Leute aus der 'antipartido-Strömung stellen sich zur Wahl. Diese Leute stehen weiter in ihren Bewegungen, sind aber Mitglied der Partei. Hier hat es eine Umorientierung der Partei gegeben, während beispielsweise die sozialdemokratische Partei in Costa Rica hoffnungslos nach rechts abgedriftet ist. Wenn man wiederum Lula, den Vorsitzenden der brasilianischen PT fragt, fragt dieser zurück, was man eigentlich wissen wolle, schließlich sei die PT von jeher eine Bewegung gewesen.

Wenn ich Dich richtig verstehe hälst Du es für notwendig eine gewisse kopernikanische Wende mitzumachen.

Die EZLN beschreibst Du als postmoderne Guerilla und machst das daran fest, daß sie nicht mehr an einer bestimmten Logik von Fortschritt und Modernität festhalten. Wäre das für Dich das Kriterium damit die Allianzen gegen den Neoliberalismus erfolgreich sein können?

Man darf nicht vergessen, daß ich das Buch auf deutsch geschrieben habe. Wenn man sich die deutschsprachigen Länder ansieht, dann erkennt man, daß die Parteistrukturen, mehr als in Italien und Frankreich, die Politik kontrollieren. Deshalb war es mir wichtig zu sagen, daß eine entsprechende Orientierung auf Soziale Bewegung bei den Parteien hier fehlt. In Spanien hätte ich aufgrund der antipartido-Tradition eher den umgekehrten Faktor betont. Auch Parteien machen für spezifische Aufgaben einen Sinn, daß heißt aber nicht, daß, wie es hier im Lande geschieht, die einzige Bewegung im Volk erwartet wird , wenn die Wahltage sind. Dies ist ein Mißbrauch der zivilen Gesellschaft. Partizipatorische Demokratie bedeutet, daß sich die Parteien von ihrem Podest als parlamentarishe Kraft herrunterbegeben und sich in gesellschaftliche Prozesse integrieren. Zum Beispiel übernehmen viele Kader der PRD in den Wohnviertel-Organisationen Aufgaben und ohne, daß jemand weiß, daß sie in der Partei sind. Dies sollte man bei uns von Lateinamerika lernen.

Gerade in Mexiko ist es aber so, daß die Zapatistas die Frente gegründet haben und betonen, daß sie keine Parteimitglieder in die Organisation aufnehmen. Was hälst Du von diesem Konzept, das sich ja auch auf eine Politisierung der Zivilgesellschaft bezieht?



Ich war auf dem Kongreß dem Gründungskongreß der FZLN. Es war gar nicht so klar, ob sich dagegen ausgesprochen wird. Erst im Plenum hat sich diese Meinung durchgesetzt und das auch nur knapp. Es sollte vermieden werden, daß die FZLN durch andere Organisationen dominiert wird. Die Zapatisten sehen die Macht nicht als Staatsmacht.. Aus unserem europäischen Blickwinkel gehen wir davon aus, daß wer die Regierung stellt auch die Macht hat. Angesichts der Globalisierung ist aber genau das der Trugschluß. Der Nationalstaat als solches ist zusammengebrochen. Deshalb muß sich die Linke sowohl in einer regionalen als auch in einer internationalen Perspektive bewegen um überhaupt Positionen verteidigen zu können. Die Theorie des Peripherie-Modells ist zum Untergang verurteilt. Heute kommen größeren Ländern wie Brasilien eine zentralere Bedeutung zu als Kuba und Nicaragua. Es ist fragwürdig in Ländern wie Haiti den Sozialismus auszurufen, weil das Umfeld einfach nicht vorhanden ist.

Du sagst also, daß sich das Schicksal des Widerstandes gegen den Neoliberalismus in den großen Staaten entscheidet?

Genau, aber nur in struktureller, globaler Hinsicht. Andererseits fallen die Entscheidungen von unten nach oben und nicht von oben nach nach unten. So kann es sein, daß eine kleine Region, wie in Mexiko Chiapas, ein Gebiet von dem man es nicht erwartet hat, eine Vorreiterrolle, eine beispielgebende Rolle einnimmt. Dennoch denke ich, daß auch die Regierungen nicht aus dem Blick geraten sollten. Nicht weil sie den Drachen des Neoliberalismus in die Knie zwingen würden, aber sie können ein wichtiger Faktor sein, der den Spielraum des Widerstandes erweitert.

Wir danken Dir für das Gepräch.

*Leo Gabriel hat Europa, nachdem er die Kämpfe im Mai 1968 in Paris erlebte, verlassen und ging nach Mexiko. Dort engagierte er sich im kulturell-politischen Bereich, spielte politisches Theater und filmte. 1978 ging er nach Nicaragua und war der erste europäische Journalist in der sandinistischen Revolution. Bis 1990 mit der Invasion Panamas und der Abwahl der Sandinisten die Wende auch in Lateinamerika eintrat, war er Mitglied der Presseagentur Apia. Es folgte die Gründung der lateinamerikanischen Zeitschrift "tierra nuestra" und die Wiederaufnahme der Arbeit als Sozialanthropologe. Mitte 1996 ging er nach Wien zurück, wo er heute bei der Informationsgruppe Lateinamerika mitarbeitet und das unabhängige Ludwig-Boltzmann-Institut für Lateinamerikaforschung leitet. Aktuell organisiert Leo Gabriel das lateinamerikanisch-europäische Friedensforum "Strategien der zivilen Gesellschaft - Demokratie im Spannungsfeld der ökonomischen, ökologischen und sozialen Polarisierungen in Lateinamerika und Europa". Stattfinden wird das Forum vom 14.-18. Mai 1998 auf Burg Schlaining und in Wien.*

*Das Interview führten für die alaska Kai Kaschinski und Christoph Spehr.*

---

Buchhinweis: "Die globale Vereinnahmung und der Widerstand Lateinamerikas gegen den Neoliberalismus", Brandes und Apsel, 1998.

Fritz Burschel (FFM)

# Mit dem Taxi in den Knast

Seit Mitte vergangenen Jahres haben es die Strafverfolgungsbehörden in Sachsen verstärkt auf Taxifahrer im Grenzgebiet um Zittau abgesehen. Gegen 22 der insgesamt 73 Taxifahrer des Landkreises Zittau-Löbau im deutsch-polnisch-tschechischen Dreiländereck laufen Ermittlungsverfahren wegen § 92a Ausländergesetz, der mit Verabschiedung des Verbrechensbekämpfungsgesetzes 1994 neu aufgenommen wurde. Den Taxifahrern, die mit illegal eingereisten Fahrgästen vom Bundesgrenzschutz (BGS) aufgehalten worden waren, wird das "Einschleusen von Ausländern" zur Last gelegt. In der Regel handelt es sich bei den inkriminierten Fahrten um solche von grenznahen Orten innerhalb Deutschlands ins Landesinnere, wobei die Gerichte die Angeklagten bei organisierten Schleusungen als letztes Glied in einer Kette betrachten, als "Mosaiksteinchen im internationalen Schleusertum" (1). Der Kronzeuge Steffen Döring, selbst Taxifahrer, strafrechtlich mehrfach vorbelastet und mit denselben Vorwürfen konfrontiert, zog seinen Kopf aus der Schlinge, indem er etliche Kollegen bei den Behörden anschwärzte. Seine Haftstrafe wurde wegen seiner hilfreichen Kooperation zur Bewährung ausgesetzt, während seine größtenteils unbescholtenen Kollegen zu drakonischen Haftstrafen zwischen einem Jahr und vier Monaten bis zu zweieinhalb Jahren ohne Bewährung verurteilt wurden. Die Berufungen wurden abgewiesen, die Verurteilten müssen die Haftstrafen absitzen.

Döring, der Kronzeuge ist wegen mehrer einschlägiger Taten verurteilt worden, doch könne allgemein daraus nicht geschlossen werden, so das Gericht, "daß es sich bei dem Zeugen Döring um eine Person handelt, die bewußt die Unwahrheit sagt und andere Leute belastet". Prozeßbeobachter zogen durchaus in Zweifel, daß eine Person, die sich unter allen Umständen eine Haftstrafe ersparen will, ein derartig rückhaltloses Vertrauen verdient. Ganz anders nämlich wurde mit den Einlassungen der jeweils Angeklagten verfahren, denen trotz gegenteiliger Beteuerungen grundsätzlich das Wissen unterstellt wird, daß sie bei der Tat wußten, daß es sich bei ihren Fahrgästen um illegale Grenzgänger handelte. Die Beteuerungen der beklagten Taxifahrer werden als Schutzbehauptungen abgetan. Den entsprechenden Beweisen, die eine in sich geschlossene, auf sich selbst beruhende Indizienkette bilden, liegen im wesentlichen die Aussagen des Kronzeugen und "logische Schlußfolgerungen" des Gerichts zugrunde. Döring hatte der Polizei bei seiner Vernehmung Enthüllungen über die angebliche Zusammenarbeit von Taxifahrern aus der Grenzstadt und polnischen Schlepperorganisationen gemacht. Zur Verabredung von Modalitäten seien Zittauer Taxilenker 1992 sogar zu Besprechungen nach Polen hinübergefahren, so der Kronzeuge. Danach soll dort ein einheitliches Aussageverhalten im Falle einer mißglückten Schleusung vereinbart worden sein und, daß der Schlepperlohn erst nach erfolgter Fahrt bezahlt werden sollte.

Die soziale Situation der rund 1000 AusländerInnen und 600 AsylbewerberInnen im Landkreis Zittau-Löbau wird vor Gericht als Beweis gegen L. gewendet. Er hätte erwägen müssen, daß die Mehrzahl dieser Ausländer wegen einer räumlichen Beschränkung der Bewegungsfreiheit "als potentielle Fahrgäste für Fernfahrten nicht in Betracht" kämen. Zu Ungunsten des Angeklagten wertete das Amtsgericht auch, daß die Tat des Angeklagten "erhebliche sozialschädliche Auswirkungen hat, da der Aufenthalt der Illegalen in der Regel aus Steuergeldern bezahlt werden muß". Einen Monat nach dem für L. negativen Ende des Berufungsverfahrens in Görlitz flatterte ihm eine Rechnung über die Kosten der Abschiebung weiterer drei einstiger Fahrgäste ins Haus. Die Grenzschutzdirektion Koblenz berechnet L. auf der Grundlage des § 83 des Ausländergesetzes satte 4643,73 Mark für die Unterbringung der drei glücklosen Migranten bis zum Abflug, ihren Transport zum Flughafen, die Flugkosten nach Bukarest und Personalkosten für einen Beamten und zwei Angestellte. Wegen dieser drei Personen aus Rumänien ist L. noch gar nicht verurteilt, erfährt nun aber, daß ein weiteres Verfahren gegen ihn ins Stadium der Anklage getreten ist, denn für einen derartigen Leistungsbescheid reicht offenbar ein "dringender Tatverdacht".

Hinter dieser massiven Verfolgung von Personentransporteuren steckt bei näherem Hinsehen eine zweigleisige Methode, die einerseits darauf abzielt, das Netz der Informanten des Grenzschutzes noch dichter zu knüpfen, und andererseits nicht kooperative Gruppen mit unnachgiebiger Härte zu verfolgen, um für entsprechende Abschreckung zu sorgen. Und dabei sind BGS, Staatsanwaltschaften und Gerichte nicht eben zimperlich bei der Konstruktion gewagter Indizienketten, die keiner Überprüfung nach dem Grundsatz "in dubio pro reo" standhielten. Es ist der Wille von Grenzschutz und Rechtsprechung zu erkennen, an den unglücklichen Taxifahrern ein gehöriges Exempel zu statuieren. Der Görlitzer Berufungsrichter Hermann Jöst wertet das rücksichtslose Vorgehen gegen die Taxifahrer, denen in der Regel auch noch Führerschein und Taxikonzession entzogen werden, als Erfolg: Der Tatsache, daß seit der gehäuften Verhängung von Haftstrafen gegen Zittauer Taxifahrer keine strafbaren

Personenbeförderungen mehr von den Grenzschützern festgestellt wurden, entnimmt er, daß die drakonischen Freiheitsstrafen als "Generalprävention" bei potentiellen Nachahmungstätern ihre Wirkung nicht verfehlten. In seinen Augen handelt es sich beim Zittauer Taxigewerbe um "ein Milieu, in dem gehäuft eine bestimmte Straftat auftritt" und wo deshalb Milde fehl am Platze sei. Jöst bezieht sich hierbei auf eine entsprechende "Leitentscheidung" des Oberlandesgerichtes (OLG) Dresden (1 Ss 39/97), die am 26. März 1997, sechs Tage nach der erstinstanzlichen Verurteilung L.s, gefällt wurde. Sie enthält jene Erwägungen, die in Görlitz zur Verweigerung einer Aussetzung der Gefängnisstrafen zur Bewährung herangezogen werden. Es kann nach Meinung des OLG nicht angehen, zugunsten des Täters zu argumentieren, wo im Sinne der Generalprävention - das ist Abschreckung - und der Verteidigung der Rechtsordnung - das ist "das Vertrauen der inländischen Bevölkerung in die Bestands- und Durchsetzungskraft der Rechtsordnung" - notwendig sei, ein Machtwort zu sprechen. Meinte das Amtsgericht noch, daß "das Interesse der Allgemeinheit auf Schutz vor diesem Täter (...) hinter dessen Bedürfnis nach Resozialisierung" zurücktreten müsse, sehen die Oberlandesrichter hier die Felle der "Rechtstreue des Volkes" davonschwimmen. Das "enge und undifferenzierte Verständnis vom Gedanken der Generalprävention" führe zu einer "Abschwächung der Wirkung der Strafandrohung" und womöglich zu einem "dreisten Spekulieren auf eine Strafaussetzung bereits bei Tatbegehung". Das steht vor allem dort zu befürchten, wo "eine lokale Häufung bestimmter Rechtsverletzungen" Ausdruck "einer verbreiteten Einstellung ist, die eine durch einen erheblichen Unrechtsgehalt gekennzeichnete Norm nicht ernst nimmt". Das es sich bei der (kommerziellen) Fluchthilfe um ein Massendelikt handelt, belegt das OLG mit dem Hinweis, daß in Görlitz zwischen September und Dezember 1996 28 Verfahren wegen der "Einschleusung" von 229 Menschen anhängig waren. Im gehäuften Auftreten dieses Delikts - wobei Görlitz ja nur ein Ausschnitt der ganzen Grenze sei - sieht das Dresdner Gericht "den öffentlichen Frieden" gefährdet, da es sich bei den illegalen Grenzgängern um "in der Regel mittellose Personen" handelt. In den Fällen, in denen die Asylanträge abgelehnt werden, entsteht für die Rückführung der betroffenen Personen außerordentlich hoher Verwaltungs- und Kostenaufwand. Daraus ergibt sich die weitere Gefahr, daß die Bevölkerung darin eine Belastung sieht, die einer positiven Einstellung gegenüber legal anwesenden Asylsuchenden und anderen Ausländern entgegenwirkt". Nachdem es nach 1993 so gut wie unmöglich geworden ist, legal in den Status eines "legal anwesenden Asylsuchenden" zu gelangen und dies bei lediglich rund fünf Prozent Anerkennungen auch kein sonderlich erstrebenswerter ist, zerbricht sich das Gericht hier den Kopf derer, die den "legal anwesenden Asylsuchenden" weiland abschaffen wollten.

Ergebnis dieser gnadenlosen Verfolgung der Taxifahrer ist, daß in der Grenzregion keine für eine/einen AusländerIn gehaltene Person mehr ein Taxi bekommt. Genau diese Atmosphäre ist offenbar das Ziel der grenzschützerischen Bemühungen, eine breite Abwehrfront mit Bürgerbeteiligung gegen illegale Grenzgänger aufzubauen. Schon mit den Bürgertelephonen, über die "aufmerksame" Grenzbewohner ihre Beobachtungen verdächtiger Bewegungen ausländisch wirkender Personen dem BGS kolportieren können, ist das Grenzland zu einer für "Fremde" kaum noch unbehelligt passierbaren Zone geworden: Der BGS erzielt nach Aussagen von Manfred König, Polizeihauptkommissar beim BGS in Rothenburg, etwa 70 bis 80 Prozent seiner "Aufgriffe" von "Illegalen" über diese Hinweise aus der Bevölkerung. Zu die-



ser Strategie gehören ebenso die polizeilichen Freiwilligenstreifen (GUK, grenzpolizeiliche Unterstützungskräfte), die seit 1993 zur Verstärkung des Grenzschutzes im Angestelltenverhältnis tätig sind. Etwas ähnliches hat der BGS auch mit den Taxifahrern vor: Am liebsten wäre es ihm, die Personentransporteure würden regelmäßig bei bestimmten Verdachtsmomenten ihre menschliche Fracht vom BGS durchchecken lassen. In einem Flugblatt, das die Grenzhüter im vergangenen Jahr an die Taxifahrer der Grenzregion verteilten, fordern sie diese auf, sich nicht "von Schleuserbanden mißbrauchen" zu lassen, keine "offensichtlich illegal eingereisten Personen" mitzunehmen und "Illegale" über ein Codewort per Funk dem BGS zu melden und auszuliefern. Das Flugblatt erschien im Rahmen einer breiter angelegten Kampagne des BGS, in die auch die Industrie- und Handelskammer Sachsens, die Staatsanwaltschaft, das Landratsamt Sächsische Schweiz und der Landesverband Taxi/Mietwagenverkehr einbezogen waren. Das Landratsamt stellte sogar in Aussicht, bei Beschwerden von Ausländern, die entgegen der nach dem Personenbeförderungsgesetz bestehenden Mitnahmepflicht der Taxifahrer nicht aufgenommen wurden, ein Auge zuzudrücken, damit der Sicherheitsschleier gegen die unerwünschten Grenzgänger noch dichter werde. Die Behörden und Gerichte würden gerne die rassistische Kategorie des "eindeutig als Illegaler" oder, wie es bei dem Berufungsprozeß im Januar hieß, den "anhand des Aussehens und der Kleidung eindeutig als Osteuropäer" erkennbaren Menschen konstruieren.

Zu einer solchen unter Behörden und Institutionen kumpelhaft verabredeten Kollaboration wollen sich viele Kollegen der Zittauer Taxifahrer aber nicht hergeben. Mit der Görlitzer Erklärung zum ersten Berufungsprozeß eines Zittauer Kollegen im Dezember 97 erteilten Hamburger und Berliner Taxifahrer dieser Instrumentalisierung zu Handlangern des rassistischen Grenzregimes eine klare Absage und betonten ihren Willen, jeden Fahrgast unvoreingenommenen zu befördern. Ihrem Unmut über die Verurteilungen ihrer Kollegen machten im Dezember die großstädtischen Taxifahrer mit einem Taxi-Korso zum Landgericht in Görlitz Luft. Wie man einem Menschen seinen Aufenthaltsstatus ansehen solle, fragen sich die Chauffeure, die gesetzlich weder zur Kontrolle von Papieren berechtigt noch überhaupt dazu willens sind.

Vermutlich wird sich die gegenwärtige Einschüchterungswelle auf lange Sicht nicht allein gegen Taxifahrer richten: Wenn es das Ziel, die Grenzen dichtzumachen, erfordert, werden bald schon die nächsten Personen- und Berufsgruppen ins Visier der Grenzschützer geraten, ob es nun andere Personentransporteure sind oder ihren Eiden verpflichtete MedizinerInnen, deutsche EhepartnerInnen ausländischer Menschen, engagierte PfarrerInnen oder politische UnterstützerInnengruppen.

Anmerkungen:
1) So der Staatsanwalt im Berufungsverfahren, Geschäftsnr. 5 Ds 951 Js 21332/95)

*Fritz Burschel ist Mitarbeiter der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, Berlin. FFM gibt zusammen mit Pro Asyl im Sommer das Buch "Grenzregime" heraus, das sich mit der Situation an der deutschen Ostgrenze beschäftigen wird. Kontakt: FFM, Gneisenaustrasse 2a, 10961 Berlin, fon 030/693 56 70, http://www.berlinet.de/mh/ffm.*

Der vollständge Text dieses Beitrages erscheint auch in der Ausgabe 2/1998 des "Rundbrief des Niedersächsischen Flüchtlingsrates". Adresse: Niedersächsischer Flüchtlingsrat, Lessingstrasse 1, 31135 Hildesheim.

## Görlitzer Erklärung

Seit etwa zwei Jahren werden Taxifahrer und Taxifahrerinnen im grenznahen Bereich zu Polen und Tschechien vom Bundesgrenzschutz und der Justiz belangt, wenn sie Menschen ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung befördern. Sie werden der "Schleusertätigkeit" beschuldigt.
Wir, die unterzeichnenden Taxifahrerinnen und Taxifahrer, erklären hiermit:

1. Es ist nicht unsere Aufgabe, die Pässe unserer Fahrgäste zu kontrollieren. Und wir haben auch kein Interesse daran, dies in Zukunft zu können.
2. Die Beförderungspflicht des ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr - dazu gehören auch Taxis) gilt für alle Menschen. Gegen geltende Gesetze verstößt nicht, wer alle Menschen befördert, sondern wer dazu aufruft, eine bestimmte Gruppe Menschen von der Beförderung auszuschließen.
3. Zu viele Flüchtlinge haben bereits, gerade an der östlichen Grenze Deutschlands, ihr Leben verloren: durch Ertrinken, Erfrieren, Ersticken. Viele ausländische Menschen nehmen ein Taxi, weil sie in den anderen öffentlichen Verkehrsmitteln um Leib und Leben fürchten.
Deshalb werden wir auch in Zukunft Menschen "ausländischen Aussehens, mit schlechten Deutschkenntnissen, viel Gepäck, nasser Kleidung" etc. zu den geltenden Beförderungsbedingungen zu ihrem Fahrtziel bringen. Alles andere wäre unterlassene Hilfeleistung.
4. Wir möchten daran erinnern, daß zum Beispiel die seinerseits vor den Nazis flüchtenden Menschen zum großen Teil "illegal" in die Schweiz eingereist sind und auf die Hilfe der Menschen dort angewiesen waren.

Für uns gilt:

**Kein Mensch ist illegal**
**Wir fordern die sofortige Einstellung aller Strafverfahren gegen Taxifahrer und Taxifahrerinnen wegen angeblicher "Schleusertätigkeit"**

Görlitz, den 16. 12. 1997

Theo Bruns

# Che: "In den Steigbügeln rosinantes.."

## Ein Essay in zwei Teilen

*Montevideo, März 1967: Auf einem klandestinen Treffen erfahren die Tupamaros von der Guerilla Ches in Bolivien. "Die riesenhafte Gestalt des Che im Herzen Amerikas zu wissen, hatte ein ungeheueres Gewicht. Wir fühlten uns als Teil von etwas Unermeßlichem. Zum ersten Mal seit der Niederlage hatten wir das Gefühl, trotz allem nicht allein zu sein." Oktober: "Die Nachricht von Ches Tod führte zu einer Eintrittswelle in die MLN. Der gefallene Che vervielfachte sich in Kämpfern" (El Ñato Fernández Huidobro in der Historia de los Tupamaros).*
*Berlin 1967: "Eines Tages treffe ich Rudi auf der Garystraße vor der Freien Universität. Er hatte die Schrift von Che Guevara bei sich 'Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam' - auf spanisch - und sagte: 'Das muß man unbedingt ins Deutsche bringen. Ich würde es am liebsten morgen haben.' Dann haben wir uns bei ihm zu Hause hingesetzt. Der Text erschien als erstes Buch in einem neuen Verlag, dem Oberbaumverlag. Ab dann waren wir ziemlich unzertrennlich" (Gaston Salvatore in der Dutschke-Biographie von Chaussy).*
*Mexiko 1968: "Sein Tod hinterließ bei uns eine enorme Leere, die nicht einmal das Bolivianische Tagebuch füllen konnte. Er war das Gespenst Nummer Eins. Er, der nicht da war und doch da war, in unserem Leben umging, die Stimme, die Person, das fundamentale Gebot, alles beiseite zu werfen und loszulegen, das Foto, das dich von allen Seiten ansieht, die einzige Art, in der eines Bolero würdige Phrasen wie 'totale Hingabe' nicht lächerlich wirkten. Aber vor allem war Che der Typ, der überall war, auch nach seinem Tod. Unser Toter" (Paco Ignacio Taibo II in 1968).*
*Der Rückblick: "In einfachen Worten: Che Guavara war die perfekte Verkörperung des ehemaligen Zeitgeistes", schrieb Fernando Mires vor zehn Jahren in der ila. Fast wörtlich wiederholt Jorge G. Castañeda in seiner Biographie: "Ernesto Che Guevara füllte die sozialen Utopien und Träume einer ganzen Generation mit Leben, er verkörperte, auf eine fast mystische Weise, den Geist seiner Epoche." Und noch einmal Mires: "Che Guevara war der personifizierte Widerspruch; er war aber auch Ausdruck unserer eigenen Widersprüche." Welcher Widersprüche? Welcher Träume?*

### On the road

Die Wirkungsmacht der Bilder: Du siehst den jungen Che Guevara auf einem Foto mit hinter dem Kopf verschränkten Armen auf einem Balkon liegen und weißt nicht, ob du träumst oder ob er wirklich James Dean so verdammt ähnlich sieht.

Mit dem Bild eines lupenreinen Revolutionärs von Anbeginn verträgt sich Ches Jugend jedenfalls nicht. In der ersten Hälfte der 50er Jahre unternahm er drei große Reisen, deren letzte erst auf den Planken der Granma enden wird. Unterwegs zunächst auf einem Fahrrad mit Hilfsmotor in den Norden Argentiniens, dann auf dem Motorrad über die Anden nach Chile, wo er sich mit seinem Freund Alberto Granados durchschnorrt, von einer Überfahrt zu den Osterinseln träumt, als blinder Passagier in Antofagasta landet, per Anhalter zur Kupfermine Chuquicamata, die Konfrontation mit der Ausbeutung der Minenarbeiter, weiter nach Peru: Cuzco, Machu Picchu - die Entdeckung des indigenen Amerikas, Arbeit auf einer Leprastation, auf dem Flußdampfer nach Iquitos den Amazonas hinunter, weiter mit dem Floß nach Leticia in Kolumbien, dort ein kurzes Gastspiel als Fußballtrainer, mit dem Flugzeug nach Bogotá, mit dem Bus nach Venezuela und über Miami die Rückkehr nach Argentinien. Nachdem mit dem Abschluß des Medizinstudiums der Pflicht genüge getan ist, Aufbruch zur dritten und letzten Reise - diesmal mit Calica Ferrer. In Bolivien, wo ein Jahr zuvor die MNR unter Victor Paz Estenssoro die Macht übernommen hatte, werden sie Zeuge einer stürmischen Massenmobilisierung für die Agrarreform, bleiben aber skeptisch gegenüber einer Revolution, die auf halben Wege stecken zu bleiben droht. Weiterreise nach Peru und Ecuador, mit dem Frachter nach Panama und zu Fuß, im Auto, im Bus über Costa Rica und Nicaragua nach Guatemala.

Durch seine spätere erste Frau Hilda Gadea bekommt er Zugang zu Kreisen aus dem Umfeld der Linksregierung des Jacobo Arbenz. Diese stand nach der Verstaatlichung von Ländereien der United Fruit Company unter einem ständig wachsenden Druck der USA, der schließlich im Juni 1954 in einem CIA-gesteuerten Putsch münden sollte. Che, der sich



zum ersten Mal in seinem Leben wirklich politisch engagiert, setzt sich vergeblich für die Bildung bewaffneter Milizen ein und muß schließlich in die argentinische Botschaft flüchten, von wo aus er zwei Monate später nach Mexiko ausreist.

Obwohl das Erlebnis des Putsches in Guatemala für ihn eine einschneidende Erfahrung bedeutete und die Überzeugung reifen ließ, daß eine Revolution sich bewaffnet verteidigen muß, fiel er zunächst in den alten Beobachterstatus zurück, schlug sich als Sportfotograf, Straßenhändler, Nachtwächter und mit anderen Gelegenheitsjobs durch - und träumte davon, sich "wieder auf die Socken" zu machen, von weiteren Reisen, die ihn nach Europa oder Indien führen sollten. Paco Ignacio Taibo, wie immer genau, zählt in der Korrespondenz aus jener Zeit 161 Erwähnungen von möglichen oder hypothetischen Reisen.

Seltene Einmütigkeit der Biographen: Sie entdecken einen "Jack Kerouac auf dem Amazonas, Easy Rider in den Anden" (Castañeda), einen "faszinierenden Außenseiter" (Anderson), einen Vagabunden auf der "Hyperlandstraße, dem Sternen-Freeway" (Taibo). Natürlich ist das eine Projektion, in der aus Che rückwirkend ein heimlicher Seelenverwandter der beat generation gemacht wird. Und es mag überspitzt sein, wenn Fernado Mires sagt, viele hätten in Che Guevara eine Art "bewaffneten Hippie" gesehen. Dennoch überschneiden sich die Bilder in irritierender Weise, treffen in ihrer Überblendung exakt einen Teil des Aus- und Aufbruchsgefühls der 68er-Generation, obwohl diese das Bolivianische Tagebuch studierte und die Reisenotizen, die ihm heute den Rang in der Lesergunst abgelaufen haben, gar nicht kannte. Und beruhte der Erfolg des emblematischen Porträts von Korda nicht auch darauf, daß es sich so bruchlos in die Protestästhetik der späten 60er Jahre einfügte? Der Mythos des Che hat viele Schichten.

## Zuschauer oder Handelnder

Auch wenn Che weiter auf der Suche nach "seiner Wahrheit" ist, weiß er nun, daß Amerika "die Bühne seiner Abenteuer" sein wird. Doch wenn es eine Bühne gibt, wer ist dann Zuschauer und wer Handelnder? Zum ersten Mal taucht hier ein inneres Bild auf, welches sich bei Che Guevara leitmotivisch wiederholen wird: "Der Mittelweg ist nichts anderes als das Vorzimmer des Verrats. ... Das Üble dabei ist, daß ich mich gleichzeitig nicht entscheiden kann, die entschiedene Haltung einzunehmen, die ich schon längst hätte einnehmen müssen, denn im Grunde (und an der Oberfläche) bin ich ein rettungslos verlorener Herumtreiber. ... Ich weiß nicht einmal, ob ich ein Akteur oder ein an der Aktion interessierter Zuschauer sein werde." Die Antipoden, zwischen denen Che Guevara hier noch schwankt, wird er im Laufe seines Lebens immer kompromißloser einander gegenübersetzen. Der Wendepunkt: Über die kubanische Exilgemeinde in Mexiko lernt Che Fidel Castro kennen, der nach einer Amnestie aus dem Gefängnis freigekommen war und vor dem weiterbestehenden Verfolgungsdruck nach Mexiko ausgewichen war. Der Legende nach überzeugt er Che bereits auf dem ersten Treffen in einem zehnstündigen nächtlichen Gespräch, sich der geplanten Expedition

anzuschließen. In Wahrheit war der Entscheidungsprozeß etwas komplexer. Doch mochte zu Beginn noch die "Abenteurersympathie" mit diesem "realistischen Wahnsinn" (Taibo) überwogen haben, so reifte mit Beginn des militärischen Trainings die Überzeugung von der Möglichkeit, ja Gewißheit des Sieges. Che hatte seine Bestimmung gefunden, eine Entscheidung gefällt, die ihn binnen zweier Jahre an der Spitze einer siegreichen Rebellenarmee in Havanna einziehen lassen würde.

Es ist dieser Eindruck einer plötzlichen Beschleunigung, der sich im Lebens- und Zeitgefühl der 68er wiederholen sollte. Auf einmal gehen die Uhren anders. Das Gefühl, den Wind der Geschichte zu spüren, einer atemberaubenden Geschwindigkeit, in der innerhalb einer sich ständig radikalisierenden Bewegung jeder Monat den vorhergehenden überholt und in eine weit zurückliegende Vergangenheit verweist. Der offene Horizont, das Ausbrechen aus dem "Kontinuum der Herrschaft" (Marcuse). Die Revolution als Zeitmaschine auf einer Reise, deren Ziel nicht mehr geographisch unbekannte Orte, sondern eine neue Welt, eine befreite Gesellschaft sind. Break on through to the other side.

## Der Mythos der Sierra Maestra

Die Expedition begann mit einem Desaster und der einzigen militärischen Niederlage der Rebellenarmee. Die - verspätete - Landung der Granma wurde entdeckt, die Expeditionsteilnehmer angegriffen. Von 82 konnten nach offizieller Lesart, die auf etwas durchsichtige Art auf eine andere Geschichte Bezug nimmt, nur 12 entkommen. Nachdem sich die Überlebenden gesammelt haben, verkündet Fidel, daß ihnen der Sieg nun nicht mehr zu nehmen sei.

Sie sind allerdings nicht allein. Sie stoßen auf eine politisierte Bauernschaft, die die Guerilleros von Anfang an unterstützt; auf ein breites Oppositionsbündnis gegen das Regime; auf ein weit verzweigtes Widerstandsnetz in den Städten - und auf eine schwankende Außenpolitik der USA. In der späteren Legende sollte vieles davon in Vergessenheit geraten. Sie konzentriert sich auf eine Heldensaga, in der sich eine Handvoll Guerilleros in den Bergen verankert, zu einer kleinen Rebellenarmee heranwächst, schließlich eine Militäroffensive von 10.000 Soldaten, die bis auf wenige Kilometer an die Kommandatur in La Plata herankommt, mit nur 300 Kämpfern zurückschlägt und um der Verrücktheit die Spitze aufzusetzen anschließend die "Invasion" der Insel beschließt. An der Spitze dieser Invasion stehen Camilo Cienfuegos und - Che Guevara. Eine winzige Streitmacht, die auf einem Fußmarsch von 47 Tagen die halbe Insel durchquert, bis sie die Sierra de Escambray erreicht, sich hier nicht etwa ausruht, sondern wenig später die "Endoffensive" erklärt und nach einigen Blitzfeldzügen mit der legendären Schlacht von Santa Clara die kriegsentscheidende Auseinandersetzung gewinnt. Batista flieht ins Ausland, die Revolution hat gesiegt. Zwischen der Offensive der Regierungsarmee und dem Einzug der Rebellen in Havanna liegt gerade mal ein halbes Jahr.

Man kann diesen Teil der Geschichte so erzählen, und vielleicht muß man ihn auch so erzählen (und Taibo unternimmt dies meisterhaft und durchaus nicht unkritisch), um die ungeheure Ausstrahlungskraft der kubanischen Revolution auf den südamerikanischen Subkontinent in den 60er Jahren voll verstehen zu können. Die Verklärung dieser epischen Seite des Kampfes zum Mythos der Sierra Maestra hat allerdings einige gravierende Ausblendungen zur Folge.
Zum einen die Ausblendung des Kampfes in den Städten, ohne den die Revolution niemals gesiegt hätte (und der vermutlich die meisten Opfer kostete). Das ganze Jahr 1957 tobte ein erbitterter interner Kampf zwischen der Sierra und der "Ebene", dem llano. Che war dabei der entschiedenste Verfechter des Primats der Sierra, d.h. der Unterordnung der Stadt sowie der politischen Strukturen des 26. Juli unter das strategische Kommando der Guerilla in den Bergen. Die städtische Linke - auch die studentische des Revolutionären Direktoriums, das am 13. März 1957 einen fehlgeschlagenen Angriff auf den Präsidentenpalast Batistas durchgeführt hatte (und von Che bemerkenswerterweise als grupo terrorista bezeichnet wird) - war ihm zutiefst suspekt und des Reformismus verdächtig. Nur der Kampf in den Bergen war der Garant der Reinheit der Revolution, des Bündnisses mit den Bauern, der Durchführung der Agrarreform.

Mit der Ausblendung der Stadt einher ging die Ausblendung der Frauen, die im urbanen Widerstand eine herausragende Rolle spielten, während die Sierra ein fast ausschließlich männlich geprägtes Universum zu sein scheint. Es ist charakteristisch, daß so beeindruckende Frauen wie Celia Sánchez, Vilma Espín oder Aleida March, die in den städtischen Netzen des 26. Juli bedeutende Schlüsselstellungen innehatten, nach ihrem Anschluß an die barbudos binnen kurzem nur noch als Geliebte, Gefährtinnen, Ehefrauen der Comandantes auftauchen. In Der Guerillakrieg wird Che ihnen eine bemerkenswerte Fähigkeit zuschreiben: "Sie bringen es sogar fertig, durch ihr Wirken ganzen Guerillagruppen das Leben durch gewisse häusliche Annehmlichkeiten zu erleichtern."

"Zu nichts nutze und schlimmer als Frauen" fand er später im Kongo die afrikanischen Kämpfer. Deren Reaktion auf die Strafpredigt: Sie "brachen mit beunruhigender Einfalt in Gelächter aus". Auch der guerrillero heróico ist ein soldatischer Mann. (Anmerkung: Das Personenregister der Biographien von Anderson und Castañeda weist bei jeweils über fünfhundert Namensnennungen einen identischen Frauenanteil von gerade mal sieben Prozent auf.)
Trotz aller Einwände: Kuba war der praktisch geführte Beweis für die Möglichkeit der Revolution. Gegen den Sklerotismus und das Etappenmodell der kommunistischen Parteien faßt Guevara die kubanische Erfahrung zusammen: "Nicht immer muß man warten, bis alle Bedingungen für eine Revolution gegeben sind, der aufständische Fokus kann solche Bedingungen selbst schaffen" (Der Guerillakrieg). Die Guerilla ist die bewaffnete Avantgarde, die wichtigste Besonderheit des Krieges "der Wille zur Freiheit". Bedingung für den Erfolg ist die Verschmelzung der Aufständischen mit den bäuerlichen Massen mittels der Landreform. Der Guerillero ist ein Agrarrevolutionär.
Was hier noch die Zusammenfassung einer Erfahrung war, wurde von Régis Debray mit Revolution in der Revolution als Fokustheorie in eine brillante, aber dogmatische Lehre verwandelt, die er später mit der gleichen ihn charakterisierenden Eloquenz "widerlegen" sollte.

Für Tausende von Militanten Südamerikas war die Schlußfolgerung einfacher: Wenn die Revolution möglich war, mußte man sie auch versuchen. Das hatte nichts Irrationales, war keineswegs - wie die intelligente Rückschau nahelegt - von vornherein zum Scheitern verurteilt, sondern eine

überaus vernünftige Entscheidung. Castañeda sieht das anders: Für ihn trägt Che Guevara eine historische Schuld daran, daß "so viele Studenten aus der aufstrebenden Mittelklasse der Region so unschuldig ihrem Gemetzel entgegengingen". Besser kann man die Unsinnigkeit einer retrospektiven Sichtweise nicht zusammenfassen, die von ihrem analytischen Hochsitz aus die Noten verteilt, nachdem alle Schlachten geschlagen sind.

## An der Macht - die Quadratur des Kreises

Die ersten Wochen in Havanna verbringt Che Guevara als Kommandant der Festung La Cabaña. In diese Phase fällt eines der düstersten Kapitel der kubanischen Revolution: die Hinrichtung von über 500 Funktionsträgern, Folterern und Spitzeln des alten Regimes. Che Guevara hatte damit keine Probleme. Hinrichtungen - und Scheinerschießungen - u.a. von Deserteuren waren bereits in der Guerilla durchaus an der Tagesordnung gewesen. Che selbst hat sie in einigen Passagen der Episoden aus dem Revolutionskrieg mit teilweise pathetischen Worten geschildert und war für seine eiserne Strenge und brutale Disziplin berüchtigt. Bei aller rebellischen Haltung - Che war gewiß kein Antiautoritärer. Revolutionen neigen dazu, ihr Bild einer befreiten Gesellschaft aus der Phase des Befreiungskampfes selbst abzuleiten. Und die kubanische Guerilla war sicher keine Schule der Anarchie.

Gegen Ende des Jahres wird Che zum Leiter der Industrialisierungsabteilung des Agrarreforminstituts INRA, dann zum Präsidenten der Nationalbank, schließlich zum Industrieminister. In Revolutionen ist vieles möglich. Ausgerechnet Che, dem materielle Güter nichts bedeuten und der Geld geradezu verachtet, zieht die Fäden der kubanischen Ökonomie. Und begibt sich damit in eine Hexenküche...

Che kopiert zunächst vollständig das sowjetische Entwicklungsmodell: schnelle Industrialisierung, Produktivismus, Kult der Arbeit. Und scheitert damit weitgehend. Erst langsam, dann immer schärfer formuliert er eine Kritik an der SU: der Eigenständigkeit der Betriebe, die sich so in "kleine kapitalistische Monster" verwandeln, dem Prinzip des "materiellen Anreizes", der an den Egoismus der Produzenten appelliert.

Der innere Richtungsstreit in der Führung der Revolution kulminiert schließlich in der berühmten "Planungsdebatte auf Kuba". Gegenüber den Pragmatikern, die die Marktgesetze nicht völlig außer Kraft setzen wollen, entwickelt Che zwar eine scharfsinnige Kritik des Wertgesetzes und betont den Primat der Politik vor der Ökonomie. Letztlich wird er damit dennoch nicht über den Rahmen einer später auch hierzulande geläufigen "Revisionismuskritik" hinauskommen. Weil er auf das planwirtschaftliche Kommandomodell fixiert bleibt, kann er keine Vorstellung eines wirklich vergesellschafteten und an den Gebrauchswertinteressen der Menschen orientierten Wirtschaftens entwickeln. Er bleibt, um es mit Taibo drastisch zu formulieren, Gefangener eines "Neandertaler-Marxismus". Seine Reformbemühungen bleiben so im Versuch, die Quadratur des Kreises zu schaffen, stecken. Er befürwortet eine Hyperzentralisierung der Wirtschaft und kämpft verzweifelt gegen die Bürokratie, die doch notwendig aus ihr hervorgeht. Er beklagt den Absentismus, ist entsetzt vom Mangel an Qualität, möchte die entstehende Korruption am liebsten durch "Füsilierungen" (eine Strafe, die er im Scherz immer wieder androht) oder Arbeitslager stoppen. Aber solange die Arbeitenden sich mehr als Angestellte des Staates, denn als Eigentümer der Bedingungen ihrer Produktion fühlen, müssen alle Appelle an das revolutionäre Bewußtsein, die "moralischen Anreize" letztlich verpuffen. Sie funktionieren nur in Phasen einer außergewöhnlichen politischen Mobilisierung.

Was bleibt, ist sein Traum einer egalitären Gesellschaft ohne Privilegien. Die außerordentliche Wertschätzung, die Che auch heute noch auf Kuba genießt, beruht u.a. darauf, diesen Egalitarismus beispielhaft gelebt zu haben.

*Theo Bruns ist Mitarbeiter der BUKO-Geschäftsstelle.*

***Der zweite Teil des Essays erscheint in alaska 220.***

Interview mit Curtis Price

# "In den Ghettos sind die Drogen zum wichtigsten Wirtschaftsfaktor geworden"

*Baltimore, der große Hafen der Ostseeküste, liegt bereits im Süden der Vereinigten Staaten. Hier rennt man fast nie. Mit dem Zug vier Stunden von New York entfernt ist die Nonchalance der Gaffer eher erholsam. Eingeklemmt zwischen die Autobahnzubringer, die es von den riesigen Ghettos trennen, ist das historische Zentrum provinziell und wenig belebt. In Baltimore sind 70 Prozent der Bevölkerung schwarz. Nach den großen Revolten der 60er Jahre hat der Beton als Sicherheitsgürtel gedient. Inmitten des Gewirrs von Schnellstraßen wurde eines der größten Zuchthäuser des Bundesstaates errichtet, es ist eine graue und kalte Erinnerung an das Ausmaß des nordamerikanischen Knastuniversums. Mit einer Million Einwohnern hat Baltimore all die Merkmale einer amerikanischen Stadt am Ende dieses Jahrhunderts: Niedergang der Industrie, prekäre Jobs, sinkende Löhne, Marginalisierung und Verarmung der großen Mehrheit der schwarzen Bevölkerung. Die offiziellen Berichte sprechen von 50.000 Drogenabhängigen und 18.000 Festnahmen im Jahr wegen Drogen. Baltimore hat auch eine der höchsten Raten heranwachsender Mütter im Land.*
*Zusammen mit schwarzen GenossInnen hatte Curtis vor einigen Jahren eine radikale Straßenzeitschrift gemacht, „Street Voice"(1), die davon erzählt, wie schwer das Leben ist, von Drogen, Obdachlosen, Aids, minderjährigen Müttern, Knast und anderen Gefängnissen - anders gesagt von DEM Amerika, das in den Statistiken des Wirtschaftsaufschwungs und des Jobwunders nicht vorkommt. Curtis, mit seiner Ruhe des Southeners, hat alle Zeit der Welt und viel Energie. Ewig wütend, hat er damit angefangen, eine zweite radikale Zeitschrift zu veröffentlichen, „Collective Action Notes"(2), die vor allem über die weltweiten Kämpfe spricht und die soziale Emanzipation diskutiert. Wen wundert es also, daß Curtis die Hälfte der Bewohner in der Stadt kennt? Die respektable Hälfte, selbstverständlich. Nicht die Bullen, die Knastwärter, die Spießer, die Wachleute, die Barbesitzer und die Finanzleute. Durch „Collective Action Notes" hat Ed Wind bekommen vom Kampf des „sans papiers" in Paris. „Wo sind sie her? An dem Tag, wo wir uns hier mit ein paar tausend Leuten auf der Straße versammeln, werden sie Angst kriegen", sagt er mit einem strahlenden Lächeln. „Im Moment geht das nicht, wir sind zu sehr vom Elend niedergedrückt. Jeder muß sich aus der Klemme ziehen, aber die Sache ist noch nicht zu Ende!" fügt er hinzu. Man ruft ihn. „Entschuldigt mich, ich muß eine Kleinigkeit erledigen." Und weg ist er.*
*Schließlich finden wir eine Bar, wo wir uns bei einem Bier setzen können. Curtis bestellt seinen Mittagsburger. Er hat uns einiges mitzuteilen.*

In einer "alternativen" Zeitschrift protestiert ein Jugendlicher gegen die Forderung, die weichen Drogen zu entkriminalisieren. Er ist Hauslieferant für Grass und macht geltend, daß ihn die Legalisierung arbeitslos machen würde, während er zur Zeit etwa 100 Dollar am Tag verdient, was alles in allem nicht schlecht ist ... insbesondere, wenn man es mit dem US-Mindestlohn vergleicht, der bei 5 1/2 Dollar die Stunde liegt. Welchen Platz nimmt die Ökonomie der Droge in den proletarischen Vierteln und insbesondere im Leben der schwarzen Gemeinschaft ein? Wie sehen die Leute den Drogenhandel?

Die Vorschläge des jungen Mannes sind interessant, weil es wieder einmal um die Frage der Legalisierung geht. In den Vereinigten Staaten stellt man sich heutzutage die Drogenfrage oft als Problem Verbot gegen Legalisierung. Die beiden Lager betrachten die Droge als Randproblem, das existiert, das aber nicht Teil des gesellschaftlichen Lebens ist.

Für mich gibt es eine realistischere Art, die Dinge zu sehen. In unseren Tagen ist die Ökonomie der Drogen ganz einfach zu einer wirtschaftlichen Branche geworden. In den armen Vierteln der großen Städte ist sie sogar die vorherrschende Ökonomie geworden. Eine Anekdote: Als wir das Projekt „Street Voice" herausgebracht haben, waren wir auf der Suche nach Büroräumen. Wir haben zu Beginn in den armen Vierteln von Baltimore gesucht, denn wir dachten, dort seien die Preise niedriger. Aber es war unmöglich, etwas zu finden, alles war weg ... Es gab einen regelrechten Boom an wirtschaftlichen Aktivitäten, obwohl von außen betrachtet

nichts daraufhindeutete. Schließlich haben wir Räume in einem eher schicken Bürogebäude gefunden, im historischen Stadtzentrum. Hier waren die Mieten erschwinglich, weil es im Viertel keinerlei Aktivität mehr gab. Ein kleines Zeichen, das einen Anhaltspunkt dafür gibt, welche Auswirkungen die Drogenökonomie in den armen Vierteln der amerikanischen Städte hat.

Wenn es um Drogen geht, führen die Bewohner der armen Viertel einen doppelten Diskurs. (...) Vor allem dann, wenn jemand von außen kommt und sie fragt, was sie vom Drogenhandel halten. Man wird natürlich sofort antworten, daß man dagegen ist, daß man die damit verbundene Gewalt nicht mag, daß die Droge eine Plage ist, daß man den Drogenhandel aus dem Viertel verbannen müsse usw. Aber hinter diesem Gerede aus Gemeinplätzen gibt es eine andere Realität. Heutzutage sind die Drogen für mehr und mehr Leute eine unverzichtbare Einkommensquelle. Nehmen wir etwa folgendes Beispiel: eine alleinerziehende Frau, die vom Mindesteinkommen oder sogar von noch weniger leben muß. Wenn einer ihrer Söhne regelmäßig mit Geld in den Taschen heim kommt und sie mit einigen hundert Dollar im Monat unterstützt, wird sie das natürlich akzeptieren, auch wenn sie keinerlei Zweifel über die Herkunft des Geldes hat. Heutzutage halten die Abfälle aus dem Drogengeschäft die Stadtviertel am Leben und machen einen Bestandteil der Einkünfte fast aller Familien aus. Der Drogenhandel ist eine zusätzliche Einkommensquelle für viele Leute, die eher schlecht als recht überleben.

Heutzutage wird so viel Reklame gemacht mit der amerikanischen Wirtschaft, die Jobs produzieren würde. „Was macht es aus, wenn sie schlecht bezahlt sind, Hauptsache Job!" Aber dieser sogenannte Aufschwung geht an den Bewohnern der armen Viertel vorbei. Einerseits aus rein geographischen Gründen, denn die Ghettos sind abgetrennt von den weit entfernten Vororten, wo die meisten der Jobs entstehen. In den Vereinigten Staaten sind die öffentlichen Verkehrssysteme auf ein Minimum reduziert, man muß mit dem Auto fahren, und in den Ghettos haben sehr wenige Leute ein Auto. Darüberhinaus brauchst du ein sauberes Führungszeugnis, selbst wenn es unqualifizierte Jobs sind ... Und man weiß, daß 70 Prozent der unter 35jährigen Männer im Ghetto Probleme mit der Polizei hatten oder noch haben. Aus all diesen Gründen (und aus anderen) würden nur wenige Unternehmer jemanden einstellen, der aus diesen Stadtvierteln kommt. Sogar dann, wenn sie keine andere Wahl hätten, würden sie es nicht tun, so stark verankert sind die Sicherheitsklischees im Kopf der Unternehmer: das sind schlechte Arbeiter, Nichtstuer, Diebe usw. Unter Berücksichtigung des industriellen Niedergangs der Städte haben diese Jugendlichen keine andere Wahl als mit dem Drogenhandel verbundene Aktivitäten. Das ist ein weltweites Phänomen! Das hat nichts mit Nischenwirtschaft zu tun. In diesen Vierteln der großen Städte ist es ganz einfach eine Lebensweise geworden!

Gibt es eine Beziehung zwischen Rap-Musik und dieser wirtschaftlichen Tätigkeit?

Rap ist ein Reflex der Wirklichkeit, die die Ghettojugend erlebt. Unvermeidlicherweise transportiert er die Werte dieser neuen Unternehmermentalität. Du findest im amerikanischen Rap eine starke Verurteilung der Polizeirepression. Das ist normal, auch in dem Maß, wie die Aktion der Polizei diese illegale kommerzielle Tätigkeit bedroht. Ich finde aber, daß man insgesamt den politischen Inhalt des Rap überbewertet. Zynisch gesagt: Stell dir Al Capone in den 30er Jahren als Rapper vor. Natürlich würde er gegen die Brutalität der Polizei schreien. Aber all das verrät nicht einen Hauch von gesellschaftlichem Bewußtsein. Denn schließlich ziehen sich einige von ihnen auf ihre Weise heraus. Sie „haben Erfolg" nach den herrschenden Kriterien der amerikanischen Gesellschaft: Sie haben Geld, die äußeren Zeichen des Reichtums, die Güter, die ihn symbolisieren - Autos, Schmuck - , sie gefallen den Frauen.

Alle kennen *Public Enemy*, eine Rap-Gruppe, die als sehr politisch angesehen ist. Als die Reform des Sozialstaats angekündigt wurde, hat Bill Stephney, einer der Gründer der Gruppe, einen Artikel geschrieben, der in mehreren bundesweiten Zeitungen veröffentlicht wurde. Darin unterstützte er den Abbau der Sozialhilfe, das sagte er frei heraus. Selbst die Republikaner hätten sich nicht getraut, so weit zu gehen. Dieser Typ erklärte, daß es einen Unterschied zwischen „schwarzem Volk" und „Negern" gäbe: die ersten arbeiteten ehrlich, während die zweiten Nichtstuer seien, die auf den Scheck vom Sozialamt warten. Er stellte die ganzen reaktionären Klischees heraus: „Wenn man nur will, kann man sich selber herausziehen", „jeder für sich" usw. Steht das im Widerspruch zu den Parolen von „Public Enemy" gegen die Brutalität der Polizei? Ich glaube nicht! Man findet diesen Geisteszustand in vielen Rap-Texten, welche den kapitalistischen Unternehmer im Innern der Community lobpreisen.

Im Mai 1996 hat dieser Typ einen neuen Angriff gestartet. Als Ehrengast einer Konferenz schwarzer Reaktionäre zeigte er sich empört über das, was der „schwarzen Familie" zustoße und forderte die Rückkehr zu den moralischen Werten, insbesondere zur Institution der Heirat. Ihm zufolge ist der Sozialstaat daran schuld, der den Vater durch den Sozialhilfescheck ersetzt habe. Diese reaktionären Vorschläge sind kein isolierter Fall. Eazy-E, Mitglied der durch den Song „Fuck the Police" berühmt gewordenen Gruppe „NWA", war sogar (inzwischen ist er gestorben) öffentlich in die *Republikanische Partei* eingetreten. Bei vielen Gruppen und auf den Seiten der Fanzines wird mehr und mehr über moralische Werte geredet - oft in Form einer Rückkehr zur Spiritualität, zur Religion.

Es wäre falsch zu behaupten, der Rap insgesamt sei eine konservative Musik; die Realität ist komplizierter. Aber es wäre genauso falsch, in ihm eine radikale Musikströmung zu sehen und diese Aspekte zu verschweigen. Ich denke dabei insbesondere an die „Trotzkisten", die vor einigen Jahren eine Broschüre über „Die revolutionären Wurzeln des Rap" veröffentlicht haben. Heutzutage ist der Rap vor großem Publikum in den Vereinigten Staaten vor allem anderen ein Reflex dieser Kultur des Drogenunternehmers, nicht viel mehr. Er drückt kein tiefergreifendes gesellschaftliches Bewußtsein aus. Zum Beispiel hatte die Rap-Musik während des Golfkrieges nichts zu sagen. Vielleicht haben ein paar marginale Gruppen Texte dazu gemacht, aber in den Medien ist nichts davon rübergekommen.

Ich rede nicht von allen Rap-Gruppen. Die neuesten der letzten Generation kenne ich nicht, *Wu Tang Clan* usw. Die Gruppen, die den Rap aufgebracht haben, wie *Run DMC*, *LL Cool J* und andere waren aus den nicht so armen Vierteln gekommen. Das Leben dieser Typen hatte wenig mit dem



der Kids zu tun, die ihre Langeweile in baufälligen Gegenden durch die Straßen tragen. Andererseits sind die Hauptkonsumenten der Rapmusik die weißen Kids aus den wohlhabenden Vororten. Ihre Kaufkraft bringt die Gruppen in die Hitparaden. Auch diese Kids langweilen sich und lehnen ihre gesellschaftliche Herkunft ab. Die amerikanischen Vororte sind finstere und sterile Orte, wo alles kontrolliert und grau ist. Diese Kids identifizieren sich mit dem Rapstil, sie finden darin eine Provokation, einen gewissen rebellischen Geist außerhalb der Norm. Das ist ein Aspekt der Revolte der Heranwachsenden aus der weißen Mittelschicht gegen die Lebensart, die man ihnen vorschlägt.

Der Platz, den der Rap in der Plattenindustrie einnimmt, erklärt sich aus seiner Popularität in der Mittelschicht. Die Soziologen nennen das Phänomen *Whigger* (Kunstwort aus White und Nigger): die weißen Kids aus der Mittelschicht übernehmen den Lebensstil der Ghettokids. Aber dabei geht es darum, sich so anzuziehen, Verhaltensweisen anzunehmen, und das ist etwas anderes als auf den Ghettostraßen eingesperrt zu leben, sich kontrollieren zu lassen, von den Bullen zusammengeschlagen zu werden. Dennoch wäre es ungenau, überall sehr klare Trennungslinien zu ziehen. Die berühmte Hip-Hop-Kultur ist gesellschaftlich sehr weit verbreitet. In den Vierteln bestimmter amerikanischer Städte, in New York zum Beispiel, findest du eine richtige multirassistische Hip-Hop-Kultur. Aber das sind Ausnahmen. Die Regel ist, daß sich die weißen Kids aus den Vororten des tiefen Amerika mit dem Rap identifizieren. Eine gewissermaßen mythische Identifikation.

Es wird viel vom sexistischen Frauenbild in der Hip-Hop-Kultur geredet. Welche Rolle spielen die Frauen in der Drogenökonomie?

Diese Ökonomie wird von Männern beherrscht. Das Gewalt- und Brutalitätsniveau ist so hoch, daß Frauen praktisch ausgeschlossen werden. Dennoch haben sie gewisse Funktionen inne. Man benutzt sie zum Beispiel als „Maulesel“ (schon der Name sagt viel über den Sexismus in diesem Mileu) für den Transport der Ware zwischen den großen Städten (...). Eine junge Schwarze, schick und anständig gekleidet, erregt natürlich weniger Aufmerksamkeit von Seiten der Polizei als ein junger Schwarzer. Außerdem spielen die Frauen eine Rolle bei der Geldwäsche. Seit zehn, fünfzehn Jahren haben Dutzende und Aberdutzende Schönheits- und Frisiersalons in den armen Vierteln aufgemacht. Das hat sicher auch was mit Mode zu tun, aber die meisten dieser Lokale sind leer, ohne Kundschaft. ... Das ist vor allem ein Mittel, das verdiente Geld in den legalen Kreislauf zurückzubringen.

Zum Abschluß möchte ich auf die 60er und 70er Jahre zurückkommen. Damals waren die Armut und die Zersetzung der gesellschaftlichen Bindungen nicht so ausgeprägt wie heute. Die Drogenökonomie war begrenzter. Die Polizei konnte Repressionsstrategien aufstellen, versuchen, die Netze zu unterwandern, sie zu manipulieren, zu zerstören und damit zeitweise ein Vakuum zu schaffen. Heute hat die Breite der Drogenökonomie diesen Rahmen gesprengt. Sie befriedigt eine Nachfrage, aber sie sichert das Überleben von breiten Bevölkerungsschichten, die seit 20 Jahren immer ärmer geworden sind.

Es ist heute undenkbar geworden, sich an den Drogenhandel heranzuwagen. Er ist nicht mehr vertikal und hierarchisch organisiert, sondern sehr dezentral und polypenartig. Wenn man einen Zweig abschneidet, wächst ein neuer. Das bringt uns zum Ausgangspunkt zurück. Die Drogenökonomie ist kein Nischengeschäft wie das Glücksspiel, oder nur



ein Laster. Sie ist eine Branche der Volkswirtschaft. Die Handelsprofite aus dem Drogengeschäft versorgen die klassischen Bankkreisläufe. Der Luxuskonsum profitiert davon. Die offiziellen Institutionen, die Staaten selbst sind an der Versorgung des Marktes beteiligt. Deshalb kann der sogenannte „dreißigjährige Krieg" gegen die Droge für wohlmeinende Liberale als gewaltige Niederlage erscheinen. Man könnte aber auch im Gegenteil denken, daß dieser Krieg ein anderes Ziel hatte: das Ghetto zu kriminalisieren und zu durchmischen. Gerade haben zwei Journalisten ein Buch über die Drogen in den Ghettos von Baltimore veröffentlicht; darin kommen sie zu dem Schluß: „Krieg oder nicht, jeden Tag sind zwanzig- oder dreißigtausend Drogenabhängige auf den Straßen. Wenn man die zehn oder zwanzig abzieht, die festgenommen werden, dann hat jeder der anderen seine tägliche Dosis. Davon abgesehen ist der Krieg gegen die Droge nichts als eine ziellose und unnütze Gewalt, eine unproduktive Politik, welche die Okkupation unserer Ghettos durch den Staat miteinschließt, auf die gleiche Art wie sie Belfast, Soweto oder Gaza besetzt haben. (...) Es fing an mit dem Kampf gegen die Droge und endete mit der Unterdrückung derjenigen, die sie konsumieren." (Dollar. Siemon/ E. Burns: „The corner." Baltimore 1997)

Kommen wir zur falschen Debatte Legalisierung oder Verbot zurück. Beide Seiten nähern sich dem Problem vom Standpunkt der Verteilung. Wenn man das ganze von einem allgemeineren Standpunkt aus betrachtet, stellen sich andere Fragen. Die Droge macht, wie der Alkohol, das gesellschaftliche Elend sichtbar. Je mehr das Elend zunimmt, die Armut, das Unglück und die Unzufriedenheit mit dem Leben, und je mehr die Leute versuchen, daraus auszubrechen. Auf diese Fragen gibt niemand Antwort.

Stattdessen diskutiert man über Fragen wie die, ob Drogen im Geschäft verkauft werden dürfen oder nicht und ob sie der Staat besteuern soll oder nicht. Alkohol wird seit 50 Jahren frei verkauft. Das hat nicht einen Aspekt der Frage gelöst. Offensichtlich löst das die andere Frage nicht. In dieser Debatte stellt niemand solche Fragen. Vielleicht denken die Teilnehmer der Debatte, daß wir in einer wunderbaren Welt leben und nehmen nicht zur Kenntnis (oder tun so als wüßten sie nicht), daß die Leute zur Droge geflüchtet sind, weil sie ausbrechen wollen, weil es ein Problem mit dieser Gesellschaft gibt. Der Beweis dafür ist, daß viele von denen, die für Straffreiheit plädieren, Apostel der Marktwirtschaft sind. Ich habe einige Konferenzen zu der Frage verfolgt: der vorherrschende Diskurs war der von Milton Friedman und des entfesseltsten Neoliberalismus. Ich habe sogar gehört, das Problem mit der Droge bestehe nur darin, daß der Handel damit nicht frei sei!

Anmerkungen:
(1): "StreetVoice", 101 W, Read St. #421, Baltimore, MD 21201, USA
(2): "Collective Action Notes", P.O. Box 22962, Baltimore, MD 21203, USA

*Charles Reeve und Sylvie Deneuve sind im Frühjahr ´97 durch die USA gereist. Die Übersetzung des Interviews aus dem Französischen durch die wildcat-Radaktion wurde hier redaktionell gekürzt.*

aus: "Wildcat-Zirkular", Nr. 42/43, März 1998; Bestelladresse: Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin.

Simon Günther

# "Einigen wir uns auf die Zukunft"

## Die deutsche Undergroundszene im Winter 97/98

Richtig spektakuläres hat sich nicht getan in der letzten Zeit - kein neuer Hype, kein Skandal. Es sind die Bewegungen, die schleichenden Veränderungen, die aufgefallen sind. Insbesondere spreche ich von Bands und Trends, die ihren Hype schon ein paar Monate oder Jährchen hinter sich haben und derzeit wieder von sich hören lassen: die Clique der Hamburger Schule und die deutsch- oder gar nicht sprachige Elektronikszene aus Köln/Düsseldorf und Berlin.

Sie sind in den vergangenen Monaten nicht allein durch neue Veröffentlichungen aufgefallen, sondern durch Handlungsformen, die über das Studio-Promotour-Studio-Schema hinausgehen und somit auch den Gedankenhorizont der Konsumenten und Rezensenten auf neuartige Weise herausfordern. Um ein angestaubtes Wort zu gebrauchen: Die unabhängige Popszene hat die Netzwerkkultur wiederentdeckt. Als plakativstes Beispiel ist das "Tim Isfort Orchester" anzuführen. Mit einer illustren Mischung aus Bohèmes, Künstlern, Schauspielern, Musikern hat er ein Album zusammengebastelt, das inhaltlich und personell mit allen Schranken bricht, die sich so über die Jahre gerettet haben. Kein löblicher Einzelfall, vielmehr steht dies im Zusammenhang mit einer neuen Offenheit, die quer durch die Musiklandschaft zu beobachten ist: Journalisten wechseln auf die andere, die musikschaffende Seite (Whirlpool Productions), Musiker, die sich über die Jahre einen gewissen Bekanntheitsgrad aufgebaut haben, ziehen in alter Songwritermanier durch die Orte, um sich mit anderen zu treffen und gegenseitig unter die Arme zu greifen, wie beispielsweise Knarf *Rellöm und die Aeronauten*, andere laden Bands in ihren Proberaum ein, um sie dort zu produzieren (*Tocotronic* und *Jonas*), und in Hamburg, Berlin und Weilheim tun sich Labels zusammen und entdecken die Lust an Projekten, die sich nicht mehr um eine Trennung und Verortbarkeit von Stilen kümmern (*Kitty Yo*, *Kollaps* und *Payola*). Zunächst einmal ist dieser Auf- und Ausbau autonomer Strukturen ja eine begrüßenswerte Entwicklung: In den verschiedenen Städten Anlaufstellen, Begrüßung mit Shake Hands und Wertschätzung - eine Art unkontrollierter Subkosmos.

Traurig an der Sache ist nur, daß beispielsweise die Häuser, in denen man sich trifft, nicht mehr besetzt sind. Da kann keiner der Angesprochenen was dafür, die Schuldigen sind bekannt. Und der Punk- und Autonomenszene der Achtziger wird auch oft genug vorgehalten, daß sie politisch wie stilistisch eingefahren und alles andere als offen war, was den heutigen Akteuren nicht mehr angelastet werden kann.

Man tritt jedoch auch kaum noch auf Demonstrationen auf, sondern agitiert im Internet oder gründet eine „Zeitschrift für elektronische Lebensaspekte" (*De-Bug*). Die behandelten Themen sind alles andere als schlecht, allerdings entsteht an manchen Stellen der Eindruck, als stände ausschließlich die eigene Emanzipation im Vordergund in Form eines neuen Selbstbewußtseins, das sich auf ästhetische Aspekte beschränkt.

Der Konsens, den man dabei entwickelt, ist darüberhinaus fragwürdig. Naiv unkommentiert „einigen wir uns" beispielsweise „auf die Zukunft" (Kante). Denn: „wer stirbt, ist ein Idiot" (Knarf Rellöm nach Rolf Dieter Brinkmann). Zwar sind diese plakativen Sprüche hervorragendes Futter und auch Stichworte für Diskussionen über beispielhafte Lebensmuster. Dennoch scheint es, als ändere sich der Blickwinkel der musikschaffenden Lebenskünstler zuungunsten einer gebotenen Betrachtung unserer Gesellschaft. Vielmehr tritt das Ich selbst in den Vordergrund, was ja kein Wunder ist, wenn sich überall jemand freut, wenn beispielsweise der authentische Knarf wieder da ist. Aber die Gefahr eines selbstreflektierenden Vakuums ist nicht von der Hand zu weisen umso mehr als der Eindruck entsteht, hier fänden sich aussichtsreiche Kandidaten für die „Jugend 98"- Serie der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung.

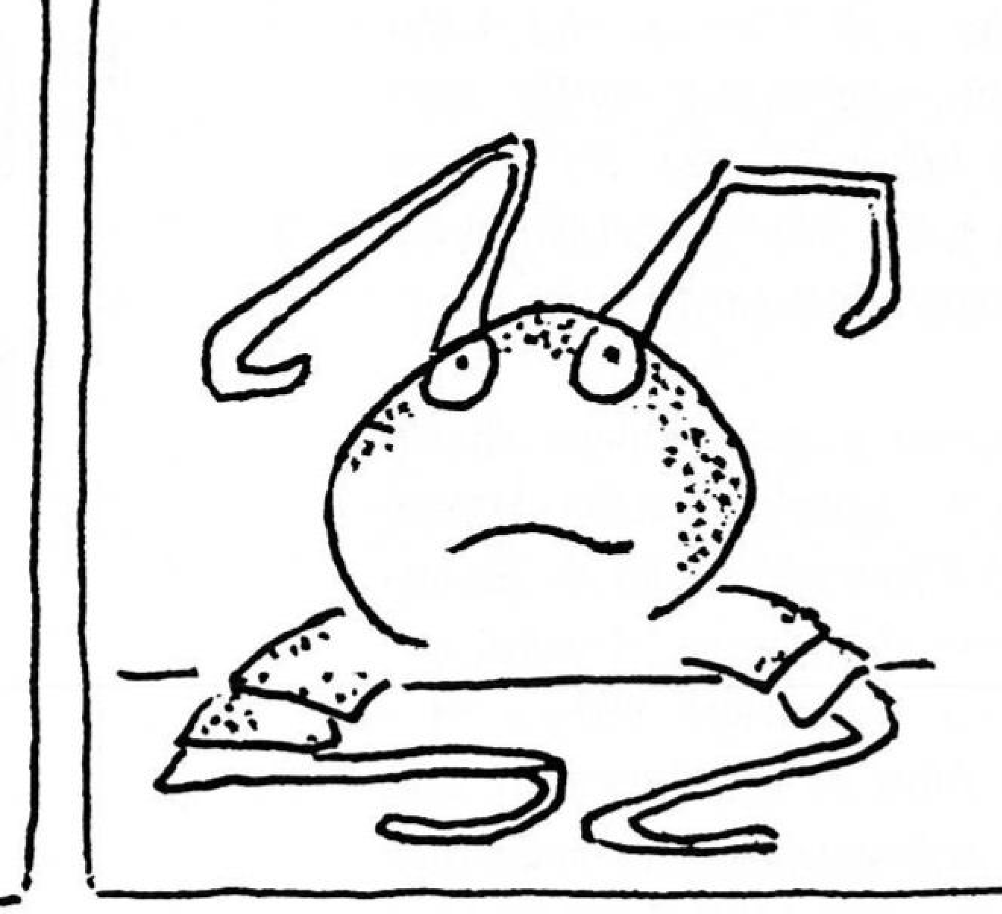
Zum Glück noch meilenweit entfernt von neoliberalen Unternehmensgründungsphilosophien, ist man aber schon stolz auf eine „Aufbruchstimmung" (Booklet des Samplers „Einigen wir uns auf die Zukunft"), und die zerschlissene Jeans ist dem Anzug gewichen. Sicher wird lediglich mit den Ausdrucksformen des Establishments kokettiert, aber warum um Himmels Willen auch deren inhaltsleeres Geschwätz übernommen? Warum, bitteschön, scheißt keiner auf die Zukunft, die uns blüht, wenn wir weiterhin das Spiel mitspielen. Wie kann man ohne mit der Wimper zu zucken „Bürgersöhne, die gerne Sozialisten wären", als „Idioten" abstempeln (Knarf Rellöm) und gleichzeitig -„sein wir doch mal ehrlich" - feststellen, daß „sich gesellschaftlich in den letzten dreißig Jahren nichts geändert hat" (Knarf Rellöm). Aufschlußreich auch die Mode, das Musizieren und Beisammensein als solches zu thematisieren anstatt „dem revolutionären Gedanken" unterzuordnen, wie es zum Glück Kristof von BRÜLLEN noch gerne hätte. Unsereins bekommt Magenkrämpfe und Wutausbrüche, wenn er nur die Zeitung aufschlägt, und Ihr redet übers Musizieren und sich selbst betrachten. Wäre der selbstgesetzte Anspruch ein anderer, wäre die Kritik unangebracht, so aber geht mit dem Rückzug besagter Szene auf das neue Wir-Gefühl und die Agitation im Subkosmos ein Verzicht auf politische und kritische Partizipation in der Außenwelt einher, die diese Kultur einst zusammenschweißte, und das stimmt nachdenklich.

---

Ladies Love Knarf Rellöm: Bitte vor R.E.M. einordnen (WSFA/Indigo); Div.: Einigen wir uns auf die Zukunft (kollaps, kitty-yo + paypola/Indigo)

alaska empfiehlt:

5 GUTE GRÜNDE FÜR EINEN BENZINPREIS VON 5 MARK!



FÜR EINEN BENZINPREIS VON 5 MARK IM RAHMEN EINER ÖKOLOG. STEUERREFORM SPRICHT ...







... DASS ER SCHON IM VORFELD ARBEITSPLÄTZE SCHAFFT ...












BUKO-Seminar

# Perspektiven national(istisch)er Befreiungsbewegungen

**Ü**ber mindestens zwei Jahrzehnte - von der Oppostion gegen den Vietnamkrieg bis zur Wahlniederlage der Sandinistas - waren die nationalen Befreiungsbewegungen des Südens ein zentraler Bezugspunkt für die hiesige Internationalismusbewegung.
Spätestens seit dem Kollaps des "Realsozialismus", der Durchsetzung der kapitalistischen "One World" und dem Siegeszug des Neoliberalismus als herrschendem Wirtschaftsmodell sind die historischen Schranken, an die dieses Befreiungskonzept gestoßen ist, jedoch offensichtlich geworden. Gleichzeitig ist mit der EZLN in Chiapas eine Guerilla neuen Typs aufgetaucht, die mit den alten Schemata zu brechen scheint.

Sowohl die Konzepte nationaler Befreiung als auch die ihnen korrespondierenden Formen der Solidaritätsarbeit stehen also auf dem Prüfstand. In dem Seminar sollen einige Fragestellungen, ohne von vornherein in unhistorische Besserwisserei zu verfallen, (selbst)kritisch reflektiert werden.
- Das Konzept nationaler Befreiung mit seinem Emanzipationsversprechen scheint vielen erst durch den angeblichen "Bedeutungsverlust" des klassischen Nationalstaats und der als kategorial von diesem unterschieden gedachten "Globalisierung" obsolet geworden zu sein. Welche politischen und theoretischen Prämissen das mehr oder weniger emphatische Insistieren auf "Nation" verschweigt und warum diese unvernünftig und anti-emanzipatorisch sind, soll anhand einer historischen und systematischen Rekonstruktion der Funktion von Nation/Staat und politischer Ökonomie erarbeitet werden.
· In welchem Verhältnis steht das, was sich traditionelle Solidaritätsarbeit unter Imperialismus vorgestellt hat, zum politischen Normalvollzug im Konzert der Staaten? Und weshalb wurde "der Imperialismus" treffsicher als blutrünstiger Uncle Sam mit Hakennase personifiziert?
· Die meisten Befreiungsbewegungen haben - wie auch der "Realsozialismus" - das Entwicklungsmodell des Westens in seinen zentralen Bestandteilen nie in Frage gestellt. Kommt ihnen so in der Rückschau eher die Rolle von Regimen nachholender Modernisierung zu, die letztlich nur einen Austausch der herrschenden Eliten bewirkten?
· Frauen haben in allen Phasen des Befreiungskampfes eine zumeist herausragende Rolle gespielt und konnten sich vorübergehend wichtige Positionen erobern. Nach der Konstituierung der Befreiungsbewegungen als Staat bzw. nach der Regierungsübernahme wurden sie jedoch in ihre vorherigen geschlechtsspezifischen Rollen zurückverwiesen. Gleichzeitig scheinen ethnisch-kulturalistische Selbstzuschreibungen prima in den Prozeß nationaler Emanzipation zu passen. Wie und warum reproduzieren sich repressive Kategorien der Geschlechtlichkeit und der Ethnizität? Was sagt das über diese und ihr soziales Scharnier, die als Staat verfaßte Nation?
Das Seminar soll diese Fragestellungen vor allem in ihrer Bedeutung für die zukünftige Solidaritätsarbeit diskutieren.
Das Seminar findet in Zusammenarbeit mit dem AKE-Vlotho statt und wird vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche durch den ABP gefördert. Es findet vom 22.-24. Mai in Bonn statt.

Informationen und Anmeldung: BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Telefon 040-39 31 56, Fax 040-39 07 520, e-mail buko@cl-hh.cl.sub.de

## Hinweise und Termine

➲ Das **Seminar "Aneignung von unten"** wird erst im Herbst stattfinden und nicht vom 05.-07. Juni.

➲ Vom 12.-14. Juni findet das **Seminar "Zukunft der Arbeit"** statt.

➲ Auch wollen wir noch einmal an den ersten **Ratschlag vom 30.04.-03.05.** erinnern. Aktuelle Programmergänzungen sind:
- Einführung in Geschichte und Folgen des M.A.I. am Donnerstag um 20.30 Uhr
- Workshop zum Widerstand gegen M.A.I. mit *Play Fair Europe*!, Aachen, am Freitag um 20.30 Uhr

➲ Für weitere Nachfragen bitte an die BUKO-Geschäftsstelle wenden (Adresse s.o.).

Bianka Perrotton

# Der "Global Marsh against Child Labour"

(...) Seit Beginn der 80er Jahre ist das Thema Kinderarbeit immer weiter in das öffentliche Interesse gerückt. Dieses geschah nicht zuletzt deshalb, weil Menschenrechtsorganisationen vor allem auf die katastrophalen Zustände in der südostasiatischen Teppichindustrie aufmerksam gemacht haben. (...) Seit Ende der 50er Jahre hat es einige internationale Übereinkommen zum Schutz des Kindes und gegen Kinderarbeit gegeben. Die Vereinten Nationen verabschiedeten 1989 die UN-Konvention über die Rechte des Kindes. (...) Anfang Juni 1998 tagt die ILO in Genf. Sie will dort über eine neue Konvention zum Verbot der schrecklichsten Form von Kinderarbeit beraten.

Aus diesem Grund haben das Südasiatische Bündnis gegen Kindersklaverei (SACCS) und die Anti-Slavery International, eine britische Menschenrechtsorganisation, zu einem weltweiten Marsch für die Rechte der Kinder dieser Welt aufgerufen, zu einem "Global Marsh Against Child Labour". Der Global Marsh wird von mehr als 600 Organisationen in 95 Ländern unterstützt. Jugendliche und Kinder, sowie verschiedene Hilfsorganisationen aus allen Teilen der Welt, machen sich auf nach Genf um dort im Juni mit den Delegierten der ILO zusammenzutreffen. Der weltweite Marsch startete bereits in Asien am 17. Januar 1998 in der philippinischen Hauptstadt Manila. Einen Monat später, am 25. Februar startete der zweite Zug in Lateinamerikas Megastadt São Paulo. Die TeilnehmerInnen aus Asien, Afrika und Lateinamerika werden im Mai 1998 in Europa eintreffen und über verschiedene Wege weiter nach Genf ziehen. Die Asiengruppe umfaßt ungefähr 25 Jugendliche und Erwachsene. Sie trifft am 10. Mai in Flensburg ein. Von dort aus ziehen sie weiter über Hamburg, Hannover, Bielefeld, Osnabrück, Bad Bentheim, Münster, Herne, Bochum, Essen, Duisburg und Düsseldorf weiter nach Köln. Die zweite Gruppe überquert am 25. Mai bei Aachen die deutsche Grenze und erreicht einen Tag später zusammen mit der ersten Gruppe Bonn. Von dort aus geht es weiter über Frankfurt, Heidelberg, Karlsruhe und Freiburg nach Basel.

In einigen Städten die entlang der Route liegen, sind von den verschiedensten Gruppen und Organisationen Veranstaltungen geplant. Es geht vor allem darum, das Problem der Kinderarbeit öffentlich zu machen. Außerdem soll dazu aufgerufen werden, soziale und ökonomische Ungerechtigkeit zu bekämpfen, um die Entstehung von Kinderarbeit im Keim zu ersticken. Der "Global Marsh Against Child Labour" will in der Weltöffentlichkeit ein Bewußtsein dafür schaffen unter welchen Bedingungen ein Großteil der Kinder dieser Welt existieren muß, und was jede und jeder dazu beitragen kann, damit die Ausbeutung von Kindern schrittweise überwunden wird. Die Koordination des Global Marsh haben in der Bundesrepublik die "Werkstatt Ökonomie" in Heidelberg und das "Informationszentrum Dritte Welt" in Herne übernommen. (...)

---

Kontakt: Werkstatt Ökonomie, Obere Seegasse 18, 69124 Heidelberg, fon 06221/72 02 96

## Rezensionen

Bernd Hüttner

### Die Regional-Euphorie

Die Region rückt wieder ins Blickfeld, gerade in ländlichen Räumen. Es gibt eine unübersehbare Anzahl von Initiativen und Bündnissen, die sich der Förderung lokalen und regionalen Wirtschaftens im ländlichen Raum verschrieben haben. Sie wollen die vor Ort und in der Region vorhandenen Potentiale an Natur und Menschen nutzen. Oftmals schließen sich verschiedenste Gruppen zu unkonventionellen Bündnissen zusammen, etwa wenn die Kirchengemeinde den ökologischen Landbau fördert, oder die Gastronomie die Landwirtschaft zu einer extensiveren Produktionsweise auffordert, da nur diese das Landschaftsbild erhält, auf das der Tourismus, und damit auch die Gastronomie, so dringend angewiesen ist. Nur durch diese neuen Bündnisse können die Regionalprojekte sich gegen den gnadenlosen Zwang zum Wachstum und die Konkurrenz durchsetzen. Zur Herstellung und Aufrechterhaltung solcher Bündnisse bedarf es der Fähigkeit der menschlichen und der wirtschaftlichen Kooperation, der politischen Vernetzung und einer dementsprechenden Beratung.
Meist hat die Landwirtschaft samt ihren nachgelagerten Bereichen in diesen Projekten eine zentrale Stellung inne. Die agraralternative *Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft* hat mit **Leitfaden zur Regionalentwicklung** das zur Zeit beste Kompendium zum Thema regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsinitiativen in der Landwirtschaft vorgelegt. Es enthält die Vorstellung sehr vieler real arbeitender Zusammenschlüsse und Initiativen aus allen Teilen Deutschlands. Die möglichen Formen von Kooperation und Beratung werden ebenso vorgestellt, wie die vielen, und deshalb unübersichtlichen Möglichkeiten der Förderung regionaler Vorhaben. Der Tenor des Leitfadens ist, was die Ökonomie angeht, verhalten optimistisch; politisch - was den Nachhaltigkeitsdiskurs angeht, unentschieden.
Im Februar erschien ein Heft von **Pro Regio**, der jährlich publizierten *Zeitschrift für eigenständige Regionalentwicklung*, das sich, so der Titel, der Frage *Von der eigenständigen zur nachhaltigen Regionalentwicklung?* widmet. Die Auseinandersetzung um nachhaltige Regionalentwicklung als ein Beitrag zur Standortpolitik, grüner Modernisierung des Kapitalismus und zur Einbindung von Protest in Runde (Beistell-) Tische und als billiger Ideen-Lieferant für den globalen Sektor ist mehr als überfällig. Angesichts dessen, was es anderswo an theoretischer Auseinandersetzung zu Regionalentwicklung gibt (bzw. eben nicht gibt), war diese Ausgabe von Pro Regio mehr als überfällig. Im Vergleich zum Bedarf an Kritik und Diskussion ist das Heft enttäuschend. Sein Inhalt besteht zur einen Hälfte aus einem Grundsatz-Artikel der beiden *Pro Regio*-Redakteure Albert Herrenknecht und Jürgen Wohlfahrt. Dieser ist aber textlich so verschwurbelt, daß leider nicht (genug) deutlich wird, welche Position die beiden in der Debatte vertreten. Der Artikel wird zwar von einer untergründigen Verteidigung der "eigenständigen" gegenüber der nun landauf, landab angesagten "nachhaltigen" Regionalentwicklung durchzogen, aber es wird nicht erkennbar, ob die beiden Autoren nun die nachhaltige Variante ablehnen, oder welche Schnittmengen es zwischen beiden gibt. Oder reduziert sich die vorgetragene Kritik an nachhaltiger Regionalentwicklung darauf, daß sie in der "Stadt" entwickelt wird, und ihr die kulturelle Unterfütterung fehle, wie es manchmal in diesem Text formuliert wird?
Die anderen Artikel reißen das Steuer auch nicht mehr herum: Einer dient zur unfreiwilligen Illustration des Gegenstandes der Kritik des Hauptarikels (Peter Wirth zu "Zukunftsorientierte Entwicklungsstrategien im ländlichen Raum der neuen Bundesländer"), und auch der Beitrag von Ulla Peters beschreibt eher unkritisch "Die Regional-Scene im Aufbruch". Der Beitrag von Ulrich Häpke ("Ökologische Sackgassen und soziale Auswege. Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft") argumentiert als einziger der Hauptbeiträge von einer grundsätzlich nachhaltigkeitskritischen Position. Eine sehr umfangreiche Literatur-Rubrik schließt das Heft ab.

Ulrich Jasper u.a.: Leitfaden zur Regionalentwicklung; Rheda-Wiedenbrück Dezember 1997, 448 Seiten, 32,80, ISBN 3-930413-11-6 Pro Regio Nr. 20/21, 72 Seiten, 20 DM. Bezug: Pro Regio, Franken-Dom-Strasse 73, 97944 Boxberg-Wölchingen.

SHORT CUT

Bernd Hüttner

## Antirassismus - Identität und Praxis

Antirassistische Identitäten in Bewegung ist ein Buch von weißen Mittelschichts-Linksradikalen mit akademischem Abschluß über das Selbstverständnis antirassistisch organisierter und aktiver linksradikaler und humanistisch-gesinnter Frauen und Männer, die auch aus der Mittelschicht kommen. Die AutorInnen arbeiten in der Antirassismusbewegung in Tübingen/Reutlingen und haben ihre Abschlußarbeit im Studienfach "Empirische Kulturwissenschaft" dazu genutzt, das Weltbild, die politische Orientierung und vor allem die politisch-soziale Selbst-Verortung von Menschen aus drei verschiedenen Strömungen der Antirassismusbewegung zu untersuchen. Als in gewissem Sinne repräsentativ für diese für die BRD relativ neue 'neue soziale Bewegung` stehen die Autonomen, die HumanistInnen und eine feministisch-antirassistische Frauengruppe. Hess und Linder haben jeweils ausführliche Gruppen- und Einzelinterviews geführt, die sie im zweiten Drittel des Buches auswerten. Die Ergebnisse geben einen Einblick in die Biografien der Interviewten und in das Innenleben einer Bewegung. Dies hat den Vorteil, daß, wie sonst oftmals nicht bzw. nicht nur öffentliche, programmatische Texte ausgewertet werden, sondern das persönliche Denken, Handeln und die Biografie im Vordergrund steht. Neben allerlei weniger relevantem, aber trotzdem lesenswertem, zeigt sich, daß die HumanistInnen einen exotisierenden und kulturalisierenden Blick auf Flüchtlinge haben und die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung auch in linksradikalen Gruppen noch lange nicht aufgehoben ist.
Zu Anfang des Buches findet sich ein längerer Teil zu (post-) modernen Theorien über Rassismus, zum Verhältnis von Rassismus, Sexismus und ökonomischer Unterdrückung, zu Identitätskonstruktion in der heutigen Zeit und zu Antirassismus als politischer Bewegung und alltäglicher Praxis. Das ist dann alles sehr *Cultural Studies*-lastig, wie das ganze Buch etwas für Leute ist, die in jedem Absatz mindestens dreimal die Wörter Identität, Differenz und (De-) Konstruktion und fünfmal Kultur und Diskurs lesen wollen. Gleichzeitig geht das theoretische Fundament kaum über den SPD-nahen Modesoziologen Ulrich Beck oder den englischen *Cultural Studies*-Guru Stuart Hall hinaus. Diese Veröffentlichung beweist wiedereinmal, daß aus einem akademischen Werk der diesem eigene Stil nicht mehr auszutreiben ist. Hess/Linder haben eine "Popularisierung" aber, so mein Eindruck, noch nicht einmal versucht. Durch den völlig überladenen Sprachgebrauch verhindert das Buch, daß es zu den Menschen sprechen kann, für die es gedacht sein könnte, nämlich die Menschen aus antirassistischen Zusammenhängen. Schade eigentlich. Für Theoriefreaks ist es ein Genuß und fast ein Muß, obwohl es im Grunde wenig wirklich neues bringt.

---

Sabine Hess/Andreas Linder: Antirassistische Identitäten in Bewegung. Verlag edition diskord, Tübingen 1997, 254 S., 29,80 DM

## SHORT CUT

Christoph Spehr

## Nur Männer und ein Hund

Es hat sich immer noch nicht überall herumgesprochen, daß 1968 eine weltweite Revolution war (genauso wie 1917/1918 schon eine gewesen war), und daß "30 Jahre 1968" beileibe kein "deutsches Thema" ist. Die kollektive Erinnerung daran ist, ebenfalls weltweit, eine des Scheiterns - wenn auch eines Scheiterns mit weitreichenden, verändernden Folgen.
Paco Ignacio Taibo II, von dem bei VLA bereits der Roman "Vier Hände" erschien, nähert sich den "123 Tagen", die 1968 in Mexico dauerte, auf zweierlei Wegen, die hier in einem Band vereint sind. "1968" ist eine Sammlung von Erinnerungen, die in einen losen chronologischen Bogen Ereignisse und Atmosphäre jener Zeit aus der Perspektive der studentischen Unruhen schildern. "Gerufene Helden" ist ein Roman, der aus der Erfahrung der Niederlage geschrieben wurde, fast selbst ein historisches Dokument, auch wenn er "während der folgenden 12 Jahre dreimal neu geschrieben" wurde.
Der Protagonist von "Gerufene Helden" liegt im Krankenhaus, läßt sich von Freunden erzählen, was 1968 geschehen ist, eine Art Erinnerungsarbeit; und er faßt den Entschluß, die Macht neu zu erobern, indem er Hilfe holt. Er diktiert einer Freundin Briefe an Wyatt Earp, Prinz Sandokan, die Drei Musketiere, die Mau-Mau und den Hund von Baskerville. Das sind die "Gerufenen Hel-

den", mit deren Hilfe die Sache doch noch gelingt.
Wer einen Eindruck von Stimmungen und Verlauf der "123 Tage" Mexicos bekommen will, findet mit dem vorliegenden Band eine spannende, unterhaltsame, surreale und selbstironische Einführung, die sich auch unter großer Sommerferienhitze lesen läßt. Die weibliche Hälfte unserer LeserInnenschaft wird dieses Buch nicht kaufen und vermutlich ja auch diese Rezension nicht lesen. In der Tat handelt es sich bei den "Gerufenen Helden" um lauter Männer plus ein Hund. Nun, ich sagte ja, es ist ein historisches Dokument. Aber keins von den bierernsten, die bei uns üblich sind.

Paco Ignacio Taibo II: 1968 / Gerufene Helden: Ein Handbuch zur Eroberung der Macht Verlag Libertäre Assoziation und Schwarze Risse/ Rote Strasse; Hamburg/Berlin 1997.

## SHORT CUT

Christoph Spehr

### Wie man es eben macht

Dreißig Jahre später. Große Schritte in der Politischen Korrektheit weiter. Nicht nur in der verbalen, auch in der realen. In den Marcos' "Geschichten vom Alten Antonio" (deren neueste man sich ab und an im Internet ansehen kann) kommen sie nicht nur vor, sondern sprechen auch, kritisieren, disputieren: Männer und Frauen, Alte und Kinder, Götter und Menschen, es werden Enten mit Sauerstofflaschen (neuer Duden: 2 F!) und Schwimmwesten gezeichnet, viel geraucht und Schokolade gegessen. Der Sorge, daß aus den Geschichten eine literarische Ikone gemacht wird, anstatt sich mit den Fragen der Revolution in Chiapas und anderswo auseinanderzusetzen, wird in den Geschichten selbst vorgebeugt: Sie sind immer mehrfach gebrochen, bringen Mythen und Alltag, Bilder und Wirklichkeit stets gegeneinander.
Dem Buch ist eine weite Verbreitung zu empfehlen (und es sollte bald durch eine Sammlung der "Geschichten Duritos" ergänzt werden!!). Es geht auch darum, sich auf eine andere Sprache des Politischen einzulassen, die sich nicht dreimal vor der abendländischen Wissenschaft verbeugt, bevor sie die Frage stellt, wie es weitergeht. Was zum Titel dieser Rezension zurückführt: Marcos und der Alte Antonio gehen durch den Urwald; Marcos gibt schwer an mit Kompaß, Höhenmesser und Landkarte; trotzdem oder gerade deshalb hat man sich bald verirrt. Schließlich nimmt der Alte Antonio seine Machete und geht voran, und schon bald ist man wieder auf der richtigen Straße. Der Sub fragt ihn, wie er denn um Himmelsillen den Weg zurück gefunden habe, und der Alte Antonio antwortet: "Ich habe ihn nicht gefunden. Ich habe ihn gemacht. Wie man es eben macht. Indem man geht."
Ansonsten: Chronologie, Fadenheftung und fester Einband. Wow!

Subcommandante Marcos: Geschichten vom Alten Antonio Hg. von den Topitas Verlag Libertäre Assoziation Hamburg 1997

## SHORT CUT

## Alltagsforschung

Christoh Spehr

### Das kleine Wahl-ABC

**ARBEITSLOSEN,** Partei der. Markiert den Einbruch der Postmoderne in die deutsche Politlandschaft. Unterscheidet sich von früheren Versuchen wie der KPD/RZ Kreuzberg durch die Prominenz ihrer Mitglieder und das aggressivere Marketing-Konzept unter Einschluß des Fernsehens. Weitere Etappe auf dem Weg Christoph Schlingensiefs vom Kettensägenmassaker-Film zur sozialen Plastik.

**BENZIN.** Stoff, der auf keinen Fall fünf Mark kosten darf. Weitverbreitete Droge, die der ausgebeuteten Bevölkerung kleine Fluchten aus dem Alltag und dadurch vorübergehende Erleichterung verschafft. Pläne der GRÜNEN für ein Betäubungsmittelgesetz (auch Ökosteuer genannt) gelten deshalb als chancenlos.

**CLONING.** Seit es den Labors der Adenauer-Stiftung in den frühen 80er Jahren gelang, den perfekten Kanzler zu züchten, wird vom Original-Zellstamm Jahr für Jahr durch Cloning eine frische Kopie hergestellt und zur Reife gebracht. Theoretisch sind dadurch Regierungszeiten bis zu 50 oder 60 Jahren möglich. Die Qualität der Klone nimmt jedoch von Mal zu Mal ab, was sich in ihrer allmählichen Verfettung bemerkbar macht. VerschwörungstheoretikerInnen behaupten, die Friedrich-Ebert-Stiftung habe Mitte der 90er die Zellkultur gestohlen und daraus durch Mutation die Große Sozialdemokratische Kanzleramöbe (GSK) geschaffen (s. HILLUPHASE).

**DEMOKRATIE.** Politisches System, das es Konzernen und Banken erlaubt, ihrer Herrschaft immer wieder das passende volkstümliche Gesicht zu verleihen. Über das Marketing-Konzept dieser Herrschaft wird in regelmäßigen Abständen öffentlich abgestimmt. Über alles, was nicht unter Marketing fällt, wird nichtöffentlich abgestimmt.

**EINHEIT.** Erotische Verschmelzungsphantasie, die sich im politischen Raum auf organisatorische Gebilde oder geographische Gebiete richtet. Während der CDU 1990 mit dem großdeutschen Orgasmus ein Wahlsieg gelang, ist der erotische Thrill ost-westlicher nationaler Verschmelzung derzeit nahe null und der von europäischen Vereinigungen nur wenig besser. Siehe auch Wahlkampfprobleme, chistdemokratische.

**FEHLENDE DRITTE PARTEI,** abgekürzt F.D.P. Wahlverein, der durch wechselnde Koalitionen dafür sorgt, daß es für die Regierungsbildung im Zweifelsfall egal ist, was die Leute wählen. Job, der in Zukunft von den GRÜNEN wahrgenommen wird.

**GRABENKÄMPFE.** Auseinandersetzungen über die an sich nicht ganz uninteressante Frage, was im Falle einer Ablösung der derzeitigen Regierung denn anders gemacht werden soll und was nicht. Sind verpönt, weil sie im Widerspruch zum Grundgedanken der DEMOKRATIE stehen (siehe dort). Versuchten kurz vor der Niedersachsen-Wahl, in der SPD kurz aufzuflammen, wurden aber sofort von der GSK aufgeschluckt.

**HILLUPHASE.** Zwischenstadium in der Entwicklung der Großen Sozialdemokratischen Kanzleramöbe (GSK). Während der Hilluphase erweckt die GSK den Anschein, als könne sie eine starke Frau an ihrer Seite ertragen. Diese wird am Ende der Hilluphase jedoch ruckartig abgeworfen, womit ein ungehemmtes narzistisches Wachstum und völliger Konturverlust der GSK einhergeht (FINALE EGOPHASE). Hoffnungen, die GSK nach dem us-amerikanischen Modell auf Dauer in der Hillu- bzw. Hillaryphase halten zu können, bewahrheiten sich nicht und werden demzufolge als HILLUSIONEN bezeichnet.

### TECHNIKFOLGENABSCHÄTZUNG

In Bremen versandte die Geschäftsstelle des Runden Tisches Agenda 21 beim Senat mit den Formularen zur Beantragung sog. "Agenda-Projekte" den Formulartext gleich auf Diskette mit. Die Vernetzung der Beteiligten im Rahmen der Lokalen Agenda 21 zeitigte in diesem Zusammenhang unerwartete und vor allem unangenehme Nebenfolgen. Dazu dokumentieren wir nachfolgend leicht gekürzt ein Fax, das vom Bildungswerk evangelischer Kirchen im Lande Bremen an alle Betroffenen gesandt wurde.

VIRUSWARNUNG

Symptom: Microsoft Word Texte lassen sich nur als Dokumentvorlage speichern. Gespeicherte Texte werden daher evt. nicht wiedergefunden.
Typ: Word Makrovirus (Word-NF)
Betroffene Dateien: Alle Word-Dateien.
Erkennung: Unter Windows 95 kann mit dem Explorer nach dem Vorkommen von autoclose in Dateien gesucht werden. (...)
Entfernung: (...)
Gefahren: Die Verbreitung erfolgt sehr rasch. Weitere Aktivitäten sind nicht bekannt.
Entdeckt: Die ersten bisher bekannten infizierten Dateien sind Ag21-a1.doc und Projek-1.doc vom 17.12. 1997. Diese wurden von A.W. (Bremer Umweltforum) weitergegeben. Diese Dateien enthielten Antragsformulare des Agenda-Servicebüros.
Virenscanner: Intel Virus Protect erkennt den Virus, die Beseitigung zerstört jedoch die betroffenen Dateien.

## Neue Medien

Bernd Hüttner

beiträge zur feministischen theorie und praxis, 17° C, Bunte Seiten 1998, ami, Rüsti-Rundbrief

Die neuen **beiträge zur feministischen theorie und praxis** widmen sich dem Thema, das der Debattenteil der nächsten *alaska* sein wird: Globalisierung und Geschlechterverhältnisse. Das Heft ist aber eher enttäuschend. Die Artikel beschreiben vor allem die Geschehnisse "auf der Gegenseite" nach den Motti "Die Auswirkungen von ... auf Frauen" bzw. "Frauen, Globalisierung und ... ". Eine Antwort auf die Maoam-Frage "Was wollt ihr dann?" bieten die *beiträge*, wie alle anderen derzeit, auch nicht. Im achtseitigen Editorial wird Ulrich "Was ist Globalisierung?"-Beck mehr oder minder zustimmend zitiert. An manchen Stellen ist nicht klar, ob nun die *beiträge*-Redaktion selbst schreibt, oder Becks Meinung wiedergibt. Beides ist unsäglich. Zum Schluß des Editorials wollen die *beiträge*-Frauen dann Becks Konzept der Bürgerarbeit "im Interesse der Frauen verändern" oder fordern, die "transnationalen Konzerne müsen durch internationale Organisationen kontrolliert werden". Was groß besseres zum Thema ist mir aber auch nicht bekannt. Nr. 47/48, 34 DM, beiträge zur ..., Niederichstrasse 6, 50668 Köln.

**17° C** ist eine meiner Lieblingszeitschriften. Die 15. Ausgabe dieser doch arg mit einer männlichen Schlagseite versehenen antinationalen Zeitschrift bringt Artikel zur Dekonstruktion des "Mythos vom anderen Deutschland", zur "Versportlichung" des Alltags, zu Sport in den USA und zur Kritik von Befreiungsnationalismus und PKK. Letzteres ist nun leider wirklich nichts neues, der diesbezügliche Frust wird aber durch den Artikel von Heiner Möller zu linkem Nationalismus in der Globalisierungsdebatte und -kritik sowie ihren Schnittpunkten zum Volksgemeinschaftsgedanken aufgehoben. 84 S., 7,50 DM. 17° C, c/o Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, 20357 Hamburg.

Die Ausgabe 1998 der **Bunten Seiten** enthält 12.000 ausgewählte Adressen vorwiegend selbstorganisierter Projekte, Initiativen und Betriebe aus dem deutschsprachigen Raum. Die Mischung der Adressen ist so bunt wie die Vielfalt der Bewegungen. Das Adresswerk wird alljährlich von *CONTRASTE*, der Monatszeitung für selbstorganisation erstellt und aktualisiert. Ziel ist nicht, wie wie bei der Vielzahl der pseudoalternativen Branchenverzeichnisse der Konsum, sondern die Kommunikation, Vernetzung und praktische Kooperation in der alternativen Szene voranzutreiben und allen politisch interessierten und engagierten Menschen einen Überblick anzubieten. Neu in der aktuellen Ausgabe ist ein *Reader der Alternativmedien*, der 1.033 Zeitschriftentitel bzw. Adressen mit weiteren Hinweisen enthält. Eine Anschaffung bietet sich vor allem für Orte mit kollektiven Nutzungsmöglichkeiten an. 262 S. A 4, 30 DM plus 4 DM Porto; Contraste e.V., Postfach 104520, 69035 Heidelberg.

In einem neuen, für eine DIN A 5 Zeitschrift sehr guten Layout erscheint jetzt die **ami** - antimilitarismusinformation. Die Anzahl der Rubriken wurde von 19 (!) auf sieben zusammengedämpft. Auch inhaltlich soll sich einiges ändern, so will die *ami*-Redaktion künftig Globalisierung, privaten Sicherheitsdienste, Medien und Diskurse, sozialen Bewegungen sowie Rechtsextremismus mehr Raum einräumen. Das Heft 1-2/98 bringt u.a. Artikel zu Lauschangriff, Söldnerfirmen, Nazis in der Bundeswehr, Rüstungswirtschaft in Asien, Grüne und SPD-Außenpolitik. Über die weitere Entwicklung der *ami*, die weit in der linken Hälfte der verkrusteten Restfriedensbewegung zu stehen scheint, was mehr über die Friedensbeweung als die *ami* aussagt, darf mensch gespannt sein. 116 S., 3,50 plus Porto. ami, Elßholzstr. 11, 10781 Berlin, E-Mail: ami@zedat.fu-berlin.de.

Nach einem Jahr Pause hat die BUKO-Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport" wieder einen **Rundbrief** (Nr. 52/53) vorgelegt. Zwei neue Mitarbeiterinnen sorgen für halbwegs neuen Schwung: So hat sich die BUKO-Kampagne dem Thema "Krieg als Fluchtursache/Flüchtlingspolitik allgemein" geöffnet. Der neue *Rundbrief* enthält Artikel zu Landminen, Werften und Kriegsschiffindustrie sowie einen Reisebericht aus Mosambique. Interessanter sind aber ein Beitrag über die aktuellen Auseinandersetzungen um die NS-Vergangenheit des Nürnberger Rüstungsfabrikanten Diehl und der Beitrag zu Kriegs- und Fluchtursachen ("Kein Mensch flieht freiwillig"). 56 Seiten, 5 DM plus Porto. BUKO-Kampgane "Stoppt den Rüstungsexport", Buchtstrasse 14/15, 28195 Bremen.

## Impressum


**alaska** ist die Zeitschrift der entwicklungspolitischen und internationalistischen Aktionsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland, die sich im Rahmen des Bundeskongreß (BUKO) organisieren.

**Herausgeber:**
Verein für Internationalismus
und Kommnuikation,
Auf der Kuhlen 22, 28203 Bremen

**Redaktionsanschrift:**
**alaska**,
Auf der Kuhlen 22, 28203 Bremen,
Tel/Fax: 0421-72034
**RedakteurInnen:** Claudia Bernhard, Iris Bockermann, Bernd Hüttner, Kai Kaschinski, Christoph Spehr
**Anzeigen:** Bernd Hüttner
**Layout:** Harry Loges
**Cover:** design by markovits
**Fotos inkl. Cover-Photo:** Im Rahmen eines Projekts in Kooperation mit dem bdp, Bremen, aufgenommen von Katharina Draheim, Katarina Harms, Marietta Kesting, Carsten Theß, Anke Generotzky und Romuald Leonhard
**Druck:** Gegendruck,
Dragonerstr. 57, 26135 Oldenburg

**Bezugsbedingungen:**
**alaska** erscheint sechsmal pro Jahr.
Das Jahresabo kostet:
Normal 48,- DM
Institutionen 70,- DM
Soli 70,- DM
Ausland-EU 70,- DM
Bei Abnahme mehrerer Exemplare (Gruppen) oder Kommissionsverkauf (Buchläden) gibt es 20% Rabatt.
**Zahlungen** nach Rechnungserhalt auf das unten angegebene Konto.
**Kündigungen** per sechs Wochen zum Jahresende, nicht gekündigte Abonnements verlängern sich um ein Jahr.
**Sonderkonto:** alaska, Nr.: 6669-209
bei PGA Hamburg, BLZ: 200 100 20

**Nachdruck** erwünscht, bitte Quelle angeben und Belegexemplar schicken.
**Beiträge**, die Mitgliedsgruppen des BUKO oder anderer LeserInnen werden soweit redaktionell möglich abgedruckt.
**V.i.S.d.P.:** Claudia Bernhard
Für namentlich gekennzeichnete Beiträge sind die entsprechenden Personen bzw. Gruppen verantwortlich.

**Eigentumsvorbehalt:**
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitschrift so lange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird diese Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung wieder zurückzusenden.

12/ 99/ 1/219/ 836

Infoladen
Koburger Straße 3

04277 LEIPZIG

Postvertriebsstück
Entgelt bezahlt
H 11673 F
alaska
Auf der Kuhlen 22
28203 Bremen



**Don't reduce. Reach for the max.**

**alaska. internationalistisch. feministisch. links. anders.**

Bestellen: Abos, Probehefte, Plakate, Postkarten: fon/fax 0421 - 720 34